



Sächsischer Landtag

3. Sitzung

6. Wahlperiode

Beginn: 10:00 Uhr

Donnerstag, 13. November 2014, Plenarsaal

Schluss: 17:31 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	29	3	Regierungserklärung zum Thema: „Sachsen ist unser Auftrag: Mit Kontinuität und Dynamik im Herzen Europas“	31
	Änderung der Tagesordnung	29		Stanislaw Tillich, Ministerpräsident	31
1	Vorstellung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung	29		Rico Gebhardt, DIE LINKE	35
	Stanislaw Tillich, Ministerpräsident	29		Frank Kupfer, CDU	39
2	Vereidigung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung	30		Stefan Brangs, SPD	41
	Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	30	4	Dr. Frauke Petry, AfD	44
	Markus Ulbig, Staatsminister des Innern	30		Volkmar Zschocke, GRÜNE	46
	Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen	30		Aktuelle Stunde	48
	Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz	30		1. Aktuelle Debatte	
	Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultus	30		25 Jahre friedliche Revolution	
	Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst	30		Antrag der Fraktionen	
	Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz	30		CDU und SPD	49
	Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration	30		Marko Schiemann, CDU	49
	Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	30		Hanka Kliese, SPD	49
	Dr. Fritz Jaeckel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten	30		Enrico Stange, DIE LINKE	50
				Dr. Frauke Petry, AfD	51
				Volkmar Zschocke, GRÜNE	52
				Thomas Colditz, CDU	53
				Enrico Stange, DIE LINKE	54
				Frank Heidan, CDU	54
				Enrico Stange, DIE LINKE	54
				Marko Schiemann, CDU	55
				Marco Böhme, DIE LINKE	55
				Eva Jähnigen, GRÜNE	56
				Marko Schiemann, CDU	56
				Stanislaw Tillich, Ministerpräsident	57

2. Aktuelle Debatte			
Lausitz nicht verkohlen – Ja zum Strukturwandel, mit oder ohne Vattenfall!			
Antrag der Fraktion DIE LINKE	58		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	58		
Frank Heidan, CDU	59		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	59		
Frank Heidan, CDU	60		
Dirk Panter, SPD	60		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	60		
Dirk Panter, SPD	60		
Jörg Urban, AfD	61		
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	62		
Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU	62		
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	62		
Marco Böhme, DIE LINKE	63		
Frank Heidan, CDU	64		
Alexander Krauß, CDU	64		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	64		
Alexander Krauß, CDU	64		
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	65		
Alexander Krauß, CDU	65		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	66		
Frank Heidan, CDU	67		
Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	67		
Dr. Jana Pinka, DIE LINKE	68		
5			
1. Lesung des Entwurfs Gesetz zur Stärkung der Informations- und Beteiligungs- rechte des Sächsischen Landtages und seiner Mitglieder			
Drucksache 6/136, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	69		
Eva Jähnigen, GRÜNE	69		
Überweisung an die Ausschüsse	70		
6			
Chancen der „Kulturhauptstadt Europas Breslau 2016“ zur Stärkung der sächsisch-polnischen Beziehungen nutzen			
Drucksache 6/226, Antrag der Fraktionen CDU und SPD	71		
Aline Fiedler, CDU	71		
Hanka Kliese, SPD	72		
Anja Klotzbücher, DIE LINKE	72		
Sebastian Fischer, CDU	73		
Carsten Hütter, AfD	74		
Franziska Schubert, GRÜNE	74		
Dr. Stephan Meyer, CDU	75		
Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst	76		
Aline Fiedler, CDU	77		
Abstimmung und Zustimmung	77		
7			
Schutzschirm für von Wirtschafts- sanktionen gegen Russland betroffene Unternehmen aufspannen			
Drucksache 6/62, Antrag der Fraktion DIE LINKE	77		
Nico Brünler, DIE LINKE	77		
Frank Heidan, CDU	79		
Jörg Vieweg, SPD	80		
Uwe Wurlitzer, AfD	81		
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	81		
Klaus Tischendorf, DIE LINKE	82		
Frank Heidan, CDU	83		
Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	83		
Nico Brünler, DIE LINKE	84		
Abstimmung und Ablehnung	84		
8			
Tagesordnungspunkt 8 entfällt (siehe Seite 29)	84		
9			
Stärkung der sächsischen Unternehmen durch Beendung der Wirtschaftssanktionen (EU-Embargo) gegen Russland			
Drucksache 6/232, Antrag der Fraktion AfD	85		
Dr. Stefan Dreher, AfD	85		
Frank Heidan, CDU	86		
Nico Brünler, DIE LINKE	86		
Harald Baumann-Hasske, SPD	86		
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE	87		
Dr. Stefan Dreher, AfD	88		
Abstimmung und Ablehnung	88		
10			
Freie BAföG-Mittel in Schulen und Hochschulen investieren: Landesprogramm Schulsozialarbeit etablieren, Hochschulen und Studentenwerke stärken			
Drucksache 6/217, Antrag der Frak- tion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	89		
Dr. Claudia Maicher, GRÜNE	89		
Geert Mackenroth, CDU	90		
Annekatriin Klepsch, DIE LINKE	91		
Holger Mann, SPD	93		
Dr. Kirsten Muster, AfD	93		
Patrick Schreiber, CDU	94		
Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst	95		
Dr. Claudia Maicher, GRÜNE	96		
Abstimmungen und Ablehnungen	97		
Nächste Landtagssitzung	97		

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:00 Uhr)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 3. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags.

Folgender Abgeordneter hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt: Herr Sodann.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor.

Wie im vergangenen Präsidium vereinbart, konnte die Tagesordnung noch bis zum vergangenen Montag um Themenstellungen für die Tagesordnungspunkte 3, 4, 6 sowie 8 bis 10 ergänzt werden. Sie liegt Ihnen nun in einer ergänzten Form vor.

Die Koalitionsfraktionen haben auf einen zweiten Antrag als Tagesordnungspunkt 8 verzichtet. Tagesordnungspunkt 8 entfällt damit.

Tagesordnungspunkt 11, Kleine Anfragen, ist ebenfalls zu streichen.

Die vom Präsidium festgelegte Gesamtredezeit für die Tagesordnungspunkte 6 bis 10 verringert sich aufgrund

des Wegfalls des Tagesordnungspunktes 8. Auf die Fraktionen und die Staatsregierung entfallen folgende Redezeiten: CDU 60 Minuten, DIE LINKE 40 Minuten, SPD 32 Minuten, AfD 28 Minuten, GRÜNE 20 Minuten, Staatsregierung 20 Minuten.

(Christian Piwarz, CDU: Was?)

– Entschuldigung! Ich korrigiere mich: Auf die Staatsregierung entfallen natürlich 40 Minuten.

Soweit ich jetzt keinen Widerspruch erkenne, verfahren wir so.

Wie zwischen den Fraktionen abgestimmt, wird die Sitzung nach Tagesordnungspunkt 3 für eine Mittagspause von 45 Minuten unterbrochen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe keine weiteren Änderungsvorschläge zur oder Widerspruch gegen die Tagesordnung. Die Tagesordnung der 3. Sitzung ist damit bestätigt.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

Vorstellung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sehr verehrte Damen und Herren! Mit Datum vom heutigen Tag habe ich folgende Personen zu Mitgliedern der Sächsischen Staatsregierung ernannt:

Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stellvertretender Ministerpräsident ist Herr Martin Dulig.

Staatsminister des Innern ist Herr Markus Ulbig.

Staatsminister der Finanzen ist Herr Prof. Dr. Georg Unland.

Staatsminister der Justiz ist Herr Sebastian Gemkow.

Staatsministerin für Kultus ist Frau Brunhild Kurth.

Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst ist Frau Dr. Eva-Maria Stange.

Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz ist Frau Barbara Klepsch.

Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz ist Frau Petra Köpping.

Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft ist Herr Thomas Schmidt.

Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten ist Herr Dr. Fritz Jaeckel.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, ich bitte Sie, die Vereidigung der Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung in der heutigen Sitzung des Sächsischen Landtags vorzunehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD sowie vereinzelt bei den LINKEN, der AfD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich danke Herrn Ministerpräsidenten.

Meine Damen und Herren! Aufgerufen ist

Tagesordnungspunkt 2**Vereidigung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung**

Gemäß Artikel 61 der Verfassung des Freistaates Sachsen leisten die Mitglieder der Staatsregierung den Amtseid vor dem Landtag. Ich bitte die Damen und Herren Staatsminister, dazu nach vorn zu treten.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich bitte den Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Martin Dulig, dann gleich ans Mikrofon.

Aber vorher möchte ich Ihnen allen den Amtseid vortragen. Er hat folgenden Wortlaut: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohl des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen üben werde.“

Ich bitte jetzt, beginnend mit dem Herrn Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stellvertretenden Ministerpräsidenten, Martin Dulig, dass Sie alle nacheinander in der Reihenfolge, in der ich Sie aufrufe, zu mir treten. Sie erheben die rechte Hand und sprechen die Worte „Ich schwöre es.“ Der Eid kann mit der Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ geleistet werden.

Ich bitte Herrn Staatsminister Dulig an das Mikrofon.

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: Ich schwöre. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Vielen Dank. – Ich bitte jetzt den Staatsminister des Innern, Herrn Markus Ulbig, nach vorn.

Markus Ulbig, Staatsminister des Innern: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich bitte den Herrn Staatsminister der Finanzen, Herrn Prof. Dr. Georg Unland, nach vorn.

Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich bitte den Herrn Staatsminister der Justiz, Herrn Sebastian Gemkow, an das Mikrofon.

Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich bitte die Staatsministerin für Kultus, Frau Brunhild Kurth, an das Mikrofon.

Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultus: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich bitte die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Frau Dr. Eva-Maria Stange, nach vorn an das Mikrofon.

Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Ich schwöre es.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich bitte die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Barbara Klepsch, nach vorn zum Mikrofon.

Barbara Klepsch, Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich bitte die Frau Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Petra Viola Köpping, zu mir nach vorn.

Petra Köpping, Staatsministerin für Gleichstellung und Integration: Ich schwöre es.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich bitte den Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Herrn Thomas Schmidt, nach vorn zum Mikrofon.

Thomas Schmidt, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Und ich bitte den Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei, Herrn Dr. Fritz Jaeckel, zu mir an das Mikrofon.

Dr. Fritz Jaeckel, Chef der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Ich schwöre es. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Dr. Matthias Röbler: Ich gratuliere Ihnen jetzt ganz herzlich und wünsche Ihnen in Ihrem Amt alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen.

Der Tagesordnungspunkt ist damit beendet.

(Lebhafter, anhaltender Beifall bei der CDU und der SPD – Beifall bei den LINKEN, der AfD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 3

Regierungserklärung zum Thema: „Sachsen ist unser Auftrag: Mit Kontinuität und Dynamik im Herzen Europas“

Ich übergebe das Wort an den Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich.

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! „Wir sind das Volk“ – das war die Losung der friedlichen Revolution vor 25 Jahren. Heute sind wir, die Abgeordneten, hier, weil uns das Volk in freier und geheimer Wahl seine Stimme und sein Vertrauen gegeben hat. Das ist und muss uns allen in diesem Hohen Haus Verpflichtung sein, den Auftrag der Wählerinnen und Wähler in den kommenden fünf Jahren verantwortungsvoll zu erfüllen.

Wir wollen und wir werden in der Koalition gemeinsam daran arbeiten, das Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik zu erhalten und zu mehren, damit von ihrem Recht zu wählen zukünftig wieder mehr Sachsen Gebrauch machen. Ich lade ausdrücklich alle Fraktionen im Sächsischen Landtag ein, sich bei dieser Aufgabe mit eigenen Beiträgen einzubringen.

Wir als neue Koalition von Christdemokraten und Sozialdemokraten haben den Auftrag der sächsischen Wählerinnen und Wähler angenommen, wir haben eine Regierung für den Freistaat Sachsen gebildet, wir sind gewählt worden, unsere Ziele für Sachsen umzusetzen, die wir in unseren Wahlprogrammen dargelegt haben: für ein lebenswertes Sachsen, für eine gute Heimat mit guter Zukunft, für ein Land voller Möglichkeiten im Herzen Europas.

Es wird dabei um Kontinuität gehen, wo es richtig ist, und um Dynamik, wo wir sie brauchen, damit es Sachsen und den Menschen in fünf Jahren und darüber hinaus wieder ein Stück besser geht. Wir wissen, dass der Mut zur Veränderung genauso wie die innere Stabilität „sächsische Markkerne“ sind. Das ist auch Grundlage dieser neuen Staatsregierung, und wir sind davon überzeugt, dass durch die vielen Projekte, auf die wir uns im Koalitionsvertrag geeinigt haben, Sachsen weiter gestärkt wird.

Dabei spielen zehn prioritäre Schwerpunkte eine besondere, eine herausragende Rolle, und ich möchte sie diesem Hohen Haus kurz vorstellen.

Erstens: Wir werden den Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten und Kinderkrippen verbessern.

Zweitens: Wir werden bis 2019 mindestens 6 100 neue Lehrer unbefristet einstellen.

Drittens: Wir wollen mit den Hochschulen langfristige Ziel- und Zuschussvereinbarungen abschließen. Sie sollen bis 2025 laufen und die Grundlage für die weitere Hochschulentwicklungsplanung sein.

Viertens: Wir werden die Zuschüsse für die Studentenerwerke erhöhen.

Fünftens: Wir werden bei der Polizei den Einstellungskorridor auf 400 Stellen erhöhen.

Sechstens: Wir werden weiter in den Breitbandausbau investieren und wollen ein Softwareforschungsinstitut im Freistaat Sachsen etablieren.

Siebtens: Wir wollen einen Fusionsfonds für den sächsischen Mittelstand einrichten.

Achtens: Wir werden weiter gezielt die Krankenhausinfrastruktur modernisieren.

Neuntens: Wir werden in unsere Verkehrsinfrastruktur investieren.

Zehntens: Wir werden die Kulturraummittel weiter anheben.

Meine Damen und Herren! Wir sind uns einig, dass wir mit diesen Schwerpunkten unseren Freistaat überzeugend und entscheidend in dieser Legislaturperiode voranbringen können; denn die Maßnahmen sind sicher und nachhaltig finanziert und sie stehen im Einklang mit der gewohnt soliden sächsischen Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ja, Sachsen als Standort steht nicht nur im föderalen Wettbewerb, sondern genauso im europäischen und weltweiten Wettbewerb. Wir hier in Sachsen können in diesem Wettbewerb nur dann bestehen, wenn wir in unserem Handeln innovativ bleiben und dafür die richtigen Grundlagen schaffen und erhalten. Innovativ aus Tradition – so haben wir es in Sachsen immer gehalten und so gehen wir gemeinsam diese neuen Aufgaben an.

Bei den Aufgaben, die unsere Zukunft bestimmen, steht für mich wie für die gesamte Koalition das Thema Bildung ganz vorn.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Das reicht von der Betreuung der ganz Kleinen über die Schulen bis hin zur Berufsausbildung und zum Studium. Deshalb steht es fest, wir investieren weiter in die Zukunft unserer Kinder. Dabei bleibt das sächsische Bildungssystem erfolgreich und verlässlich. Wir stärken die Qualität der frühkindlichen Bildung in Kinderkrippen und Kitas, indem wir die Betreuungsschlüssel verbessern. Wir werden das schrittweise tun mit einem konkreten und verbindlichen Plan. Wir halten am gegliederten Schulsystem fest, ebenso bleibt das achtjährige Gymnasium. Für Schulen im ländlichen Raum wollen wir einen jahrgangs- und schulübergreifenden Lehrereinsatz ermöglichen. Das hilft uns unter anderem, die Schulstandorte zu sichern.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Im ganzen Land werden wir dafür sorgen, dass es einen reibungslosen Generationswechsel in den Lehrerzimmern gibt. Deshalb ersetzen wir jeden aus Altersgründen ausscheidenden Lehrer, der in den wohlverdienten Ruhestand tritt, eins zu eins. Darüber hinaus reagieren wir auf den Anstieg der Schülerzahlen genauso wie auf die deutlich gestiegenen Ausbildungsverpflichtungen in den Schulen. Auch dem erhöhten Bedarf für die Umsetzung der Inklusion wird entsprochen. Insgesamt werden bis 2019 mindestens 6 100 neue Lehrer unbefristet eingestellt und an den Schulen tätig sein. Das sind gute Zahlen für die bestmögliche Bildung bei uns im Freistaat Sachsen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung)

Ausbildung und Studium sind ebenso Antreiber unserer Dynamik, um im Wettbewerb mit anderen Standorten in Deutschland und weltweit bestehen zu können. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird zukünftig nur rund ein Drittel der Studierenden aus Sachsen kommen. Unsere Hochschulen sind ein wesentlicher Standortvorteil. Jeder junge Mensch, der bei uns studiert und hier bleibt, ist ein Zugewinn für Sachsen.

Wir wollen deshalb, dass die 14 staatlichen Hochschulen in Sachsen zukunftsfest sind. Dafür ist es erforderlich, die Studienangebote aus unserer Perspektive, also aus der Perspektive des Landes, zu überprüfen und abzustimmen. In diesem Projekt geht Sachsen deutschlandweit erstmalig einen notwendigen, aber bislang von anderen gescheuten Weg. Unser Ziel ist dabei, die Qualität in Forschung und Lehre weiter zu verbessern. Die Zielzahl ist 95 000 Studenten im Jahr 2025, und das heißt für mich: Qualität statt Quantität.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Es geht uns dabei gemeinsam vor allem darum, die Lehre hoch qualitativ, hoch innovativ und mit hoch attraktiven Ausbildungsangeboten zu bereichern. Dazu wollen wir den Hochschulen durch eine Hochschulstrukturreform Planungssicherheit bis zum Jahr 2025 geben. Wenn sich die Hochschulen aktiv und konstruktiv an diesem Prozess beteiligen, ist die Staatsregierung bereit, eine Zuschussvereinbarung ab 2017 für die Laufzeit von acht Jahren abzuschließen. Das ist auch etwas Einmaliges, was es so im Freistaat Sachsen bislang nicht gegeben hat. Wenn dieser Prozess erfolgreich verläuft, wird die Staatsregierung auf 754 Stellen des geplanten Abbaus verzichten – 754 Stellen, die damit zur Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung an den Hochschulen zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Um dieses deutschlandweit einmalige und innovative Konzept voranzutreiben, setze ich mein Vertrauen in die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Eva-Maria Stange.

Meine Damen und Herren, auch wenn heute wieder mehr Menschen nach Sachsen kommen, als unser Land verlassen – der demografische Wandel ist und bleibt dennoch eine Herausforderung für die Zukunft unseres Freistaates, nicht zuletzt weil unsere leistungsfähige und innovative Wirtschaft Fachkräfte benötigt, um wachsen zu können. Und eine wachstumsfähige Wirtschaft brauchen wir mehr denn je; denn neben dem demografischen Wandel werden das Auslaufen des Solidarpaktes und sinkende EU-Fördermittel unsere finanziellen Spielräume gehörig einengen.

Deshalb müssen wir im gleichen Tempo unsere Wirtschaftsleistung und damit zusammenhängend natürlich auch die Steuerkraft stärken. Erstens braucht es dazu kluge wie mutige Investitionen genauso wie eine unternehmens- und arbeitnehmerfreundliche Wirtschaftspolitik. Zweitens gehört dazu eine sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung. Drittens gehört dazu auch ein politischer „Energieschub“ der Staatsregierung mit dem Ziel, dass unsere sächsischen Unternehmen noch mehr aus sich heraus wachsen können.

In der vergangenen Woche war in einer großen deutschen Tageszeitung unter der Überschrift „Weniger Familienfirmen im Osten“ Folgendes zu lesen – ich zitiere –: „Von den rund 4 500 größten Familienunternehmen in Deutschland mit mindestens 50 Millionen Euro Umsatz sitzen in Ostdeutschland nur rund 300.“ Zudem seien diese – so wird weiter berichtet – mit rund 900 Mitarbeitern deutlich kleiner als Familienunternehmen im Westen, die im Schnitt 1 600 Beschäftigte haben.

Meine Damen und Herren, deswegen wird es Aufgabe unserer Wirtschaftspolitik sein, das Wachstum gerade auch dieser kleinen und mittelständischen Betriebe in den Mittelpunkt unseres Handelns zu stellen, die Belange unseres sächsischen Mittelstandes, seien es industrielle Zulieferer, Handwerker oder Landwirtschafts- und Forstbetriebe, im Blick zu haben sowie die Unternehmen branchenoffen zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Denn es ist keine neue Weisheit: Wenn unserer sächsischer Mittelstand wettbewerbsfähig ist und Erfolg hat, dann profitiert das ganze Land.

Daher wollen wir mit einem revolvierenden Fusionsfonds für den sächsischen Mittelstand das Förderangebot erweitern. Dieser Fonds soll Größenwachstum und Betriebsübergänge bestmöglich unterstützen. Gerade auch das Handwerk wollen wir so beim Thema Unternehmensnachfolge noch intensiver begleiten. Wir wollen, dass der Fonds neben der Weiterentwicklung der bewährten Förderinstrumente ein wirksames Mittel ist, um Sachsens Wirtschaft zu stärken und noch besser miteinander zu vernetzen. Sei es bei der Industrieforschung, bei den Schlüsseltechnologien – insbesondere im Mikroelektronikland Sachsen – oder bei der Vernetzung von Forschung und Entwicklung an den Hochschulen mit kleineren und mittleren Unternehmen – für all diese Themen wird der

Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Martin Dulig, die Weichen stellen und sich in den nächsten Jahren noch intensiver einsetzen.

Meine Damen und Herren, der grundsätzliche Anspruch dieser Staatsregierung ist: Unser Freistaat soll gut vernetzt sein, und zwar auf vielfältige Weise. Erstens setzen wir in Sachsen auf eine leistungsfähige Infrastruktur. Dazu gehören zum Beispiel die öffentliche Daseinsvorsorge, die Verkehrswege und die schnellen Datennetze. Bei den Verkehrswegen werden wir begonnene Projekte zügig fertigstellen und vorrangig die vorhandene Infrastruktur unterhalten. Bei der Schiene sind wir erst zufrieden, wenn die Strecke Dresden – Berlin fertig ausgebaut ist, wenn die Strecke Dresden – Görlitz – Breslau, die Sachsen-Franken-Magistrale und die Strecke Chemnitz – Leipzig durchgängig elektrifiziert sind und wenn sich die Reisezeiten für die Reisenden spürbar verkürzen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ebenso ist eine leistungsfähige digitale Infrastruktur mehr und mehr Voraussetzung und Garant für eine starke, wachstumsorientierte und wachstumsfähige Wirtschaft. „Sachsen digital“ ist für mich deshalb eines der wichtigsten Themen dieser Legislaturperiode, das aber weiter über die fünf Jahre hinaus strahlen wird. Ein Kernthema ist dabei die bedarfsgerechte Versorgung mit schnellem Internet besonders im ländlichen Raum.

Zweitens, meine Damen und Herren, soll unser Freistaat politisch gut vernetzt sein, sei es im Bund oder in Europa, um die sächsischen Interessen auf diesen Ebenen gut zu vertreten. Dabei denke ich vor allem an die für uns so bedeutsame Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern.

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein: Unsere sächsische Stimme wird bei den Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich genauso konstruktiv wie deutlich vernehmbar sein. Denn die Verhandlungen dazu werden ein hartes Stück Arbeit. Das zeichnet sich bereits ab. Sachsen und die anderen ostdeutschen Länder brauchen eine Entwicklungsperspektive auch nach dem Jahr 2020. Ich werde es nicht zulassen, dass die sicherlich vorhandenen Probleme im Westen Deutschlands zulasten der ostdeutschen Länder gelöst werden. Dafür stehe ich.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der AfD)

Meine Damen und Herren, deshalb geht es beim Thema Länderfinanzausgleich nicht um Koalition oder Opposition, sondern es geht um eine gute Zukunft für Sachsen. Deshalb zähle ich auf Ihre Unterstützung, meine Damen und Herren Abgeordneten des Hauses, genauso auf die der Regierungsfractionen wie auf die der anderen Fraktionen im sächsischen Parlament.

Drittens soll unser Freistaat regional gut vernetzt sein, wenn es um die Belange des ländlichen Raumes und der Städte im Freistaat Sachsen geht. Gute Entscheidungen, meine Damen und Herren, überstehen auch Koalitionsverhandlungen. So stehen wir als Koalition zum FAG-

Kompromiss vom 3. Juni 2014, und zwar in allen Punkten. Das gilt für den Umgang mit dem Vorsorgevermögen, den Steuermehreinnahmen, den investiven Zweckzuweisungen, der Erhöhung der Asylbewerberpauschale, dem Kita-Landeszuschuss. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist eine gute Nachricht für die kommunale Familie in Sachsen für die kommenden zwei Jahre.

Ich bin davon überzeugt – ich habe es auf dem Treffen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages erlebt –, dass man dankbar ist, dass wir zu unserem Wort stehen, auch als Koalition, und zu diesem Verhandlungsergebnis.

Eine weitere gute Nachricht ist: Beim EU-Förderprogramm LEADER verfolgen wir auch in diesem konkreten Fall einen deutschlandweit erstmaligen Ansatz. Die Regionen erhalten ein eigenes Budget und entscheiden selbst über die Fördergegenstände und über deren Förderhöhe. Meine Damen und Herren, so geht kluge und innovative Politik, so geht sächsisch.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir wissen, dass wir nur miteinander stark sein können. Nur so können wir auch auf den sich abzeichnenden Strukturwandel, hervorgerufen durch demografische und wirtschaftliche Veränderungen in einzelnen Regionen, frühzeitig reagieren. Um Sachsens Regionen lebendig zu erhalten, helfen uns regionale Wirtschaftskreisläufe in Partnerschaft mit einer nachhaltigen Landwirtschaft. Diese Aspekte weiter voranzutreiben wird Aufgabe des Staatsministers für Umwelt und Landwirtschaft, Thomas Schmidt, sein.

Meine Damen und Herren! Gute Heimat ist dort, wo sich Menschen wohlfühlen. Heimat ist auch die Familie, der Ort, wo dauerhaft und generationenübergreifend Verantwortung und Fürsorge miteinander und füreinander übernommen werden. Was im Kleinen gelebt wird, ist auch Vorbild für unsere Politik: Verantwortung übernehmen. Wir nehmen dieses Vorbild ernst; denn nicht nur im Rahmen der Familie übernehmen Menschen bei uns in Sachsen Verantwortung, sondern auch an verschiedenen und vielen anderen Stellen. Nachbarn helfen Nachbarn, junge Menschen den älteren und umgekehrt, Hunderttausende Sachsen bringen sich in die Gesellschaft ein und gestalten sie mit, so zum Beispiel im Ehrenamt als Trainer im Sportverein, als Elternsprecher in der Schule, im Dienst am Nächsten, bei den freiwilligen Feuerwehren, den Sanitätsdiensten oder beim sächsischen Katastrophenschutz. Die Belange der ehrenamtlichen Helfer hat in der neuen Koalition die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz, Barbara Klepsch, besonders im Blick.

Natürlich wollen wir, dass alle Menschen in Sachsen auch sicher leben. Dazu zählt ganz klar die innere Sicherheit genauso wie auch der Schutz unserer Demokratie und unserer Werte. Wir haben deshalb dieses Thema bewusst zu einem Schwerpunkt auch unserer Koalition gemacht. Wir werden den Einstellungskorridor bei der sächsischen Polizei mit jährlich 400 Neueinstellungen signifikant erhöhen, und wir werden auch personell auf die Krimina-

litätsentwicklung in Grenznähe reagieren und den Verfolgungsdruck bei Drogenkriminalität erhöhen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Hinzu kommen in den nächsten zwei Jahren 100 Spezialisten, insbesondere für die neuen Formen der Kriminalität und deren Bekämpfung, zum Beispiel der Cyberkriminalität.

Gutes Personal braucht für gute Arbeit eine gute Ausstattung sowie eine gute technische Ausrüstung. Wir in der Koalition sind uns einig: Das bekommt unsere Polizei, aber wir wollen auch, dass sie die moderne Technik zur Kriminalitätsbekämpfung umfassend nutzen kann. Und darauf haben wir uns verständigt.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Eine leistungsfähige, moderne und gut ausgestattete Justiz wird dazu beitragen, dass Verfahren beschleunigt und Täter ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Hierbei setze ich auf den neuen Staatsminister der Justiz, Sebastian Gemkow.

Meine Damen und Herren! Wir erleben, dass sich unsere Welt immer mehr und immer schneller verändert, wirtschaftliche Krisen und kriegerische Konflikte bestimmen oft unseren Nachrichtenalltag. Menschen flüchten aus den Gebieten und kommen zu uns nach Deutschland, nach Sachsen, mit der Sehnsucht nach Frieden, nach Menschlichkeit. Wir Sachsen stehen zu unserer humanitären Verpflichtung, die Menschen bei uns aufzunehmen, die aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt werden, die Opfer von Gewalt waren und die zu Recht unsere Hilfe beanspruchen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir wissen, dass die Kommunen genauso wie auch deren Bürger durch die wachsende Zahl der Flüchtlinge und natürlich auch der Asylsuchenden sowohl bei der Frage nach einer angemessenen Unterbringung als auch bei den Integrationsbemühungen immer stärker gefordert werden. Die Staatsregierung ist sich einig: Wir lassen unsere Kommunen nicht allein. Wir drängen beim Bund darauf, dass die Asylverfahren beschleunigt werden. Die finanziellen Hilfen für die Kommunen haben wir erhöht, und wir werden deren Höhe regelmäßig überprüfen, um die Kommunen auch weiterhin wirksam zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir werden auch dafür sorgen, dass die Ansprechpartner auf kommunaler Ebene rechtzeitig und umfassend informiert werden und somit letztendlich auch die Betreuung von Asylsuchenden verbessert werden kann. Wenn keine Asylgründe vorliegen und der Asylantrag abgelehnt wurde, stehen wir auch dazu, dass die Bewerber wieder ausreisen müssen.

Bei denen, die bleiben dürfen, geht es um eine Perspektive in einer neuen Heimat. Wir sollten uns also die Frage stellen, wie wir ihr Potenzial, ihre Qualifikation und ihre Bereitschaft zur Integration nutzen können; denn ein

Blick in die Geschichte Sachsens zeigt, dass es in Sachsen immer gut ging, wenn Menschen zu uns gekommen sind und wir sie willkommen geheißen haben. Was diese Menschen seinerzeit an Fähigkeiten und Leistungsbereitschaft mitbrachten, gehört heute wie selbstverständlich zu Sachsen, zu unseren Traditionen und unseren Fähigkeiten, auf die wir heute zu Recht stolz sind. Warum sollte es uns nicht gelingen, eben an diese Tradition anzuknüpfen? Das ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, natürlich auch der gesamten Staatsregierung.

Aber mit der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Frau Petra Köpping, geben wir unseren Bemühungen und unseren Maßnahmen ein Gesicht. Über die nächsten konkreten Schritte auf diesem gemeinsamen Weg möchten wir mit der kommunalen Ebene auf einer „Asylkonferenz“ noch in diesem Monat sprechen und uns über weitere Maßnahmen verständigen.

Bei all diesen Themen, meine Damen und Herren, die unser Regierungsprogramm erfasst und von denen ich jetzt nur wenige habe anreißen können, sind wir uns einig, dass Sachsens gute Zukunft nur gemeinsam gelingen kann. Dieser Koalitionsvertrag ermutigt und fordert gleichzeitig alle Akteure der Zivilgesellschaft auf, sich zu beteiligen, ob Kommunen, ob Unternehmen, Verbände, Vereine, Kirchen, ja, alle Bürgerinnen und Bürger des Freistaates; denn miteinander können und wollen wir unseren Freistaat weiter voranbringen, nicht nur in den kommenden fünf Jahren, sondern auch darüber hinaus. Dieser Gedanke ist es, der den Koalitionsvertrag trägt und der unsere Regierungsarbeit auch tragen wird.

Die Dividende unserer klugen Politik seit 1990 setzen wir aber dabei nicht aufs Spiel. Leitbild ist nach wie vor eine generationengerechte Haushaltspolitik. Diese klug und verantwortungsvoll umzusetzen ist das Ziel der Koalition. Das Neuverschuldungsverbot in der Verfassung ist uns dabei nicht nur Verpflichtung, sondern Richtschnur, unser Land auch in Zukunft handlungsfähig für die zukünftigen Generationen zu belassen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Gute Politik für eine gute Heimat ist unser Auftrag. Das war und ist auch das, was mich antreibt. In den vergangenen Jahren war es meine Aufgabe als Ministerpräsident, das Land sicher durch die Nachwehen der weltweiten Wirtschaftskrise, aber auch des Kollapses der Landesbank zu führen und gleichzeitig die Strukturen unseres Freistaates zu einem starken, „erwachsenen“ Bundesland in Deutschland zu entwickeln.

Wir sind nun kein „neues“ Bundesland mehr, sondern ein selbstbewusster, dynamischer und erfolgreicher Freistaat. Nun wird es meine, nun wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein, einen Schritt weiterzugehen, Sachsen als erfolgreiche Region in Europa und in der Welt zu verankern; stark in der Heimat und vernetzt in und mit der Welt, das ist mein Ziel. Das ist mit Blick auf die Legisla-

turperiode und weit darüber hinaus das gemeinsame Ziel dieser Koalition. Dabei werden mich mein Chef der Staatskanzlei, Dr. Fritz Jaeckel, und die gesamte Staatsregierung unterstützen.

Meine Damen und Herren! Ich bin überzeugt, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben, um Sachsen in eine gute Zukunft zu führen, mit einer starken, wachsenden Wirtschaft, einem exzellenten Bildungssystem, mit Antworten auf den demografischen Wandel, die Maßstäbe setzen, und mit einer einzigartigen Kulturlandschaft, für die die Menschen von überallher zu uns kommen.

Gerade in diesem Jahr, der 25. Wiederkehr der friedlichen Revolution, soll unsere Politik nicht nur von harten Kennzahlen geprägt sein. Wir wollen mit unserer Arbeit auch wieder mehr Begeisterung für Demokratie wecken sowie Beteiligung und Verantwortung stärken. Die Koalition steht für eine starke Demokratie mit breitem bürgerschaftlichem Engagement, kultureller Vielfalt und Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Wir sehen unseren Auftrag darin, Sachsens Zukunft zu gestalten und unser Sachsen für alle Menschen, die hier leben, weiter zu einer guten Heimat zu machen.

Glück auf, Sachsen!

(Anhaltender Beifall bei der CDU,
der SPD und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. Wir kommen nun zur Aussprache zur Regierungserklärung. Folgende Redezeiten für die Fraktionen sind festgelegt worden: CDU 33 Minuten, DIE LINKE 24 Minuten, SPD 16 Minuten, AfD 14 Minuten, GRÜNE 12 Minuten. Die Reihenfolge in der ersten Runde ist: DIE LINKE, CDU, SPD, AfD, GRÜNE; Staatsregierung, wenn gewünscht. Die Aussprache wird eröffnet durch die Fraktion DIE LINKE, Herrn Kollegen Gebhardt.

Rico Gebhardt, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Okay, das war jetzt also die Regierungserklärung einer Regierung, die gerade einmal eine Stunde im Amt ist. Ich gehe davon aus, dass das heute eine Ausnahme war und dass Sie sonst das machen, was Sie miteinander vereinbart haben, nämlich Regierungserklärungen im Kabinett abstimmen.

Der Koalitionsvertrag wiegt schwer, zumindest erst einmal im wahrsten Sinne des Wortes; denn er ist mit 111 Seiten deutlich dicker als das, was uns in den vergangenen zehn Jahren als Regierungsplan für eine Wahlperiode vorgelegt wurde. Ich habe einmal nachgeschaut: 2004 waren es bei CDU und SPD 86 Seiten, 2009 bei CDU und FDP gerade einmal 59 Seiten. Nun also das Doppelte. Nur: Masse ist nicht automatisch Klasse. Deshalb haben wir etwas genauer hingeschaut.

Fast genau auf den Tag vor fünf Jahren, und zwar am 11. November 2009, haben Sie, Herr Ministerpräsident, eine schwarz-gelbe Zehnjahresplanung angekündigt.

Diesem Plan ist am 31. August 2014 mit einem jähen Ende begegnet worden. Die sächsische Bevölkerung hat Ihnen, Herr Ministerpräsident, die Chance eingeräumt, sich von Ihren selbst geschaffenen Irrtümern zu befreien.

(Beifall bei den LINKEN)

Was meine ich damit? Ihre einzige, wirklich konkrete Zielstellung vor fünf Jahren war die willkürliche Zielzahl für die Anzahl von 70 000 Beschäftigten im gesamten öffentlichen Dienst im Land Sachsen. Dieses Ziel war zu keinem Zeitpunkt realistisch und auch nie durch realistische Planungen untersetzt. Jedoch wurde daraus fünf Jahre Regierungshandeln. Den Preis dafür haben viele bezahlt. Ich erinnere nicht zuletzt an all die Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern und dem Polizeipersonalabbau.

Der Rechnungshof stellte in seinem Sonderbericht zu personalwirtschaftlichen Konzepten zu Recht fest, dass es für den vom Ministerpräsidenten vorgesehenen radikalen Stellenabbau von über 16 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keinerlei – ich wiederhole: keinerlei – konzeptionelle Überlegungen gab. Deshalb ist es zu begrüßen, dass nun laut Koalitionsvertrag endlich die Aufgaben des öffentlichen Dienstes und die zur Aufgabenerfüllung erforderliche Personal- und Sachausstattung einer Überprüfung unterzogen werden sollen. Zu diesem Zweck soll eine Kommission bis 2016 eine aufgabenorientierte Personalbedarfsplanung erstellen und zugleich mögliche Konsequenzen für den Behördenaufbau und die Struktur der Landesverwaltung aufzeigen. Damit ist die neue Koalition zunächst schlicht eine Reparaturbrigade.

Sie versucht, mit längst überfälligen Korrekturen die von der CDU/FDP-Koalition verschuldeten Schäden an dem größten Personalkörper, nämlich der Lehrerschaft sowie der Polizei, zu begrenzen. Wir werden weiter Druck machen, damit es über die notwendigen Reparaturen hinaus zu einem wirklichen Kurswechsel bei Bildung und öffentlicher Sicherheit kommt; denn den brauchen die Menschen für ein besseres Leben in Sachsen.

(Beifall bei den LINKEN)

Das Schulgesetz wollen die Koalitionäre „auf der Basis dieses Koalitionsvertrages novellieren“. Ein Gesetzentwurf soll im kommenden Jahr vorgelegt werden. Doch Strukturreformen, die das längere gemeinsame Lernen befördern, sind im Koalitionsvertrag nicht zu finden. Offenbar droht diese Koalition, noch hinter die dürftigen Ergebnisse der ersten CDU/SPD-Koalition beim Thema Gemeinschaftsschulen zurückzufallen, und das, obwohl die überwiegende Mehrheit der sächsischen Bevölkerung eine Aufhebung der unseligen verfrühten Trennung der Kinder nach der Klasse 4 wünscht. Das finde ich bei einer Koalition, die für sich in Anspruch nimmt, den Willen der Wählerinnen und Wähler zu verkörpern, mehr als schwach.

Das jahrzehntelang von CDU-geführten Regierungen verordnete Schulsterben verschärft die Ungleichheit der Chancen von Kindern und Jugendlichen bei ihrer Lebens-

planung. Sie wollen „dem erhöhten Bedarf für die schulische Inklusion angemessene Rechnung tragen“. Wie das gehen soll, bleibt das interne Geheimnis von CDU und SPD. Die „unbefristete Einstellung von mindestens 6 100 Lehrerinnen und Lehrern bis 2019“, die der Koalitionsvertrag vorsieht, ersetzt möglicherweise die aus dem Schuldienst ausscheidenden Pädagogen. Aber das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ja wohl das Minimum, zumal wir steigende Schülerzahlen haben. Alles, was darüber hinaus geht, beispielsweise schulische Inklusion oder jahrgangübergreifenden Unterricht umzusetzen, von anderen Dingen gar nicht zu reden – Fehlanzeige. Von Aussichten auf ein zukunftsweisendes Schulgesetz kann aus unserer Sicht deshalb nicht gesprochen werden.

Im Bereich der frühkindlichen Bildung gehört zur historischen Wahrheit: Bereits 2004 war die Verbesserung des Personalschlüssels auf 1 : 12 vom Sozialministerium vorbereitet und scheiterte dann an der ersten CDU/SPD-Koalition. Im aktuellen Koalitionsvertrag von SPD und LINKEN in Brandenburg ist die Verbesserung des Betreuungsschlüssels im Kindergartenbereich von 1 : 12 auf 1 : 11 vorgesehen. Brandenburg ist uns also mindestens fünf Jahre – bzw. geht man vom bisherigen sächsischen Tempo aus sogar zehn Jahre – voraus. Das finde ich für den selbst ernannten Anspruch, das beste Sachsenland der Welt zu sein, ziemlich peinlich.

(Beifall bei den LINKEN)

Zum zweiten und großen landespolitischen Thema öffentliche Sicherheit: Auf Seite 96 lassen Sie sich eine Zahl der Neueinstellung von mindestens 400 Polizeianwärtern entlocken, dies aber „in den nächsten Jahren“ – was immer das bedeutet. Was feiern Sie da eigentlich? Im nächsten Jahr scheiden 444 Polizisten planmäßig aus dem aktiven Dienst aus, im Jahre 2018 476 und im Jahr 2019 509. An den Zahlen sieht man deutlich, dass der von Ihnen verabredete Einstellungskorridor deutlich zu kurz gegriffen ist. Im Übrigen: Um diese Zahlen zur Kenntnis zu nehmen, braucht man keine Kommission, die Sie einsetzen wollen. Die können sie aus Ihrer eigenen Statistik ablesen.

Klar ist: Die Stellenausstattung der Polizei entspricht nicht dem Personalbedarfsplan, und damit werden Sie auch nicht das Sicherheitsgefühl der Menschen in diesem Land wieder herstellen.

Was ist von Ihrem Wahlkampfthema „Freiwillige Feuerwehren stärken“ übrig geblieben? Ein paar Allgemeinplätze, dazu magere sieben Sätze zum Rettungsdienst. Gerade hier, wo es oft um Leben und Tod geht, ist der Koalitionsvertrag schwach, lebensgefährlich schwach. Unsere konkreten Vorschläge liegen auf dem Tisch. Zum Beispiel sagen wir klar: Eine Feuerwehrrabgabe, wie Sie sie planen, macht nur dann Sinn, wenn sie für hauptamtlich besetzte Standortfeuerwehren genutzt wird, damit gerade die Kameradinnen und Kameraden auf dem Land, deren Zahl wegen der demografischen Entwicklung immer geringer wird, unterstützt werden. Eine Gebühren-

abzocke ohne Sicherheitsplus für die Bevölkerung werden wir ablehnen.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft des Landes. Neben Lobenswertem können wir uns mit der Festlegung der Jugendpauschale auf 12,40 Euro nicht zufrieden geben. Sicher ist das eine Verbesserung, aber aus unserer Sicht sind mindestens 15 Euro für jeden jungen Menschen notwendig, damit die Kommunen ihrer Verantwortung gerecht werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mehrere Dutzend Mal findet sich in Ihrem Koalitionsvertrag die Ankündigung, es müsse geprüft werden. Dabei haben Sie mindestens einen Prüfungsauftrag vergessen: das von der letzten Koalition auf den Weg gebrachte Standortgesetz, also den Behördenumzugszirkus, der Beschäftigten wie Bürgerinnen und Bürgern auf die Nerven gegangen ist und geht. Diesen beschlossenen Unsinn sollten Sie tatsächlich noch einmal auf den Prüfstand stellen.

(Beifall bei den LINKEN)

Mit Blick auf die Institutionen des Rechtsstaates hätten wir uns konkretere Angaben gewünscht, wie der zu erwartende Altersabgang in der Richter- und Staatsanwaltschaft ausgeglichen werden soll, zumal vom vorigen Staatsminister der Justiz öffentlich bereits die Schaffung von mindestens 20 zusätzlichen Stellen jährlich als notwendig dargestellt worden ist, um die Lage im Griff zu behalten.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Zu den Irrtümern oder gepflegten Legenden gehört ja die Behauptung, die sächsischen Kassen seien permanent leer. Diese neue Koalition stellt nun fest, dass doch Geld da ist – was sich mit unseren Berechnungen zu Sachsens Staatsfinanzen und insbesondere den erheblichen Rücklagen deckt. Also: Willkommen in der Realität und viel Spaß, Herr Finanzminister, mit dieser neuen Koalition.

(Lachen und Beifall bei den LINKEN)

Die Fraktion DIE LINKE begrüßt den Ansatz der Koalition, künftig dem geltenden Grundsatz der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Wie das mit dem neuen Finanzminister passieren soll, weiß ich zwar noch nicht, wir gehen aber davon aus, dass der auf unsere Initiative in der Verfassung verankerte und neu beschlossene Haushaltsgrundsatz des sozialen Ausgleichs bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/2016 und den nachfolgenden seine Beachtung findet.

(Zuruf von der CDU: Wie immer!)

Erfreut nehmen wir den angekündigten Kurswechsel beim Umgang mit den Beteiligungen des Freistaates Sachsen zur Kenntnis. Auch hier sollen die Defizite mangelnder Transparenz aus den vergangenen Legislaturperioden abgebaut werden. Vermutlich wäre uns viel zerschlagenes Porzellan bei der Staatlichen Porzellanmanufaktur Meißen – im wörtlichen wie im übertragenen Sinne – erspart geblieben, hätte das schon die letzte Koalition getan.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der neue Koalitionsvertrag benötigt allein sechs Seiten, um die Reparaturliste im Wirtschaftsministerium aufzuzählen. Ich zitiere auszugsweise: „Zur besseren Abstimmung der Wirtschafts- und Innovationspolitik werden die Koalitionspartner einen Wirtschafts- und Innovationsbeirat etablieren, dem die Handwerkskammern, die Industrie- und Handelskammern, die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände und bei Bedarf auch wissenschaftliche Einrichtungen angehören sollen.“

Die Zielrichtung stimmt. Nur gab es einen solchen Beirat schon zu Zeiten der Wirtschaftsminister Gillo und auch Jurk, bis er durch den unter Gewerkschaftsphobie leidenden FDP-Minister abgeschafft wurde. Gleiches gilt auch für die Wiederbelebung der Außenwirtschaftsstrategie, die Messförderung sowie die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Man sieht, es wird eine Zeit lang dauern, bis der von der sächsischen FDP angerichtete Flurschaden in der Wirtschaftspolitik behoben sein wird. Dabei wünsche ich der SPD im Interesse der Beschäftigten im Lande von Herzen viel Erfolg.

Mit Interesse und Genugtuung nehmen wir die im Koalitionsvertrag erfolgten Rückgriffe auf Erfahrungen anderer Länder zur Kenntnis, zum Beispiel auf brandenburgische Regierungserfahrungen hinsichtlich der gezielten Unterstützung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie der Aufnahme sozialer und tariflicher Standards und dafür geeigneter Förderprogramme. Auch den von uns geforderten Fusionsfonds finden wir ja als Ankündigung im Koalitionsvertrag. Dafür sage ich Danke.

(Zuruf von der SPD)

Deswegen wäre es gut gewesen, Herr Ministerpräsident, auch an die demokratischen Oppositionsfraktionen hier im Sächsischen Landtag einen Dank zu richten, denn zumindest haben wir dazu beigetragen, dass Sie sich jetzt wahrscheinlich auf den richtigeren Kurs begeben werden.

(Vereinzelt Lachen bei der CDU)

In den letzten 25 Jahren sind viele größere und kleinere Betriebe in Sachsen für immer von der Bildfläche verschwunden. Damit ging der Verlust zigtausender Arbeitsplätze einher, vor allem im industriellen Bereich. Ein aktuelles Beispiel zeigt dies derzeit den Menschen in Zwickau. Dort soll der Standort der Deutschen Bahn zur Fahrzeuginstandhaltung Ende 2015 geschlossen werden. Damit wird eine über 100-jährige Tradition des Eisenbahninstandsetzungswerkes in Zwickau beendet. Zu DDR-Zeiten waren hier einmal 3 000 Menschen beschäftigt. 2001 gab es einen Kampf um den Erhalt von rund 300 verbliebenen Arbeitsplätzen, und nun sollen die letzten 80 wegfallen. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, was hat Ihre Regierung in all den Jahren getan, um Standortschließungen zu verhindern?

(Zuruf von den LINKEN: Nicht viel!)

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre Verantwortung für bestehende Arbeitsplätze in diesem Land endlich wahrnehmen.

(Beifall des Abg. Horst Wehner, DIE LINKE)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die mehr als 100 000 Langzeitarbeitslosen in Sachsen angeht, löst ein Blick in den Koalitionsvertrag Ernüchterung aus. Dort ist nichts Verbindliches zu finden. Es ist die Rede davon, den Bund zu bestärken, „ein angemessenes großes Programm zur Förderung langzeitarbeitsloser Menschen aufzulegen und zu finanzieren“.

(Zuruf von der SPD: Okay!)

Bundesarbeitsministerin Nahles hat jedoch gerade letzte Woche klargestellt, dass sie kein ordentliches Programm zur öffentlichen Förderung von mehr Beschäftigung auf den Weg bringen will. Demzufolge gibt es also keine zusätzlichen Mittel. Sie müssen folglich selbst handeln – hoffen und nach Berlin schauen bringt nichts.

Gleichstellung, Antidiskriminierung sowie Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion haben mit dem Ausscheiden der FDP allein schon rhetorisch einen spürbaren Aufschwung genommen. Allerdings gilt auch hier: Bisher gibt es mehr Ankündigungen und Prüfaufträge als kalkulierbare Ergebnisse. Natürlich begrüßen wir den höheren Stellenwert von Gleichstellung und Integration, der mit der Installierung einer Ministerin für diesen Bereich zum Ausdruck kommt. Eigentlich wäre ein eigenständiges, kleines, aber feines Vollministerium vonnöten, denn es darf im Freistaat Sachsen nicht so weitergehen wie bisher.

Als Beispiel nenne ich einmal die Frauenpräsenz unter den Abgeordneten im Sächsischen Landtag. Wenn wir in dem bisherigen Schnecken-tempo weitermachen würden, gäbe es in 150 Jahren einen geschlechterparitätisch besetzten Landtag. Im Klartext hieße das, der 36. Sächsische Landtag im Jahr 2164 wäre dann so weit, wie die Fraktion DIE LINKE heute schon ist. Diesen Spitzenplatz würden wir gern schneller mit Ihnen teilen.

(Beifall bei den LINKEN – Unruhe bei der CDU)

Die Vorlage eines Inklusionsgesetzes – das heißt, die grundsätzliche Überarbeitung des bestehenden Integrationsgesetzes – wird von der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes und der Novellierung des Bundesgleichstellungsgesetzes abhängig gemacht. Für uns bedeutet dies: In der 6. Wahlperiode des Sächsischen Landtages wird es wahrscheinlich kein Inklusionsgesetz geben.

(Zuruf von der CDU: Meine Herren!)

In einem Punkt hat die untergegangene FDP zweifelsfrei recht: Sachsen ist nicht Berlin. Deshalb sollten Sie, werte Koalitionäre, auch bei diesem Thema den Mut zu mehr selbstständiger Politik aufbringen, gerade bei einer so wichtigen gesellschaftspolitischen Frage wie der Inklusion.

In der Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik fehlen konkrete Aussagen dazu, mit welchen Mitteln „ein Klima

der Akzeptanz, der Empathie und des gemeinsamen Miteinanders“ hergestellt werden soll. Ein aufgeschlossenes Klima kann nicht herbeibesworen werden. Dazu brauchen wir das öffentliche Engagement aller Mitglieder der Staatsregierung und nicht nur der neuen Ministerin und des oder der Ausländerbeauftragten. Wir alle in diesem Land müssen uns aktiv, sichtbar und hörbar für dieses Klima einsetzen.

(Beifall bei den LINKEN und des
Abg. Valentin Lippmann, GRÜNE)

Zum gesellschaftlichen Klima tragen die Medien nicht unmaßgeblich bei. Das Bekenntnis zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der mehr leistet als nur eine Mindestversorgung, unterscheidet sich erfreulicherweise deutlich von den öffentlichen Äußerungen des bisherigen Rundfunkministers Beermann. Auf unsere Zustimmung trifft auch, dass künftig neben privaten lokalen Fernsehstationen auch nicht kommerzielle Lokalradios eine Förderung erhalten sollen.

Eine frohe Botschaft des Koalitionsvertrages zu Europa lautet: „Die sächsischen Interessen müssen auf EU-Ebene besser vertreten werden.“ Ja, wir wollen Europa in Sachsen und zum anderen Sachsen in Europa, das heißt die aktivere Vertretung sächsischer Interessen in der EU. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass entsprechende strukturelle Voraussetzungen geschaffen werden sollen: die Einrichtung eines Europaausschusses hier im Sächsischen Landtag und die Verstärkung der Verbindungsbüros in Brüssel, Prag und Wrocław sowie die Wiedereinführung des Personalpools Europa in der Staatskanzlei.

Wir wünschen uns aber, dass – wie in Brandenburg – eine Mitwirkung des Landes an der sozialen Dimension der EU stattfindet. Dort haben SPD und LINKE unter anderem vereinbart: „In besonderer Weise sehen wir uns in der Verantwortung für die Stärkung der sozialen Dimension der Europäischen Union, vor allem der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Armut. Soziale, ökologische, rechtsstaatliche und demokratische Standards sollen gestärkt und nicht ausgehebelt werden.“ – So lesen sich Aussagen in Koalitionsverträgen, wenn DIE LINKE mitregiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass im Koalitionsvertrag keine Silbe zur weiteren Modernisierung der Landesverfassung enthalten ist, enttäuscht uns. Es gab am Ende der Legislaturperiode Einigkeit zwischen den Fraktionsvorsitzenden, weitere Vorhaben zur Änderung der Sächsischen Verfassung voranzubringen. Wir müssen um die Fortschreibung einer einstmaligen modernen Verfassung ringen, wenn wir nicht den Zug der Zeit verpassen wollen. Dazu laden wir Sie ausdrücklich ein.

(Beifall bei den LINKEN)

Zu den Problemen, die die Menschen bewegen, gehört die drohende und zum Teil schon eingetretene Mietsteigerung durch Wohnungsmangel in Dresden und Leipzig oder durch Sanierungsmaßnahmen. Den Vorschlag der LINKEN aus der vergangenen Legislaturperiode, Baukosten-

zuschüsse mit Mietpreisbindung als erstrangiges Instrument aufzunehmen, haben Sie leider nur halbherzig, also ohne Mietpreisbindung und eben nachrangig, aufgenommen. Damit werden Sie die Refinanzierungslücke aus Baukosten und entsprechendem Nettokaltmietenpreis einerseits und der Einkommensentwicklung andererseits bei der Schaffung von günstigem, barrierefreiem sowie energetisch saniertem Wohnraum nicht schließen können.

Sie beginnen zwar im Koalitionsvertrag mit der Kultur, aber die Theater und Opernhäuser sind chronisch unterfinanziert und die Beschäftigten arbeiten zum großen Teil mit Haustarifverträgen, was meist weniger Lohn und mehr Freizeit bedeutet, von der erheblich größeren Selbstaussbeutung bei den vielen kleineren Kultureinrichtungen ganz zu schweigen. Wenn man von den drei Seiten Kultur im Koalitionsvertrag die Grundsatzerklärung und Bekenntnisse abzieht, dann bleibt an kulturpolitischer Substanz leider nicht viel übrig.

In der Hochschulpolitik hat sich die CDU mit ihren Forderungen gegen die SPD durchgesetzt. Das Kapitel „Hochschule und Wissenschaft“ im Koalitionsvertrag trägt die Handschrift der CDU. Das Beispiel Leipzig zeigt, wie in Sachsen die Profilbildung an den Hochschulen erfolgt: unkoordiniert und zulasten der Geistes- und Sozialwissenschaften. Es darf nicht sein, dass die Staatsregierung unter Berufung auf die Autonomie der Hochschulen diesen den Schwarzen Peter zuschiebt und nun von ihnen fordert, die Stellenkürzungen vorzunehmen – dort, wo sie es für richtig halten.

Die von Ihnen, Herr Ministerpräsident, als Träger der Richtlinienkompetenz letztlich zu verantwortenden konzeptionslosen Kürzungen lassen langsam den humanistischen Geist aus der sächsischen Hochschullandschaft weichen. Mit den 85 Millionen Euro, die Sachsen durch die Bundesfinanzierung des BAföG ab 2015 zusätzlich für die Bildungsfinanzierung zur Verfügung hat, wäre es aber zum Beispiel möglich, die vielfältigen Geisteswissenschaften – einschließlich der Theaterwissenschaften – an der Universität Leipzig als Studiengänge zu erhalten. Im Namen der Wissenschaft: Gehen Sie bitte diesen Weg!

(Beifall bei den LINKEN)

Es gibt eine Reihe von weiteren Baustellen, bei denen Sie den Pusch der Vorgängerregierung beheben müssen:

- dass Sachsen Schlusslicht bei den Krankenhausinvestitionen ist; hier hat sogar der auf Sparsamkeit getrimmte Rechnungshof dramatische Defizite aufgezeigt,
- dass die Verkehrspolitik unter Morlok den öffentlichen Nahverkehr und den Zugverkehr benachteiligt und vielen Menschen, gerade auf dem Land, die notwendige Mobilität vorenthalten hat,
- dass die Kommunen zu wenig Spielraum bei Investitionen in Eigenregie haben.

Die Reparaturmaßnahmen zu diesen und anderen Baustellen sind aus unserer Sicht unzureichend. Darüber werden wir hier in den nächsten Jahren noch oft zu sprechen

haben. Heute möchte ich mich zum Schluss auf einen aktuellen Brennpunkt konzentrieren: die Braunkohle.

Sehr geehrter Herr Tillich! Lieber Martin Dulig! Mit Bittprozessionen nach Schweden lassen sich langfristig Tausende von Industriearbeitsplätzen in der Lausitz nicht sichern. Wenn im vergangenen Jahr in Sachsen 37 Millionen Tonnen Braunkohle abgebaut worden sind – so viel wie seit 1995 nicht mehr –, zeigt das auch, dass Sie, meine Herren, die Braunkohle zurzeit nicht als Brücke in die Zukunft der erneuerbaren Energien, sondern in die Vergangenheit des fossilen Zeitalters nutzen. Das ist eine Sackgasse. Folgen Sie bitte der Intention unseres letzten Antrages im Sächsischen Landtag vor der Sommerpause, in dem wir ein staatliches Forschungsprogramm als Inspiration für einen langfristigen Strukturwandel in der Lausitz gefordert haben. Bisher zeigt Ihr kopfloser Umgang mit dem angekündigten Abschied von Vattenfall stellvertretend für den ganzen Start dieser Regierung: Es ist viel Kontinuität, aber wenig Dynamik dabei. Schade eigentlich!

Ich verspreche Ihnen als Vorsitzender der stärksten Oppositionskraft: Wir werden Ihnen ordentlich einheizen, damit es mit der Dynamik auch klappt.

Vielen Dank. Glück auf!

(Beifall bei den LINKEN und
der Abg. Sabine Friedel, SPD)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Auf die Fraktion DIE LINKE, für die gerade Herr Kollege Gebhardt sprach, folgt nun für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kupfer.

Frank Kupfer, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst, Herr Ministerpräsident und Herr stellvertretender Ministerpräsident, darf ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion sehr herzlich zu diesem Kabinett gratulieren.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Der MDR hat eine „Zufriedenheitsstudie 2014“ herausgegeben. Bei dieser wurden die Menschen in Sachsen nach ihrer Zufriedenheit befragt, und auf einer Skala von null bis 10 lagen wir bei einem Wert von 7,1.

(Zuruf des Abg. Enrico Stange, DIE LINKE)

Ab 8 wird in die Kategorie „Sehr zufrieden“ eingestuft. Wir sind also nah an der Einschätzung der Gesamtbevölkerung „Sehr zufrieden mit dem Freistaat Sachsen“. Das ist ein sehr gutes Ergebnis. Es ist eine Widerspiegelung der Realität und,

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Das sieht die SPD bestimmt anders!)

meine sehr geehrten Damen und Herren der Staatsregierung, eine Messlatte für die künftige politische Arbeit.

In Stadt und Land ist diese Befragung durchgeführt worden. Es gibt keinen Unterschied in der Zufriedenheit. Die Menschen in der Stadt sind nicht zufriedener als jene auf dem Land, und auch umgekehrt, obwohl es – das wissen wir alle – sehr wohl Unterschiede zwischen den Städten, den großen Städten und dem ländlichen Raum gibt. Im ländlichen Raum haben wir es mit Schrumpfung zu tun, und in den großen Städten haben wir es mit Wachstum zu tun. Wir haben uns deshalb im Koalitionsvertrag dazu verständigt, dass eine spezifischere Förderkulisse entsprechend den unterschiedlichen Bedürfnissen von Stadt und Land auf die Tagesordnung kommt.

Meine Damen und Herren! Mithilfe der bewährten Förderinstrumentarien werden wir im ländlichen Raum weiter für Aufschwung sorgen. Wir werden weiter die Lebensverhältnisse im ländlichen Raum verbessern. Die Integrierte Ländliche Entwicklung wird dazu einen Hauptbeitrag leisten können. Wir werden auch unser Augenmerk auf die Städte verstärken müssen. Mithilfe der bewährten Städtebauförderung durch den Bund und die Europäische Union sowie durch die entsprechende Ausgestaltung der Programme wollen wir gezielt eine integrierte Stadtentwicklung unterstützen. Dazu werden wir eine Überlagerung der Städtebauförderung mit den Fördergebieten der EFRE-Stadtentwicklung ermöglichen und Fördermöglichkeiten für nicht investive Maßnahmen durch ESF-Mittel verbessern. EFRE- und ESF-Programme sollen stärker miteinander verknüpft werden. Ergänzend zu Maßnahmen der Städtebauförderung wollen wir die Wohnraumförderung intensivieren.

Mir ist es dabei wichtig, dass wir das Bauen preiswerter gestalten. Das kann man durch viele Maßnahmen tun, zum Beispiel durch Absenkung von Standards.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Nicht schon wieder! Das wollte die FDP schon machen!)

Das ist eine Aufgabe, die wir uns in den fünf Jahren auf jeden Fall vornehmen müssen: Standards abzubauen, um das Leben zu vereinfachen und das Bauen preiswerter zu gestalten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir verfolgen das Ziel, den Neubau bezahlbaren Wohnraums durch die Schaffung baukostensenkender Rahmenbedingungen zu erleichtern. Die Kommunen erhalten die Möglichkeit, ihre Grundstücks politik stärker als bisher an den Bedürfnissen der Stadtentwicklung auszurichten.

(Enrico Stange, DIE LINKE:
Wer bezahlt ihnen das?)

Ganz aktuell ist die Nachricht, dass Sachsens historische und kulturelle Denkmalschätze auch in diesem Jahr erneut Unterstützung durch den Bund erhalten. Das ist etwas, was mich persönlich sehr freut.

Der Freistaat Sachsen erhält circa 1,4 Millionen Euro, die 13 besonders hochwertigen Denkmälern im Freistaat Sachsen zugutekommen sollen – neben den Kirchen

beispielsweise dem Spalatinhaus in Torgau, das bis zum Reformationsjubiläum im Jahr 2017 in seiner alten Schönheit erstrahlen soll. Das war jetzt der Werbeblock in eigener Sache.

(Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange:
Das haben wir mitbekommen!)

Als weiteres Beispiel darf ich Ihnen das UT Connewitz in Leipzig nennen. Das ist das älteste noch erhaltene Lichtspieltheater Leipzigs und gehört zu den ältesten in Deutschland. Es ist ein Kleinod, welches seinesgleichen sucht.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Meine Damen und Herren! Für die Beurteilung der Lebensqualität in Sachsen spielt bei den Menschen immer wieder die innere Sicherheit eine besondere Rolle. Bei der inneren Sicherheit – neben den harten Faktoren wie Ausstattung und Personal der sächsischen Polizei – setzen wir bewusst auf bürgerschaftliches Engagement. Als Beispiel ist mir der Sicherheitsstammtisch in Görlitz in guter Erinnerung: Partnerschaften und Kooperationen vor Ort, um die innere Sicherheit und die Wahrnehmung – das ist das eigentliche Problem – für innere Sicherheit zu erhöhen.

Die Sorgen und Nöte der Handwerksbetriebe sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen, die im grenznahen Raum leben, sind uns allen gegenwärtig. Die erlittenen materiellen Schäden, aber auch das verloren gegangene Vertrauen der Menschen, die von Einbruchsdelikten betroffen waren, sind nicht wegzudiskutieren. Hier besteht klarer Handlungsbedarf.

Ich habe dazu kürzlich ein Gespräch mit Vertretern der Handwerkskammern geführt und wir haben uns darauf verständigt, dass die gemeinsame Präventions- und Beratungsarbeit der Betriebe und der Privatpersonen mit der sächsischen Polizei ganz vorn auf der Agenda stehen muss. Es ist wichtig, nicht immer nur zum Staat zu schauen, was dieser machen kann, sondern es ist wichtig, selbst Sensibilität zu entwickeln und selbst etwas dazu beizutragen, dass die innere Sicherheit erhöht wird.

Eine Bitte habe ich in diesem Zusammenhang an die Medienvertreter, die diese Debatte verfolgen. Die Art der Berichterstattung kann viel Schaden anrichten, aber sie kann auch viel Gutes bewirken. Mir wäre es lieb – ich möchte die Medienvertreter dazu einladen –, wenn Sie mehr die Erfolge polizeilicher Arbeit kommunizieren. Das ist ein erheblicher Beitrag dafür, dass die Motivation in der Polizei erhöht wird. Ein wichtiger Aspekt der Wertschätzung ist es aber auf jeden Fall.

Zur Erhöhung der Motivation unserer Polizei gehört auch, dass wir den Polizisten die Möglichkeit zur Verbrechenverfolgung geben. Ich bin dankbar dafür, dass wir uns im Koalitionsvertrag auf die Kennzeichenerfassung einigen konnten.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Denn Datenschutz, meine Damen und Herren, darf kein Verbrecherschutz sein. Anfang 1994, meine Damen und Herren – daran darf ich noch einmal erinnern –, hatten wir in Sachsen eine Arbeitslosenquote von 17,3 %. Wir haben jetzt, Ende Oktober 2014, eine Arbeitslosenquote von 8,1 %. Das ist eine deutliche Entwicklung hin zu mehr Beschäftigung im Freistaat Sachsen.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Wie viele Beschäftigungsverhältnisse gibt es denn?)

Das ist zum einen gelungen durch die Politik im Freistaat Sachsen, das ist aber auch gelungen durch die vielen engagierten Unternehmer, die in Sachsen Arbeitsplätze und Lehrstellen geschaffen haben. Wir haben uns im Freistaat Sachsen auf unsere Traditionen zurückbesonnen, die der Schlüssel zum Erfolg sind, nämlich eine gute Mischung der Wirtschaftsstrukturen. Das ist und bleibt ein Markenzeichen im Freistaat Sachsen.

Als Freistaat, als Parlament, als Regierung haben wir immer Wert darauf gelegt, dass wir im Freistaat Sachsen eine hohe Investitionsquote haben. Ich bin außerordentlich dankbar dafür, dass dieser Fakt auch durch die Koalitionsverhandlungen getragen wurde und im Koalitionsvertrag seinen Niederschlag gefunden hat.

Eine Grundvoraussetzung für eine weitere gute wirtschaftliche Entwicklung ist das Angebot an gut ausgebildeten jungen, aber auch älteren Fachkräften. Wir haben ein duales Ausbildungssystem im Freistaat Sachsen. Das werden wir erhalten, weiter fördern und weiter ausbauen. Es ist für jedes einzelne Unternehmen wichtig, nicht nur gut ausgebildete junge Facharbeiter zu haben bzw. überhaupt das Angebot an Lehrlingen zu haben, sondern es ist genauso wichtig, die im Betrieb befindlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu qualifizieren und so zu entwickeln, dass sie einmal Führungsaufgaben in den Unternehmen übernehmen können. Das ist wichtig für den Freistaat Sachsen und die weitere gute wirtschaftliche Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Wir haben für die Jahre 2015 und 2016 noch keinen beschlossenen Haushalt. Das ist der Wahl geschuldet. Wir werden uns aber als Parlament bemühen – das darf ich im Namen der CDU-Fraktion auf jeden Fall und, ich denke, auch im Namen der SPD-Fraktion sagen –, möglichst zügig einen Haushalt zustande zu bringen. Dieser muss natürlich durch die Staatsregierung vorbereitet werden.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Liegt doch alles vor!)

Deshalb meine Bitte an die Staatsregierung, möglichst schnell einen Haushalt vorzulegen, den wir im Parlament beraten und verabschieden können.

Es gibt bei den vielen engagierten Menschen im Lande, die in Vereinen und Verbänden arbeiten, die Sorge, dass sie nicht wissen, wie sie diese Lücke bis zur Bereitstellung der Mittel überbrücken sollen. Artikel 98 der Sächsischen Verfassung ermöglicht der Staatsregierung eine

vorläufige Haushaltsführung. Ich kann die Ressorts nur bitten, in eigener Zuständigkeit ihren Fokus in den nächsten Monaten darauf zu legen, dass die Vereine und Verbände eine Übergangsförderung bekommen, damit es dort in der Arbeit keinen Abbruch gibt.

(Beifall bei den LINKEN und
vereinzelte bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren! Es stehen noch große Aufgaben vor uns. Wir haben die Pflicht, das Land fit zu machen für das Jahr 2020. Wir wissen, dass nach dem Jahr 2020 der Solidarpakt ausläuft. Wir wissen auch, dass die neue EU-Förderperiode weniger Geld in den Freistaat Sachsen bringen wird. Wir wissen noch nicht, welche finanziellen Auswirkungen der Länderfinanzausgleich auf den Freistaat Sachsen haben wird.

Erlauben Sie mir zum Abschluss ein Zitat unseres ersten Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf. Er hat in seiner ersten Regierungserklärung am 8. November 1990 zum Abschluss gesagt: „Die Aufgaben sind groß, die Herausforderungen sind gewaltig, aber die Chancen, die uns geboten werden, sollten uns ermutigen. Die Bürger unseres Landes haben uns in freien Wahlen die Verantwortung für dieses Land übertragen. Lassen Sie uns gemeinsam dieser Verantwortung gerecht werden.“

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU,
der SPD und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Kollege Kupfer sprach für die CDU-Fraktion. Jetzt folgt für die SPD-Fraktion Herr Kollege Brangs. Bitte, Sie haben das Wort.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Jetzt umdenken!)

Stefan Brangs, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch ich habe zu denjenigen in diesem Haus gehört, die sich zunächst ein wenig gewundert haben, dass wir heute einen Tag nach Ihrer Vereidigung und nachdem gerade das neue Kabinett vereidigt wurde, eine Regierungserklärung von Ihnen hören. Aber nach meiner Verwunderung kam dann sehr schnell Freude, und zwar deshalb, weil ich jetzt hier stehen und die Replik unserer Fraktion auf diese Regierungserklärung geben kann. Es ist natürlich auch eine Ehre, dass ich als Parlamentarischer Geschäftsführer dieses zum ersten Mal und voraussichtlich auch zum letzten Mal tun darf.

Normalerweise würde mein Fraktionsvorsitzender hier stehen, aber er ist gerade zum Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit ernannt worden. Es gehört aus unserer Sicht zur guten politischen Kultur, dass man die Trennung zwischen erster und zweiter Gewalt deutlich macht.

(Zurufe der Abg. Sebastian Scheel
und Rico Gebhardt, DIE LINKE)

Deshalb zunächst an dieser Stelle, lieber Martin, liebe Eva, liebe Petra und auch liebe Kolleginnen und Kollegen

der CDU-Fraktion in neuer Verantwortung: Herzlichen Glückwunsch für die Übernahme der neuen Funktionen!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich bin aber auch in einer anderen neuen, alten Rolle. Ich habe von 2004 bis 2009 als Koalitionspartner bereits miterleben dürfen, wie es ist, regierungstragende Fraktion zu sein. Dazwischen gab es eine Episode, die ich mit den Worten eines bekannten SPD-Politikers umschreiben würde: „Und jetzt stehen wir wieder hier in Regierungsverantwortung.“

Aber ich glaube auch, dass die Zeit von 2004 bis 2009 nicht vergleichbar ist. Es gibt sehr, sehr viele Unterschiede. Sie alle kennen ja sicherlich das Sprichwort, dass man niemals in denselben Fluss einsteigen sollte. Das machen wir auch nicht, denn seit 2004 hat sich in der Tat viel verändert. Es gibt viele neue Herausforderungen und es gibt viele neue Sichtweisen auf Themen und deren Lösungsansätze. Natürlich haben sich auch die Stimmgewichte verschoben. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen jetzt gestärkt, aber auch mit Respekt und mit einem gewissen Selbstbewusstsein in die neue Regierung.

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Ein wichtiger Unterschied zu 2004 ist für mich, dass wir in den nächsten Jahren versuchen wollen, eine andere politische Kultur im Umgang miteinander zu finden. Damit meine ich nicht nur die gestrige Debatte zur Geschäftsordnung – das ist ein Beispiel dafür –, sondern ich meine, dass wir das als Koalition aus SPD und CDU vorleben könnten. Und das sollten wir auch tun.

Ich habe die Koalitionsverhandlungen, an denen ich mitgewirkt habe, in sehr konstruktiver Atmosphäre erlebt. Ich würde mir wünschen, dass wir genau dieses Miteinander, das wir praktiziert haben, fortführen. Wir haben eben nicht versucht, den einen oder anderen zu bekehren, sondern wir haben versucht, gemeinsam Lösungen zu finden, um das Land nach vorn zu bringen. Das sollte der Geist dieser neuen Koalition sein.

Natürlich gab es dabei auch Phasen, in denen wir uns gefragt haben, ob man da wirklich noch eine Einigung erzielen kann, weil wir sehr weit auseinander waren. Aber das ist für mich vollkommen klar und das ist auch gut so. Um es mit den Worten eines Regierenden Bürgermeisters zu sagen: Wir sind unterschiedliche Parteien, wir haben unterschiedliche Standpunkte und wir haben unterschiedliche Lösungsansätze. Aber trotzdem haben wir einen gemeinsamen Koalitionsvertrag verabschiedet, der sich sehen lassen kann. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Klar ist auch, dass solche Koalitionsverhandlungen keine Wunschveranstaltungen sind, sondern dass dort auch immer ein Kompromiss mitschwingt. Es wurde aus meiner Sicht nie der Punkt erreicht, an dem ich gedacht habe, jetzt geht es nicht weiter und hier werden wir uns so

weit auseinander bewegen, dass es keine Einigung gibt. Wir sollten diese Gemeinsamkeiten immer in den Mittelpunkt stellen und diese konstruktive Zusammenarbeit über die Koalitionsverhandlungen hinaus als Grundlage nehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Koalitionsvertrag eine gute Basis geschaffen haben. Es freut mich, dass insbesondere die Themen Gerechtigkeit und Zukunftssicherung in Sachsen ein wesentlicher Teil in diesem Koalitionsvertrag sind.

Ich möchte auf die einzelnen Häuser zu sprechen kommen, die wir als SPD stellen. In einer gemeinsamen Regierung haben wir aus meiner Sicht Zukunftsthemen besetzt, und wir haben mit der Aufteilung der Ministerien diese Zukunftsthemen dokumentiert.

Uns allen muss klar sein, dass wir nach wie vor ein Riesenproblem mit der Arbeitslosigkeit haben. Sie sinkt zwar, aber wir sollten alles daran setzen, gemeinsam, in unterschiedlichen Rollen, dazu beizutragen, dass wir mehr junge Leute zu einem Schulabschluss und in Ausbildung bringen. Wir müssen dazu beitragen, dass Mädchen und Jungen in Sachsen die Chance bekommen, hier eine Perspektive zu haben. Trotz der guten Zahlen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben wir ein Riesenproblem: Das ist das Thema Langzeitarbeitslosigkeit. Diesem Problem müssen wir uns stellen, auch wenn wir wissen, dass die sächsische Wirtschaft gut dasteht. Manche sagen sogar, dass sie brummen würde.

In diesem Koalitionsvertrag haben wir über das hinaus, was ich hier beschrieben habe, sehr viele gute Punkte benannt. Einige möchte ich nennen: Wir haben uns darauf verständigt – das freut mich sehr –, dass wir den Mittelstand stark fördern und in den Mittelstand investieren wollen. Wir haben das erfolgreiche Förderprogramm „Regionales Wachstum“ neu aufgelegt.

Viele Unternehmerinnen und Unternehmer haben mit uns gesprochen und wir haben darauf reagiert, indem wir das Thema Unternehmensnachfolge als wichtigen Punkt in dem Koalitionsvertrag angesprochen haben. Wir werden einen Fusionsfonds schaffen, damit sich kleinere Unternehmen besser zusammenschließen können und somit mehr Arbeitsplätze und Firmensitze erhalten werden können. Richtig und wichtig ist, dass wir die Gründerinnen und Gründer in diesem Land stärken werden.

Nicht zuletzt – das sei mir gestattet – bin ich sehr froh darüber, dass wir diese Eierscheckenphilosophie beim Thema Fachkräfte endlich beerdigen.

(Beifall bei der SPD und den LINKEN)

Ich denke, allen muss klar sein, dass man es mit Kaffeekränzchen und Kuchen nicht leisten kann, eine Antwort auf dieses wichtige Thema zu geben. Wir werden es nur dann leisten, wenn wir eine echte Fachkräfteallianz weiterentwickeln zu einer Fachkräftestrategie. Das muss einhergehen mit einem klaren Bekenntnis für Weiterbildung und Bildung.

Es muss ein klares Bekenntnis zur dualen Ausbildung in Betrieb und Berufsschule geben. Allen muss doch klar sein: Es ist schon sehr seltsam, dass China und Spanien unser Modell kopiert haben, und wir selbst haben Probleme, die Zukunft der dualen Ausbildung sicherzustellen. Deshalb ist es gut und richtig, dass wir die duale Ausbildung stärken und absichern wollen. Ich finde es ebenso gut, dass wir den heimischen Mittelstand mit dem Kulturbereich, mit den Schulklassen zusammenbringen und dass wir gemeinsam darüber nachgedacht haben, sie ab der 7. Klasse verpflichtend zueinander zu bringen und das Thema in die Schulen zu transportieren. Das ist ein wichtiger, guter Punkt.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: UTP!)

Wenn die Kollegen der LINKEN das auch so sehen, dann würde ich mich sehr freuen.

Das ist wahrscheinlich nur ein Teil des Problems, warum wir eine außerparlamentarische Opposition haben, die von linkem Zeitgeist spricht. Ich finde, das ist eine Auszeichnung, und ich kann damit sehr gut leben. Wenn Holger Zastrow meint, es sei linker Zeitgeist, dass man sich für Gerechtigkeit, Solidarität und Soziales engagiert, dann machen wir alles richtig.

(Beifall bei der SPD und der Staatsministerin Petra Köpping)

Wir sind uns einig – und das freut mich –, dass wir in diesem Koalitionsvertrag gemeinsam gesagt haben, Sachsen steht für gute Löhne und Sachsen steht für gute Arbeit, und dass das die Grundsätze in der zukünftigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sein sollen. Ich freue mich auch, dass wir uns darauf verständigt haben, dass wir im Rahmen der europäischen Anpassung das Thema Vergabegesetz noch einmal aufrufen werden. Wir werden uns dann genau anschauen, welche Form von sozialen und ökologischen Kriterien dabei eine Rolle spielt.

(Beifall des Abg. Jörg Vieweg, SPD)

Wichtig ist auch, dass wir das Thema des aktiven Arbeitsmarktes wieder stärker in den Fokus rücken. Ich will ein Beispiel bringen: Es gibt leider Gottes die Situation, dass Unternehmen pleite gehen. Das wollen wir alle nicht, und wir versuchen alles zu tun, dass es nicht dazu kommt. Wir haben mit einer Lösung – mit Transfergesellschaften – ein wichtiges Angebot im Koalitionsvertrag formuliert, indem wir versuchen wollen, mit solchen Transfergesellschaften Arbeitsplätze zu sichern und sie als Zwischenlösung anzubieten.

Wir haben ein weiteres Ministerium, das Ministerium für Wissenschaft, Kultur und Kunst, übernommen. Dabei geht es auch um die Frage der Zukunft, denn auch das ist ein Zukunftsministerium. Hier geht es darum, den Wissenschaftsstandort Sachsen weiter zu stärken und ihn attraktiver zu machen, dass wir uns für gute Forschung, Entwicklung und für Fachkräfte und Unternehmensgründung einsetzen werden.

Es ist gut und richtig, dass wir uns eindeutig zu den Studentenwerken bekannt und ein deutliches Signal gesetzt haben, dieses Geld aufzustocken. Ein richtiger Weg ist auch, dass der Stellenabbau im Bereich der Hochschulen zurückgenommen wird, wenn eine entsprechende Hochschulentwicklungsplanung 2025 bis zum Jahr 2016 vorliegt.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und der Staatsregierung)

Richtig ist, dass Bildung und Kultur wichtige Standortfaktoren und die Grundvoraussetzung dafür sind, dass man glücklich und sehr zufrieden in Sachsen leben kann. Deshalb ist es folgerichtig, dass die Rolle der Kultur in diesem Koalitionsvertrag ebenfalls gestärkt worden ist und dass die Kulturräummittel um 5 Millionen Euro erhöht werden. Ebenso wichtig ist die Tatsache, dass wir das Thema Rechtsextremismus und weltoffenes Sachsen gestärkt haben.

(Beifall bei der SPD und des
Abg. Horst Wehner, DIE LINKE)

Mit einem Ministerium zu der wichtigen Frage der Integration und Gleichstellung verbinden wir natürlich, dass wir endlich aufhören, menschenfeindliche Propaganda in Sachsen zuzulassen. Wir müssen alles daran setzen, dass wir für das Zusammenleben eine Willkommenskultur etablieren, dass die Menschen im positiven Sinne gerne zu uns kommen, und dafür kann dieses Ministerium einen großen Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD, den LINKEN,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Dass die AfD dieses Ministerium bereits kritisiert hat, überrascht mich überhaupt nicht. Als rechtskonservative Partei – wenn ich es einmal freundlich formulieren möchte – ist mir klar, dass Sie nicht sonderlich an Gleichstellung und Integration interessiert sind

(Uwe Wurlitzer, AfD: Aufpassen!)

und dass Sie natürlich auch die Erfolge der letzten Jahre infrage stellen. Aber ich denke, zu der Wahrheit würde auch ein bisschen mehr Mut gehören. Vielleicht sollten Sie sich auch einmal mit der rassistischen Hetze in sozialen Netzwerken und auf Ihren Seiten und auf Ihren Veranstaltungen auseinandersetzen.

(Dr. Frauke Petry, AfD: Sie ebenfalls!)

Da wird wenig richtiggestellt und wenig zurückgenommen, und Sie reiten ein wenig auf dieser Welle der Bürgerwut. Ich sage es einmal mit meinen Worten: Mir ist klar, dass man als Brandstifter gegen die Einführung einer Feuerwehrabgabe ist.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den
LINKEN und den GRÜNEN – Zuruf von der AfD)

Wir haben darüber hinaus auch viele Punkte im Bereich der Bildung geregelt; der Ministerpräsident ist schon ausführlich darauf eingegangen und ich will das jetzt

nicht alles wiederholen. Ihnen muss klar sein, dass das Thema Lehrkräfte für uns eine entscheidende Rolle gespielt hat genauso wie Kita oder kostengünstige Bildungstickets.

Lassen Sie mich noch ein, zwei Sätze zum Thema Sicherheit sagen. Wir haben alle im Wahlkampf mitbekommen, dass die Menschen Angst verspüren und dass doch Ängste vorhanden sind. Darauf müssen wir auch eine Antwort geben. Wir haben richtigerweise darauf reagiert, was die Polizei anbelangt, und das ist ein richtiger Weg.

Wir haben auch darauf reagiert, dass wir uns genau anschauen wollen, wie und wo wir zukünftig das Personal im diesem Bereich einsetzen. Wir wollen eine fachliche Aufgabendebatte führen. Ebenso wollen wir diese Debatte auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes führen, und es ist gut, dass der ab 2010 beschlossene Abbau von 800 Stellen gestoppt worden ist.

Auch Sie haben sicherlich Briefe bekommen – hoffe ich einmal –; wir haben sehr viele bekommen. Wir haben sehr viel Zuspruch bekommen. Die eigene Partei, der ich angehöre, hat mit 82 % dem Koalitionsvertrag zugestimmt, aber auch Verbände, Gewerkschaften, Arbeitgeber und SSG haben gesagt, da ist etwas Gutes zustande gekommen. Ich glaube auch, dass wir stolz sein können auf das, was wir vorgelegt haben. Mir ist natürlich klar, dass die Opposition diesen Koalitionsvertrag nicht loben kann.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Das haben wir gar nicht gesagt!)

Das ist auch nicht Aufgabe der Opposition. Es ist auch klar, dass Kritik an Regierungsarbeit angebracht ist. Ich finde das alles vollkommen in Ordnung.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Aber?)

Ich würde mir nur wünschen, dass wir gemeinsam – Kollege Scheel, ich denke, auch da kannst du mitgehen – alles daransetzen, dass wir das Vertrauen in demokratische Institutionen wieder stärken

(Beifall des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE,
und der Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange)

und gemeinsam versuchen, eine politische Kultur zu pflegen. Wir alle gemeinsam wissen, dass wir als demokratische Parteien gefordert sind, und sollten nicht über Misstrauen darauf abstellen, dass wir vielleicht zugunsten irgendwelcher Umfrageergebnisse ganz gut dastehen, aber dann leidet das gesamte System darunter.

Mich hat sehr erschreckt, dass wir – gerade was die Wahlbeteiligung anbelangt – in sozial schwachen Bereichen eine sehr geringe Wahlbeteiligung hatten. Wir hatten ungefähr 30 % weniger als in den Regionen, in denen es den Menschen etwas besser geht, wo man von gut situierten Wohngebieten spricht. Das heißt, da ist etwas ins Ungleichgewicht gekommen, da ist etwas aus der Waage geraten. Wir sollten uns dringend alle gemeinsam überlegen, wie wir das ändern können.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelt bei der Staatsregierung)

Es liegen viele Herausforderungen vor uns und wir als SPD sind bereit, gemeinsam mit der CDU Verantwortung zu übernehmen. Ich hoffe auf eine gute und faire Zusammenarbeit im Parlament und hoffe, dass das zwischen den Regierungsfractionen genauso geschieht wie zwischen der Regierung und der Opposition.

Lassen Sie mich zum Schluss eine persönliche Anmerkung machen, die mir hoffentlich gestattet ist: Meine Zeit wird hier auch irgendwann zu Ende gehen. Ich habe zehn Jahre diesem Parlament angehört. Das war eine Zeit, als ich gemeinsam mit Martin Dulig in den Landtag gewählt worden bin. Ich werde mit Martin Dulig jetzt einen Schritt weiter gehen.

Vielleicht bin ich in den letzten zehn Jahren dem einen oder anderen auf die Füße getreten,

(Zuruf des Abg. Enrico Stange,
DIE LINKE – Heiterkeit)

vielleicht war ich zu laut, zu direkt.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Niemals!)

Aber ich hoffe jedenfalls, dass ich immer ein sehr verlässlicher, ein ehrlicher Kollege war

(Beifall des Abg. Geert Mackenroth, CDU)

und dass Sie mir glauben, dass mein Politikstil nicht hintenherum war, sondern eher geradeheraus. Ich danke sehr für diese zehn Jahre. Ich bedanke mich bei all denen, die ich hier kennenlernen durfte. Ich bin nicht aus der Welt, aber es ist für mich schon ein sehr wichtiger Moment. Ich werde weiterhin – wenn auch in anderer Funktion – das Thema Arbeit zum Zentrum meines politischen Wirkens machen und ich hoffe weiterhin auf Ihre Unterstützung und möchte mich bei all jenen bedanken, die mich in den letzten zehn Jahren dabei unterstützt haben.

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD, der
CDU, den LINKEN, vereinzelt bei den GRÜNEN
und Beifall bei der Staatsregierung –
Die Abgeordneten der SPD
erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsident Dr. Matthias Rößler: Das war Herr Kollege Brangs für die SPD-Fraktion. Es ist einfach so, es gibt in der Politik immer ein Kommen und einen Abschied, und wir wünschen Ihnen alles, alles Gute.

(Zuruf von der CDU: Noch ist er ja da! –
Allgemeine Heiterkeit)

– Ja. – Als Nächste erhält die AfD-Fraktion das Wort; bitte, Frau Kollegin Petry.

Dr. Frauke Petry, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe mir aus der Rede des Ministerpräsidenten zwei für mich

wichtige Stichworte notiert: Herr Tillich sprach von Mut und innerer Stabilität für unseren Freistaat. Das sind in der Tat hohe Ansprüche, die die Staatsregierung da formuliert, und deswegen möchte ich im Folgenden einige Stichworte aus diesem Koalitionsvertrag aus unserer Sicht, der Sicht der AfD-Fraktion, unter die Lupe nehmen.

Vorab, Herr Kollege Brangs, eine kurze Bemerkung dazu: Wer vor dem Plenum undifferenzierte Vorwürfe gegenüber unserer Fraktion wiederholt, ohne sich vorher die Mühe gemacht zu haben, mit uns zu diskutieren, dem empfehle ich, dies bei Gelegenheit nachzuholen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, auch für die AfD im Wahlkampf – und nicht nur dann, sondern vor allem jetzt in den kommenden fünf Jahren – stehen maßgeblich Bildung sowie innere Sicherheit und die Förderung der Wirtschaft im Vordergrund. Wenn ich mir aber anschauere, was der Koalitionsvertrag verspricht, dann vermisse ich den Mut, den Herr Tillich gerade selbst für sich und die Staatsregierung ausgerufen hat. Denn die Neueinstellung von 6 100 Lehrern in den kommenden fünf Jahren ist unserer Ansicht nach definitiv zu wenig. Wir haben circa tausend Altersabgänge im Jahr. Mit circa 1 200 Neueinstellungen – wenn auch unbefristet – können wir die bereits vorhandenen Unterrichtsausfälle sehr wahrscheinlich nicht kompensieren. Das trägt auch nicht dazu bei, dass gerade die Lehrerschaft, die sich von der Staatsregierung in den vergangenen Jahren durchaus verlassen gefühlt hat, wieder zu einer besseren Arbeitsmoral findet und der Unterricht an unseren Schulen in der Form stattfinden kann, wie wir es brauchen, um Wachstums- und Innovationsmotor in Deutschland sein zu können.

Dazu kommt der Sanierungsstau an vielen Schulen, den wir alle kennen und der auch nicht zu einem besseren Schulklima beiträgt.

Vermisst habe ich in der Regierungserklärung eine Aussage zu den freien Schulen. Wir wissen, dass letztlich durch Gerichtsentscheid festgelegt wurde, dass auch hier eine Schulvielfalt gewährleistet werden soll. Wir werden die Staatsregierung daran messen, was sie in der Umsetzung dieses Gerichtsbeschlusses leisten wird.

Noch kurz zum Hochschulentwicklungsplan: Ja, es ist richtig, die Hochschulmittel nicht zu kürzen. Allerdings sind wir uns noch nicht sicher, ob die vielfältigen daran geknüpften Bedingungen von den Hochschulen zu erfüllen sind. Wir ziehen auch in Zweifel, dass eine Verringerung der Studentenzahlen von derzeit 115 000 auf 95 000 das richtige Ziel ist.

Wir begrüßen ausdrücklich das Bekenntnis zur dualen Bildung, weil wir glauben, dass beides – duale Ausbildung und Studium – für die Bildungs- und Wirtschaftsvielfalt wichtig sind, und wir glauben nicht, dass ein ungebremster Ausbau von Studentenzahlen der richtige Weg ist.

Zur Inklusion möchte ich Folgendes sagen: Selbstverständlich unterstützt auch die AfD die inklusiven Gedan-

ken; wir halten aber das Schließen von Förderschulen und das Zerstören einer vorhandenen und seit Jahrzehnten gewachsenen Infrastruktur an dieser Stelle für nicht richtig und weisen darauf hin, dass es bei dem vorhandenen Lehrermangel und einem erhöhten Lehrbedarf, wenn wir Inklusion undifferenziert weiter fördern, nicht dazu führen wird, dass unsere Schüler besser ausgebildet sind und dass sie auch psychisch stabiler sind.

Deswegen möchten wir an dieser Stelle dazu mahnen, die Inklusion nur in einer Weise weiterzuführen, dass sie tatsächlich den Schülerbedürfnissen und den gesetzlichen Vorgaben gerecht wird.

(Beifall bei der AfD)

Wir begrüßen ausdrücklich das Bekenntnis zum Ausbau der digitalen Netze, der schon seit Jahren gepredigt wird. Wir erleben allerdings, dass im ländlichen Raum die digitalen Netze weiterhin nicht vollständig vorhanden sind und die Ausbaustufen hinter den erklärten Zielen zurückhängen. Insbesondere möchten wir darauf hinweisen, dass die „Leuchtturmpolitik“ der letzten Jahre, die die Städte stärker als die ländlichen Räume gefördert hat, gerade nicht dazu beigetragen hat, dass die Bevölkerung Sachsens, deren überwiegender Teil im ländlichen Raum wohnt, hier bleibt. Wir alle bedauern, dass immer noch viel zu viele Menschen Sachsen verlassen, auch wenn sich der Saldo in den letzten Jahren ins Positive gekehrt hat.

Aus der Sicht einer Unternehmerin möchte ich anmerken, dass Fördergelder immer eine gute Sache sind. Auch wir werden die Förderlandschaft Sachsens noch genauer unter die Lupe nehmen. Wir glauben aber, dass Fördergelder – Subventionen – immer nur befristet Wirkung entfalten können. Wenn sie den Markt auf Dauer behindern und Wettbewerbsverzerrungen produzieren, dann helfen sie uns in der wirtschaftlichen Gesamtbilanz nicht.

Meine Damen und Herren! Die AfD hat im Wahlkampf auch zur inneren Sicherheit diverse Forderungen aufgestellt. Wie DIE LINKE schon konstatiert hat, ist der Einstellungskorridor von 400 Polizisten zu klein. Damit werden wir die Probleme der Polizei vor Ort nicht beheben können. Wir fordern deswegen die Staatsregierung dezidiert dazu auf, auch mit den Polizeigewerkschaften hierzu viel stärker als bisher in Kontakt zu treten. Wir haben das im Wahlkampf getan. Dabei haben wir von diversen Projekten und Angeboten der Gewerkschaften gehört, das Personal flexibler einzusetzen, wozu auch gehört, gewisse Änderungen im Besoldungsgesetz vorzunehmen. Allerdings haben sich auch die Gewerkschaften darüber beschwert – das hat mich sehr erstaunt, weil die Staatsregierung Dienstherr der Polizisten ist –, dass hierauf nicht ausreichend reagiert wurde.

Ich vermisste eine klarere Aussage zu den Richtern und den Justizbediensteten in Sachsen. Wir wissen, dass wir hier einem großen Mangel ins Auge blicken. Wir fordern, dass die Staatsregierung viel stärker flexiblere Lösungen ins Auge fasst, um zum Beispiel zu erreichen, dass die

geplanten Altersabgänge durch längere Arbeitszeiten der Richter ermöglicht werden, die derzeit nach dem Gesetz nicht möglich sind, die man aber – ähnlich wie zur Wendezeit – wieder einführen könnte.

Zur Energie nur ganz kurz: Wir sind gegen einen ungebremsten Ausbau der erneuerbaren Energien. Es muss einen gesunden Mix der verschiedenen Energieformen geben. Wir dürfen nicht die überstürzte, nicht vernünftig kalkulierte Energiewende des Bundes durch ein planloses Ende der Braunkohle in Sachsen verschlimmbessern. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass beim Ausbau der erneuerbaren Energien Mindeststandards, auch die Abstandsgebote für Windräder, eingehalten werden. Wir finden es sehr schade, dass im Koalitionsvertrag von einem Abstandsgesetz keine Rede mehr ist, sondern plötzlich von „flexiblen Regelungen“ gesprochen wird.

Zu dem Thema „Einwanderung und Asyl, Gleichstellung und Integration“, einem auch für diesen Freistaat sehr wichtigen Thema, möchte ich Folgendes bemerken: Ich vermisste in der Diskussion eine klare Trennung der Begrifflichkeiten „Einwanderung“, „Asyl“ und „Flüchtlingspolitik“. Völlig klar ist, dass wir Asyl gewähren müssen. Richtig ist aber auch, dass uns die Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union inzwischen dazu zwingt, politisch verfolgte Asylbewerber und Flüchtlinge gleichermaßen in einem Verfahren zu prüfen, was unter anderem zu dem eklatanten Anstieg der Flüchtlingszahlen geführt hat.

Richtig ist, dass wir auch in Sachsen Einwanderung brauchen. Dazu hatte es bereits im Jahr 2004 einen Gesetzentwurf von Rita Süßmuth gegeben, dem aber nicht gefolgt wurde, sodass wir immer noch keinen Katalog mit Einwanderungsrichtlinien in unserem Land haben. Das muss sich ändern. Das können wir in Sachsen allein nicht erreichen. Ich fordere die Staatsregierung auf, sich auf Bundes- und auf Europaebene dafür einzusetzen, dass wir insoweit zu klaren gesetzlichen Regelungen kommen und dass diese Gesetze eingehalten werden.

Warum kritisieren wir die neue Position der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration? Frau Köpping, Sie werden es nicht persönlich nehmen, aber wir sind der Meinung, dass das Geld vor Ort, in den Kommunen, sehr viel besser angelegt gewesen wäre.

Herr Dulig, ich muss Sie ernsthaft fragen: Sie haben in der Presse davon gesprochen, dass Sie eine Gleichstellung von Frau und Mann, von homosexuellen, heterosexuellen, transsexuellen und anderen sexuellen Formen ermöglichen möchten. Können Sie mir mit der gesetzlichen Grundlage aushelfen? Soweit ich weiß, gibt es ein Gesetz zu einer derart weitreichenden Gleichstellung nicht.

(Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

Meine Damen und Herren! Was möchte die AfD im neuen Landtag? Wir möchten ein kritischer Begleiter der Staatsregierung sein. Wir möchten, dass Sachsens Staatsregierung sich im Bund für sächsische Anliegen einsetzt. Anders als in der Ära Biedenkopf höre ich in Bundesrats-

versammlungen heute leider zu wenig aus Sachsen. Herr Tillich, das können Sie sicherlich ändern.

Sicher ist auch, dass wir in den Verhandlungen über den Bund-Länder-Finanzausgleich Sachsens Stimme hörbar machen müssen.

Herr Tillich, ich weiß, dass Sie für die Werte der Familie stehen. Daher möchte ich, dass Sie sich dafür einsetzen, dass die Familienpolitik in unserem Land – damit meine ich nicht nur Sachsen, sondern Deutschland insgesamt – viel stärkeres Gewicht erhält. Wir alle sollten uns dafür einsetzen, dass Steuer- und Abgabengesetze gerechter für Familien ausgestaltet werden. Es gibt diverse wissenschaftliche Untersuchungen, die zu dem Ergebnis kommen, dass die Familien die Hauptlast der Gesellschaftsfinanzierung gerade in den Sozialversicherungen tragen.

Kurzum: Wir möchten kritisch begleiten. Wir möchten, dass auch der Bürger mehr Möglichkeiten zur kritischen Begleitung erhält. Deswegen finde ich es schon etwas merkwürdig, dass die SPD im Wahlkampf mehr Bürgerbeteiligung gefordert und auch über die Absenkung der Grenzen der Hürden für Volksentscheide gesprochen, aber nach dem Wahlkampf alles vergessen hat. Aus diesem Grund wird sich die AfD innerhalb und außerhalb des Landtags – gern mithilfe anderer Fraktionen – dafür einsetzen, dass wir die Hürden für Volksentscheide in Sachsen dauerhaft senken.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbner: Nach Frau Kollegin Petry, die für die AfD-Fraktion gesprochen hat, kommen wir jetzt zum letzten Redner der ersten Runde. Ich erteile Herrn Kollegen Zschocke von der Fraktion GRÜNE das Wort.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrter Herr Tillich, „Kontinuität und Dynamik“ also. Kurt Biedenkopf hat gesagt, eine Koalition aus CDU und SPD sei vor allem eine Entscheidung für Stabilität. Wie sicher seine Prognose zur Stabilität ist, wird sich zeigen. Drei Stimmen haben Ihnen gestern schon gefehlt, und die echten Konflikte kommen erst noch. Die SPD hat durchaus Änderungen durchgesetzt, aber in erster Linie heißt „Kontinuität“ für Sie – so glauben wir –: „Weiter so!“

Ich habe genau zugehört und mich gefragt, von welcher „Dynamik“ Sie eigentlich reden. Aber vielleicht ist „prüfen“ das neue sächsische Wort für „Dynamik“. 50 Prüfaufträge auf 100 Seiten Koalitionsvertrag sind schon ein richtig dynamischer Schritt für eine Partei, die, wie sie selbst erklärt, seit 25 Jahren hier im Land alles richtig macht.

Am Beginn einer Legislatur sollten zwischen den Koalitionspartnern zwar Ziele und Projekte verbindlich vereinbart werden, aber „prüfen“ schadet erst einmal nicht. Dennoch ist es schade; denn nichts wäre einfacher gewesen, der Opposition zum Beispiel bei der Senkung der

Hürden bei Volks- und Bürgerentscheiden die Zusammenarbeit anzubieten. Nein, Sie verstecken sich hinter vielen Prüfaufträgen.

Doch Sie haben nicht nur Prüfaufträge, sondern auch einen – wenn auch kleinen – konkreten Schritt zur Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Krippen und Kitas vereinbart. Schade ist nur, dass Sie sich dafür eine ganze Wahlperiode Zeit lassen wollen. Statt dieses Thema mit angezogener Handbremse anzugehen wäre ein beherztes Vorgehen nötig gewesen. Dynamik, meine Damen und Herren, sieht anders aus!

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

Dynamik vermissen wir aber auch im Bildungsbereich. Dort bieten Sie uns stattdessen wieder viel Kontinuität. Kontinuität wahren Sie zum Beispiel bei der konsequenten Ablehnung der Gemeinschaftsschule. Die Möglichkeit für Oberschulen, eigenverantwortlich von der Bildungsdifferenzierung abzuweichen, hat jedenfalls sehr wenig mit längerem gemeinsamem Lernen zu tun.

Kurs halten Sie auch bei Ihrem Verständnis von freien Schulen, von Schulen in freier Trägerschaft. Für Sie ist das lediglich eine Bereicherung des Angebots. Dass die Gleichstellung von Schulen in freier Trägerschaft mit staatlichen Schulen verfassungsgemäß vorgeschrieben ist, wollen Sie beharrlich und kontinuierlich nicht wirklich akzeptieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viel Kontinuität gibt es aber auch im Hochschulbereich. Die beschlossenen Stellenkürzungen bis 2015 werden nämlich umgesetzt, und auch bei der Hochschulentwicklungsplanung 2025 haben Sie jetzt schon die bekannten und eher erpresserischen Regelungen in den Zielvereinbarungen konsequent weiterentwickelt. Das heißt, Autonomie der Hochschulen bei der Schwerpunktsetzung hier im Freistaat gilt eben nur, sofern das den Wünschen der Staatsregierung entspricht. Diese Kontinuität, meine Damen und Herren, ist nicht das, was ein innovativer Bildungs- und Hochschulstandort braucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und, lieber Martin Dulig, liebe Frau Stange, wo sind Ihre Forderungen nach ausreichend Lehrkräften geblieben? Im Koalitionsvertrag gibt es erst einmal ein Minimalprogramm, aber auch die Finanzierung ist an der Stelle noch nicht geklärt.

Lieber Herr Tillich, ich sah Sie bei Ihrem Sonderparteitag letzten Freitag in Radebeul unter den heißen Bühnenlampen ordentlich schwitzen, was Sie aber nicht davon abgehalten hat, nette Späße über die künftige Energieversorgung zu machen. Ich sage, der jüngste Sachstandsbericht des Weltklimarates über den Anstieg der durchschnittlichen Temperatur ist nicht lustig, denn die Wissenschaftler stellen eindeutig klar, dass die Kohleverbrennung bis Mitte des Jahrhunderts global und auch vollständig beendet sein muss.

Das Ende der Kohle als Energieträger steht also jetzt bevor und Sachsen ist überhaupt nicht auf dieses Ende vorbereitet. Ganze Regionen – das sagen Sie selbst, Herr Tillich – sind untrennbar mit der Braunkohle verbunden, Tausende Familien leben davon. Diese Industrie dominiert die Lausitz wie keine andere, und da ist es nicht lustig, trotz eindeutiger Signale über das absehbare Ende dieser Industrie weiter auf dieses Auslaufmodell zu setzen und dies dann auch noch als Perspektive für die Lausitz oder den Leipziger Raum zu verkaufen. Herr Tillich, wenn Sachsen Ihr und unser Auftrag ist, wenn wir gemeinsam Zukunft gestalten wollen, dann müssen wir jetzt eine Perspektive für die Lausitz entwickeln und zwar jenseits der Kohle.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Frank Heidan, CDU)

Nur wenn das alte fossile System geplant und schrittweise zu Ende geführt wird, kann ein neues System entstehen mit enormen Wertschöpfungspotenzialen, mit Aufträgen für die ansässigen Handwerker, Mittelständler oder Dienstleister in der Region. Nur ein organisierter Strukturwandel in der Lausitz ist möglich auf Grundlage einer Grundsatzentscheidung zum Einstieg in einen geplanten Ausstieg. Alles andere ist waghalsig, enorm riskant und setzt die Perspektive ganzer sächsischer Regionen aufs Spiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sprachen in Ihrer Erklärung auch von nachhaltiger Landwirtschaft. Als Grüner verstehe ich den Begriff Nachhaltigkeit. Ich habe in einem Werbeprodukt der CDU zum Koalitionsvertrag aber einen unverständlichen Begriff entdeckt. Sie wollen da eine sogenannte ideologiefreie Landwirtschaft. Ja, was heißt das? Wollen Sie tatsächlich künftig auf den Einsatz von Ideologie verzichten, genauso wie auf umweltschädliche Pestizide oder auf tierquälerische Haltungsbedingungen und auf Gentechnik gleich mit?

Herr Schmidt, wollen Sie künftig darauf verzichten, das Wort „ideologisch“ als Kampfbegriff einzusetzen gegen kritische Verbraucher, gegen Bürgerinitiativen, gegen Umweltverbände, gegen Naturschutz und auch nicht zuletzt gegen uns GRÜNE, oder wollen Sie vielleicht auf die Ideologie des immer billigeren Produzierens, auf die Ideologie der Masse und der Ertragsmaximierung verzichten? Wir GRÜNE helfen Ihnen da gern, die sächsische Landwirtschaft von all diesen Ideologien und Belastungen zu befreien

(Beifall bei den GRÜNEN)

und dafür an Gesundheit, Ökologie und am Tierwohl zu orientieren.

Lieber Herr Tillich, Sie wollen in die Verkehrsinfrastruktur investieren. Ich weiß, dass Sie damit auch den öffentlichen Verkehr meinen. Wir begrüßen, dass die neue Regierung jetzt unser Projekt „Sachsentakt“ angehen will. Wir haben das im Koalitionsvertrag sehr genau gelesen.

Allerdings bleibt die Umsetzung noch vage. Da darf ich Ihnen unsere fachliche Expertise anbieten. Das setzt aber voraus, dass Sie es wirklich ernst meinen, denn sonst bleibt das Ganze nur Stückwerk. Nur mit einer attraktiven und bezahlbaren Alternative zum Auto gewinnen wir wieder mehr Menschen dafür, Bus und Bahn zu nutzen. Leider konterkarieren Sie diese positiven Bemühungen mit Ihrem Bekenntnis zu neuen Straßen und Ortsumfahrungen.

(Zuruf von der CDU: Die sind aber wichtig!)

Da sage ich ganz deutlich, Sie müssen sich schon entscheiden, in welche Verkehrsinfrastruktur Sie die rückläufigen Finanzmittel des Freistaates künftig vorrangig investieren wollen: in Asphaltbelag, der in ein paar Jahren von niemandem mehr repariert werden kann, oder in moderne, vernetzte, zukunftsfähige Mobilität.

(Ines Springer, CDU:
Die fahren auch über Straßen!)

Über einen richtigen Schritt in Ihrer Koalitionsvereinbarung haben Sie gar nicht gesprochen, Herr Tillich. Ich darf das für Sie nachholen. Die GRÜNE-Abgeordnete Elke Herrmann hat seit Jahren darauf hingewiesen, dass uns die Droge Crystal hier in Sachsen um die Ohren fliegen wird. Gerade heute berichtet das BKA wieder, wie große Mengen nach Leipzig geliefert wurden und dort an Zwischenhändler und Konsumenten gegangen sind. Elke Herrmann hat diese Gefahren hier thematisiert wie kaum jemand anderes. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass Sie der Prävention in diesem Bereich einen größeren Stellenwert eingeräumt und dies im Koalitionsvertrag fest verankert haben. Sie dürfen sicher sein, dass wir dieses Thema auch weiter kritisch begleiten werden, denn es geht um mehr, als nur den Verfolgungsdruck bei der Drogenkriminalität zu erhöhen.

Herr Tillich, ich habe auch Ihre Worte zu den Asylsuchenden gehört. Sie sprachen von dem großen Potenzial der Flüchtenden und wie wir dies in Sachsen vor allem vor dem Hintergrund des steigenden Fachkräftebedarfs nutzen können. Wir GRÜNE werben allerdings für eine Willkommenskultur, die sich nicht nur auf Fachkräfte und Akademiker beschränkt, denn Kriege, Not und Verfolgung zwingen immer mehr Menschen zur Flucht. Immer mehr Menschen kommen auf langen und zum Teil sehr gefährlichen Wegen zu uns nach Sachsen. Ich sehe sehr wohl, Herr Tillich, wie Sie gemeinsam mit den Oberbürgermeistern und Landräten derzeit versuchen, dieser Aufgabe gerecht zu werden, um dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge in Sachsen Schutz und ein menschenwürdiges Leben finden. Es ist richtig, diese große Aufgabe unmittelbar im Kabinett anzubinden, aber wir brauchen auch endlich mehr Sozialarbeit in diesem Bereich und einen Mindeststandard bei der Unterbringung. Ehrenamt allein reicht nicht. Das Ehrenamt kann nur dann erfolgreich sein, wenn es daneben professionelle soziale Arbeit gibt.

Sie haben auch die geplante Asylkonferenz angesprochen, Herr Tillich. Wir möchten deutlich machen, dass es uns

wichtig ist, dass diese nicht nur einmalig stattfindet, sondern in Zukunft wiederholt wird, und dass sie auch nicht nur mit den Kommunen stattfindet, sondern die Initiativen und Vereine, die Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Bereich engagieren, einladen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich sehe aber auch die wachsenden Proteste gegen die Aufnahme von Asylsuchenden und ich sehe, wer diese mit ausländerfeindlichen Ressentiments und Parolen anheizt. Ich sehe, wie in den Dresdner Ortsbeiräten AfD-Vertreter in trauter Eintracht mit der NPD gegen das Konzept der Landeshauptstadt zur Erweiterung des Wohnangebotes für Flüchtlinge gestimmt haben, was eigentlich kein Wunder ist, da selbst der Bundesvorsitzende der AfD Zuwanderer gern auch einmal als „Bodensatz der Gesellschaft“ bezeichnet. Das ist nicht undifferenziert, sondern ein Fakt.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN
und der SPD – Dr. Frauke Petry, AfD:

Bleiben Sie mal sachlich, Herr Zschocke! –
Dr. Stefan Dreher, AfD: Billige Polemik!)

Wenn ich für ein gemeinsames Auftreten aller Demokraten und aller zivilgesellschaftlichen Gruppen gegen Fremdenfeindlichkeit werbe, gehört eine Partei, die solch menschenverachtende Äußerung einfach hinnimmt, nicht dazu. Demokraten erkennen die Menschenrechte an ohne Wenn und Aber, und Asyl ist ein Menschenrecht.

(Beifall bei den GRÜNEN, den LINKEN und der
SPD – Zuruf von der AfD: Völlig undifferenziert!)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Die Redezeit geht zu Ende, Herr Zschocke. Sie haben noch 32 Sekunden.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Ihr ganzer Koalitionsvertrag, Herr Tillich, ist für uns auch ein Prüfauftrag. Wir werden prüfen, was erstens dieser Vertrag wert ist, zweitens, welche Versprechungen sich im nächsten Doppelhaushalt tatsächlich niederschlagen, wir werden drittens prüfen, was sich hinter manch vager Formulierung verbirgt und was am Ende dabei herauskommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Herr Kollege Zschocke sprach für die Fraktion GRÜNE. Wir sind am Ende der ersten Rednerrunde angekommen und könnten eine zweite Rednerrunde eröffnen, wenn Redebedarf aus den Fraktionen besteht. Ich frage in der Reihenfolge der Fraktionen. CDU? – Das kann ich nicht erkennen. DIE LINKE? – Auch nicht. Gibt es aus einer anderen Fraktion Redebedarf? – Da ich auch keinen Redebedarf bei der Staatsregierung erkennen kann, sind wir am Ende der Aussprache zur Regierungserklärung angelangt. Der Tagesordnungspunkt ist beendet.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir treten jetzt in eine 45-minütige Mittagspause ein, wie das zu Beginn angekündigt war.

(Unterbrechung von 12:00 bis 12:48 Uhr)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Mittagspause ist beendet. Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 4

Aktuelle Stunde

1. Aktuelle Debatte: 25 Jahre friedliche Revolution

Antrag der Fraktionen CDU und SPD

2. Aktuelle Debatte: Lausitz nicht verkohlen – Ja zum Strukturwandel, mit oder ohne Vattenfall!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Sie kennen die Redezeiten.

Wir beginnen mit

1. Aktuelle Debatte

25 Jahre friedliche Revolution

Antrag der Fraktionen CDU und SPD

Die Antragstellerin erhält das Wort. Herr Abg. Schiemann, bitte.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass auf das bedeutende Ereignis der friedlichen Revolution immer wieder hingewiesen wird. Es ist sicherlich für die nachgeborene Generation ein Datum in der Geschichte, aber ein Datum der Geschichte, das uns das Hiersein überhaupt ermöglicht hat. Ich glaube, dass mit dem Jubiläum mit diesem silbernen Myrtenkranz natürlich auch ein großer Dank verbunden ist, ein Dank an die Menschen, die sich im Jahr 1989 ohne nachzufragen, ohne zu kalkulieren, welches Risiko sie für ihr eigenes Leben eingehen, für diese friedliche Revolution und damit auch für die nächsten Schritte bis hin zur deutschen Einheit eingesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Dafür gebührt der Dank allen Frauen und Männern unterschiedlicher politischer Überzeugung, geeint durch den Wunsch, die Diktatur der SED abzuschaffen. Der Wunsch nach Einheit war zunächst gar nicht da. Zunächst wollte man Freiheit. Man wollte Reisefreiheit, man wollte Demokratie. Die Rechte, die in der Verfassung vorgeschrieben waren, wollte man umgesetzt wissen. Das waren die ersten Ziele.

Die Ziele waren sehr stark von dem christlichen Diskussionsstand der Ökumenischen Versammlung, die just bis zum Jahre 1989 getagt hat, geprägt. Denn Frieden, Bewahrung der Schöpfung, Gerechtigkeit und Solidarität waren die Grundsätze, die zuallererst auf den Demonstrationen angesprochen worden sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben das selbst erlebt oder wir können es nachlesen. Aber es wird für jede Generation immer schwieriger, weil sich das Erinnerungsvermögen nur noch in Büchern befindet. Das, was mit dem 17. Juni 1953 begann, mit der Initiative „Schwerter zu Flugscharren“ hier in Dresden durch den Jugendpfarrer Harald Bretschneider und die vielen Jugendlichen, die ihn unterstützten, wachgehalten worden ist, durch Initiativen weitergeführt worden ist, fand seine Erfüllung in der friedlichen Revolution.

Wir haben die Jubiläen erleben können. Zu erinnern ist an den bedeutenden Beitrag, der in der Prager Botschaft durch die Bundesrepublik Deutschland in Aushandlung der Möglichkeit der Ausreise für die ehemaligen DDR-Bürger, die sich dorthin geflüchtet hatten, eine Rettung gebracht hat. Die Entscheidung, diese Züge über Dresden fahren zu lassen, hat natürlich auch gezeigt, wie halsstarrig sich die alte DDR-Regierung auf diese Themen

konzentriert hat. Das hat dann zu den ersten bedeutenden Wünschen nach Veränderung hier in Dresden geführt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der 9. November hat Deutschland an vielen Themen geprägt. Die größte Freude ist mit dem 9. November 1989 verbunden. Eine Mauer, die die Deutschen und ganz Europa in Ost und West geteilt hat und unter der viele Menschen leiden mussten, verschwand. Die Mauer verschwand sicherlich zunächst als Ventil für die Herrschenden, ihre Macht zu erhalten. Aber dieses Ereignis hat sich letztlich zu einem großen Schnellball entwickelt, so dass die Menschen eben nicht mehr mit den Reformen zufrieden waren, die man ihnen anbot, sondern die Menschen wollten mehr, sie wollten einen Schritt weiter gehen.

Die SED hat das Volk immer nur eingemauert halten können. Nur durch die Einmauerung, durch die Eingrenzung konnte das Volk hier gehalten werden. Und doch ist das sozialistische Experiment der sozialistischen Einheitspartei gescheitert. Auch wenn dieses Regime noch weitere 40 Jahre Leid für viele Menschen gebracht hätte, so hätte das niemals ein dauerhaftes Festhalten in diesen Mauern bedeutet. Die Maueröffnung konnte nicht zur Entlastung beitragen. Sie hat eher die Revolution in ihrer Dynamik noch beschleunigt.

Unbestritten ist: Sachsen ist das Mutterland der Reformation. Der Beitrag vieler Sachsen hat uns auch zur Wiege der friedlichen Revolution gemacht.

(Beifall bei der CDU, der AfD und des Abg. Volkmar Winkler, SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Kliese. Bitte.

Hanka Kliese, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir eine sehr, sehr große Ehre, dass ich heute zu diesem Thema zu Ihnen sprechen darf. Denn ich war an dem Tag, an dem die Mauer fiel, neun Jahre alt und habe selbst zu diesem wichtigen historischen Ereignis überhaupt nichts beigetragen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, nicht nur die Menschen zu würdigen, die 1989 auf die Straße gegangen sind, was zweifelsfrei eine sehr mutige Leistung war, sondern auch diejenigen, die sich weit vor der friedlichen Revolution der teilweise auch bewaffneten Staatsmacht entgegenstellt haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der AfD und den GRÜNEN)

Das waren zum Beispiel im Jahr 1950 die Häftlinge in Bautzen I, die dort gegen die unwürdigen Zustände im

Gefängnis protestiert haben. Dieser Aufstand der Häftlinge wurde von der Polizei mit Knüppeln niedergeschlagen. Das waren auch die Menschen, die sich 1953 am 17. Juni zu einem Aufstand erhoben haben. Wie wir wissen, gab es im Nachgang zwei Todesurteile, die auch vollstreckt wurden. Ich wünsche den Opfern, die heute noch leben, dass sich die Wertschätzung für ihre Leistung nicht nur in Feierstunden erschöpft. Ich wünsche ihnen, dass sie tatsächlich eine Anerkennung ihres Status als Opfer bekommen.

Wichtige Schritte sind dafür bereits mit der Opferrente vollzogen, doch sie sind aus meiner Sicht noch nicht weitgehend genug. Bis zum heutigen Tag ist die Opferrente eine Sozialleistung und damit keine wirkliche Anerkennung der Tatsache, dass es sich hier um Opfer eines Unrechtsregimes handelt; denn die Zahlung ist daran geknüpft, ob diese Menschen heute sozial bedürftig sind oder nicht. Das halte ich für eine Fehlentscheidung, die wir korrigieren müssen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich wünsche diesen Menschen auch, dass sie die Möglichkeit haben, ihr Schicksal vor offenen Lehrern, vor neugierigen Schülern und vor Parlamentariern aller Fraktionen zu erzählen.

Ich habe schon gesagt, dass ich damals neun Jahre alt war. Die Tatsache, dass ich so jung war, hat mir sehr viele Dinge erspart. Ich musste nicht die Entscheidung treffen, ob ich in eine Staatspartei eintrete, um meine Studienbedingungen zu verbessern, um mir vielleicht die Option auf eine sportliche Karriere zu erhalten. Ich musste auch nicht entscheiden, ob ich mich mit einem evangelischen Mitschüler solidarisiere und dabei eventuelle Nachteile für mich selbst in Kauf nehmen müsste. Ich musste nicht über den Dienst an der Waffe entscheiden. Für das alles bin ich sehr dankbar.

Ich möchte aber auch nicht richten über diejenigen, die den Mut nicht aufbringen konnten, es nicht anders zu machen. Teilweise gab es dafür auch schwerwiegende Gründe. Wer in meinem Alter kann heute schon sagen, er hätte es anders gemacht? Das weiß ich nicht. Ich möchte allerdings von allen, die hier sitzen, verlangen, dass wir darüber diskutieren; denn egal, ob jemand mutig war oder nicht – die Auseinandersetzung bleibt uns fraktionsübergreifend heute nicht erspart.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Schiemann hat schon die Prager Botschaft und die Ereignisse von Prag angesprochen. Es ist ein Ereignis, das in den letzten Wochen wieder sehr viel durch die Medien gegangen ist und vielleicht auch den einen oder anderen von Ihnen emotional berührt hat. Mich hat es sehr berührt. Ich habe mir die Bilder angeschaut und mich gefragt, ob ich den Mut gehabt hätte, mit meiner kleinen Familie einen solchen Schritt zu wagen, meine Tochter über die spitzen Zaunpfähle der Deutschen Botschaft zu heben. Hätte ich das getan? Ich kann mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass ich das nicht getan hätte. Ich habe mich

natürlich auch gefragt, wie es Menschen geht, wenn sie einen solchen Schritt vollziehen. Was ist in diesem Land los gewesen, dass sich Menschen zu einer solchen Entscheidung durchgerungen haben?

Als ich die Bilder aus der Prager Botschaft gesehen habe, habe ich aber gedacht, dass das Flüchtlinge sind, die auch heute zu uns nach Sachsen kommen. Ich möchte diese Debatte auch für eine für mich sehr wichtige Botschaft nutzen und Ihnen sagen, dass ich mir wünsche, dass diejenigen Menschen, die heute hilfesuchend als Flüchtlinge nach Sachsen kommen, mit derselben Offenheit, Toleranz und Hilfsbereitschaft empfangen werden, wie es damals unseren Landsleuten in der Prager Botschaft und im Westen zuteil wurde.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
den LINKEN und den GRÜNEN)

In der DDR waren alle gleich, und manche waren gleicher. Den Ausspruch kennen viele von Ihnen. Insofern muss man auch immer wieder bedenken, dass es Menschen gab, die den Fall der Mauer nicht gefeiert haben. Das waren allerdings nicht nur diejenigen, die tief ins System involviert waren. Es gab auch etliche andere Menschen, auch in Sachsen, für die der Mauerfall nicht nur Anlass zur Freude war. Ihre Ausbildung, ihre Berufsabschlüsse, ihre Studiengänge wurden von heute auf morgen völlig wertlos. Für sie begann die Meinungsfreiheit mit Arbeitslosigkeit, ganz anders als im Westen Deutschlands. Wir sollten es nicht kritisieren, dass diese Menschen Probleme haben, in der Demokratie anzukommen. Wir sollten es hinterfragen. Das Jubiläum des Mauerfalls ist ein Grund zu feiern. Aber wir sollten auch bedenken: Selbst der Gerechte wird ungerecht, wenn er selbstgerecht wird.

(Beifall bei allen Fraktionen)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Linksfraktion spricht jetzt Herr Abg. Stange.

Enrico Stange, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beteilige mich sogar sehr gern an dieser Debatte. Ich denke, dass es diesem Hohen Hause angemessen ist, dies auch heute zu Beginn der neuen Legislatur zu tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die kritische Aneignung von Geschichte betreiben wir, um über moralisch-politische Läuterung eine eigene demokratische politische Identität zu erlangen. Das ist unbestritten. Um mit Hannah Arendt zu sprechen: „Ich will verstehen.“ Deshalb ist es für Geschichtswissenschaft, für Bildungsträger, aber auch für die politische Klasse, der wir nun einmal angehören, eine Aufgabenstellung, eine kritische Aufarbeitung so zu entwickeln, dass Erinnern und Vermittlung von Erkenntnis gleichermaßen möglich sind, weil sie auch zwei Seiten der gleichen Medaille darstellen. Deshalb ist es wichtig, eine Perspektive dieses Verstehens im Sinne von Begreifen auch auf die DDR zu entwickeln ohne Dämonisierung

einerseits, aber ohne Bagatellisierung und Gutheißen andererseits.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Martin Sabrow zitieren, den Leiter der Expertenkommission des Deutschen Bundestages: „Wer aus normativer Perspektive das Pendant des bundesdeutschen Rechtsstaats allein als ostdeutschen Unrechtsstaat zu erfassen versucht, versperrt sich den Weg zum Verständnis für die Binnenlegitimation der zweiten deutschen Diktatur und für die Handlungsmotive ihrer Träger, die die Unterordnung des formalen Rechts unter eine politisch definierte Gerechtigkeit als Ausdruck einer überlegenen Rechtsordnung verstanden haben mochten.“

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Die Verbrechen der DDR müssen auch 25 Jahre nach der friedlichen Revolution weiterhin benannt, aufgeklärt und verurteilt werden. Daran will ich keinen Zweifel lassen. Deshalb war es richtig, dass sich unsere Rechtsvorgängerin, die SED/PDS, 1989 bei dem Volk der DDR entschuldigt hat, und deshalb ist es richtig, dass die Parteiführung meiner Partei vor wenigen Tagen dieses Bekenntnis erneuert hat.

(Frank Heidan, CDU: Und was wird mit dem Parteivermögen, Herr Stange?)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen möchten, können Sie von diesem Instrument mit Sicherheit Gebrauch machen, ansonsten geht das von meiner Redezeit ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Schiemann und Kollegin Kliese haben bereits die mutigen Menschen von 1989 angesprochen. Sie haben den Mut gehabt, die Ohnmacht in diesem Land zu überwinden, und sie haben sich im Neuen Forum und in vielen anderen Gemeinschaften zusammengefunden, zum Beispiel in den Kirchen, um vier zentrale Entwicklungen voranzubringen: Demokratie, das uneingeschränkte Wirken von Menschen und Bürgerrechten, Frieden – Schwerter zu Pflugscharen; Kollege Schiemann hat das angesprochen – sowie den Schutz der Umwelt.

Diese Kerngedanken der friedlichen Revolution müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen. Prof. Dr. Lammert hat auf die protestantische Revolution hingewiesen. Auch dies ist ein wichtiger Strang. Denn es ist der Gedanke, der die runden Tische beflügelt und damit auch den Versöhnungsgedanken getragen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde in der zweiten Runde die Frage stellen: Was ist von diesem Gedanken, von diesem Kerngedanken der friedlichen Revolution geblieben? Das ist für uns für eine kritische Perspektive sehr wichtig.

Bis dahin bedanke ich mich zunächst.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die AfD-Fraktion Frau Dr. Petry. Bitte.

Dr. Frauke Petry, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir stehen hier, weil es die friedliche Revolution gegeben hat. Viele AfD-Mitglieder sind in der Zeit der friedlichen Revolution oder davor aus diesem Land gegangen, heimlich, zum Teil als Straftäter gleich Republikflüchtlinge, bestraft oder diffamiert. Viele sind zurückgekommen und sind heute in Sachsen. Viele von ihnen haben die AfD mitgegründet.

Die Bürger der damaligen DDR – und auch ich selbst im Alter von vierzehneinhalb Jahren – haben auf der Straße gestanden, und viele mutige Menschen haben bereits in den Jahren davor in der Friedensbewegung Freiheitsrechte erkämpft und dafür zum Teil bitter bezahlt.

Ich denke, immer wieder Dank auszusprechen ist eine Selbstverständlichkeit. Ich denke, der heutige Blick muss aber viel weiter reichen. Denn ein knappes Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution gibt es vermehrt Menschen, gerade in den neuen Bundesländern, die in der Tat gar nicht mehr so neu sind, die sagen: Für das, was wir heute erleben, sind wir 1989 nicht auf die Straße gegangen. Was meinen viele Bürger damit? Sie meinen, dass auch heute vermehrt wieder über politisch korrekte Inhalte gesprochen wird, und das, was nicht der Mehrheitsmeinung entspricht, sehr schnell von den Parteien – gerade von denen, die es schon länger gibt als die AfD – als politisch inkorrekt und sehr unsachlich und undifferenziert und auch aus Unwissenheit, denke ich, als rassistisch beschimpft wird. Eine solche Verfahrensweise, ein solches Verhalten ist meiner Ansicht nach einer Demokratie gerade im Gedenken an die friedliche Revolution nicht würdig.

(Beifall bei der AfD)

Den Politikern der DDR wurde zu Recht vorgeworfen, dass sie sich gleicher fühlten, als die angeblich gleichen Bürger. Auch heute müssen wir Politiker – da schließe ich uns durchaus mit ein, denn auch wir sind hier angekommen – von Bürgern fragen lassen, wie sehr wir und ob wir überhaupt die Lebenswirklichkeit der Menschen in Sachsen und in ganz Deutschland noch kennen.

Da höre ich auch heute Morgen, dass Bürger als Wutbürger beschimpft werden – offensichtlich im Vergessen darüber, dass Wutbürger gerade das machen, was sie tun müssen, nämlich die Stimme des Souveräns hörbar machen. Ich fordere uns gemeinsam auf, auf diese Bürger viel, viel stärker zu hören.

Meiner Ansicht nach haben wir eine ganz ernste Aufgabe. Wir haben die Aufgabe, das, was die friedliche Revolution erkämpft hat, nicht nur in der Wirtschaftsfreiheit, in der Reisefreiheit, sondern in der demokratischen Freiheit zu bewahren, indem wir miteinander in einer fairen Art und Weise umgehen, indem wir die politische Kontroverse auf sachlicher Ebene führen und die Polemik so weit es geht außen vor lassen.

(Beifall bei der AfD)

Damit wir dies tun können, brauchen wir auf allen Ebenen im Freistaat und in Deutschland Instrumente. Damit meine ich ganz konkret Bürgerentscheide und Volksbegehren, die den Bürgern nicht nur die Gnade geben, dies zu tun, sondern das Recht des Souveräns zurückgeben, über Gesetzesvorhaben oder auch über die Abschaffung von Gesetzen in einem demokratisch definierten Prozess mitzuentcheiden. Eine Diffamierung von neuen politischen Gruppen, die gerade dafür stehen, was die friedliche Revolution gewollt hat, nämlich Pluralismus auch in der Gesellschaft, darf es mit uns nicht geben. Dafür wird die AfD nachhaltig eintreten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Zschocke, bitte.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich höre oft den Satz: Es war ja nicht alles schlecht in der DDR. Mag sein, dass etwas an diesem Satz dran ist. Aber dieser Satz wird auch oft verwendet, um zu verklären. Ein erklärender Rückblick auf das, was die DDR im Alltag war, gelingt nur dann, wenn große Teile der Lebenswirklichkeit in der DDR ausgeblendet werden. Ich habe als junger Mensch noch viele Jahre in der DDR gelebt. Ich habe die Maulkörbe erlebt, Zensur, Gängelung überall. Wer sich nicht systemkonform verhielt – das musste noch nicht einmal eine politische Aktivität sein –, wurde nicht zur Oberschule zugelassen, durfte nicht studieren, was er sich gewünscht hatte, den gewünschten Beruf nicht erlernen, ist vielleicht von der Hochschule geflogen, hatte Ärger mit der Stasi. Manche fanden sich im Jugendwerkhof wieder oder eben auch in politischer Haft.

Das System hat systematisch die Lebenschancen von unangepassten, vielleicht auch manchmal zu unvorsichtigen jungen Menschen zerstört. Diese Prägungen und Verletzungen wirken bis heute. Um die Wirkungen der Diktatur im Alltag aufzuarbeiten, reicht es nicht, immer nur auf die SED oder die Stasi zu blicken. Die Tiefenwirkungen, die Verästelungen dieses Apparates in die Gesellschaft hinein sind genauer zu betrachten. Viele waren unfreiwillig involviert in Parteien, in Organisationen, in Betrieben, in Schulen, in Universitäten, bei der Armee, bei der Polizei, bei der Justiz. Viele haben kooperiert. Viele haben funktioniert, haben sich letztendlich staatstragend verhalten, weil der Anpassungsdruck so hoch war.

Deshalb möchte ich sagen, das Unrecht in der DDR war systembedingt. Es ging nicht allein nur auf das Handeln Einzelner zurück. Es gab keine Gewaltenteilung. Die Regierung hat sich selbst über geltendes Recht hinweggesetzt, Wahlen gefälscht, Kritiker verfolgt. Wir haben es sogar erlebt, dass mit politisch Gefangenen Menschenhandel betrieben wurde.

Ich mache seit 25 Jahren Politik, vor allem in Chemnitz, jetzt hier im Landtag. Ich habe in dieser Zeit Menschen

kennengelernt, die ihre maßgebliche Rolle, die sie bei der SED hatten, die sie auch in den anderen staatstragenden Parteien hatten, die sie im Staatsapparat hatten, die sie im Bildungswesen hatten, umfassend, ehrlich und ungeschönt darstellen, die ihre eigene Funktion, ihr eigenes Wirken im Apparat klar darstellen und dafür Verantwortung übernehmen – ohne Relativierung, ohne Verharmlosung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist die Basis, und das ist auch Teil von Aufarbeitung.

Aber ich habe auch Menschen kennengelernt, die der SED und ihrer Rolle in der DDR huldigen, die 1989 als Konterrevolution bezeichnen, die das Leid und das Unrecht vieler unterschlagen, die die Stasi verherrlichen, die Stasi-Opfer herabwürdigen, auch heute noch im Nachhinein kriminalisieren. Solche Menschen agieren mit Verlaub – ich möchte das deutlich sagen – auch heute noch in den Kreisen und Räumen der LINKEN. Sie werden dort allzu oft immer noch geduldet. Vermutlich steht dahinter die Vorstellung, man müsse auch diese Kräfte integrieren und dürfe sie nicht ausgrenzen.

Ich habe aber auch Menschen kennengelernt, die ihre systemtragende Rolle in den anderen Parteien und Organisationen gern verschweigen, die lieber die Linkspartei dämonisieren und alle, die mit der LINKEN zusammenarbeiten, als Verräter an der friedlichen Revolution anprangern. Der ehemalige Alterspräsident Prof. Cornelius Weiss hat diese Menschen treffend charakterisiert – ich darf das zitieren – „als die, die sich nur ungern an ihr eigenes Verhalten in der Vergangenheit erinnern oder dieses bewusst verschweigen und sich lieber an ihrem selbst gestrickten Opfermythos festhalten, pharisäerhaft mit dem Finger auf andere zeigen“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! 25 Jahre nach der Wende sollten wir alle gemeinsam mit dem Verklären, mit dem Verleugnen, mit dem Versteckspiel aufhören. Wir sollten das überwinden. Es geht nicht darum, über einzelne Biografien zu urteilen oder den Stab zu brechen, sondern es geht darum, dass wir hier zu Ehrlichkeit, zu mehr Glaubwürdigkeit, auch zu mehr Klarheit und Eindeutigkeit finden, was die Bewertung des Systems in der DDR betrifft, aber auch die Rolle, die jeder Einzelne dort gespielt hat.

Wir GRÜNE stellen uns dieser Herausforderung. Ich sage es hier ganz deutlich: Wirkungsvoller kann Unrecht nicht aufgearbeitet werden als gemeinsam mit denen, die damals Verantwortung trugen, egal in welcher Funktion und Partei. Das ist kein Verrat an der friedlichen Revolution. Das ist auch keine schleichende Rehabilitierung von ehemaligen Funktionären, sondern eine lebendige Fortsetzung dessen, was unser Auftrag aus dem Jahr 1989 ist.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen.

Volkmar Zschocke, GRÜNE: Das sind wir letztendlich auch den Opfern schuldig.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir gehen in eine zweite Runde. Ich beginne wieder mit der Koalition. Für die CDU-Fraktion nimmt Herr Abg. Colditz das Wort.

Thomas Colditz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute diese Debatte führen – nicht nur in Erinnerung an die friedliche Revolution vor 25 Jahren, sondern auch und gerade im Kontext mit dem Beginn der 6. Legislatur des Sächsischen Landtages.

Meine Damen und Herren! Die parlamentarische Demokratie ist mittlerweile und Gott sei Dank eine Selbstverständlichkeit in unserem Land geworden. Aber damit sie das wirklich sein kann, muss sie mit Leben erfüllt und breit gestaltet werden und auch gesellschaftlich breit akzeptiert sein. Das ist heute nicht anders als vor 25 Jahren, als die Grundlagen für diese parlamentarische Demokratie gelegt wurden. Deshalb ist es sinnvoll, sich an den Ursprung 1989/90 zu erinnern. Ich hatte die Freude und das Glück, an der Konstituierung des 1. Sächsischen Landtages selbst teilzunehmen. Sicher, bei der Konstituierung des Sächsischen Landtages 1990 war der Geist des Aufbruchs und der wiedererlangten Freiheit, der damals die Menschen im ganzen Land beseelt hat, auch bei den Abgeordneten dieser 1. Legislaturperiode sehr präsent, vielleicht präsenter als heute.

Die heutige Situation ist sicherlich ein Stück weit eine andere, vielleicht etwas nüchterner. Aber dennoch oder vielleicht gerade deshalb ist Rückbesinnung sinnvoll. Es gilt, meine Damen und Herren, in Erinnerung zu behalten, welche Gestaltungskräfte freigesetzt werden, wenn es gelingt, Menschen zu motivieren, sich in Freiheit und Demokratie in die gesellschaftliche Entwicklung einzubringen.

Es gilt auch, sich daran zu erinnern und zu würdigen, was sich in diesen 25 Jahren letztlich entwickelt hat. Diese Entwicklung kann man als Grundlage und auch als Impuls für die künftigen Herausforderungen sehen. Solche Erinnerungen wachzuhalten hat überhaupt nichts mit einer politischen Nabelschau zu tun, sondern ist die Grundlage für ein selbstbewusstes und breites gesellschaftliches Engagement, auch und gerade – dabei denke ich an die Wahlbeteiligung zur letzten Landtagswahl – gegen wachsende Politik- und Demokratieverdrossenheit, die sich zum Teil aus einer gefährlichen Nostalgiestimmung speist.

(Beifall bei der CDU)

Diese Nostalgiestimmung blendet aus, meine Damen und Herren, wie dieses Land vor 25 Jahren heruntergewirtschaftet war und wie unfrei und bevormundet die Menschen in diesem Teil Deutschlands vor 1990 gelebt haben. Auch leugnet sie und blendet aus, wie die Voraussetzungen und die Grundlagen aussahen, als dieses Land 1990 einen gesellschaftlichen Neubeginn gewagt hat.

Dennoch, meine Damen und Herren: Dieser Neustart ist gelungen. Er ist auch nach 25 Jahren erlebbar und sichtbar. Das können Sie überall im Land nachvollziehen. Dazu müssen Sie noch nicht einmal dieses Haus verlassen. Gehen Sie in einer freien Minute ganz einfach einmal ins Bürgerfoyer. Vor wenigen Tagen wurde dort eine Ausstellung der Erzgebirgsregion eröffnet, einer Region, die vor und unmittelbar nach 1990 als strukturschwache Region mit relativ wenigen Entwicklungschancen deklariert wurde. Schauen Sie sich an, wie sich diese Region mittlerweile zu einem starken Wirtschaftsstandort und einer liebevollen Heimat entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU)

Im Rahmen dieser Debatte kann ich nur ein kurzes Streiflicht setzen, um Ihnen das plastisch vor Augen zu führen. Im Erzgebirge gibt es einen kleinen Ort mit 5 000 Einwohnern, Schlema. In den Dreißigerjahren des letzten Jahrhunderts war das ein blühender Kurort. Diese Entwicklung wurde 1945 rabiart durch die SDAG Wismut unterbrochen. Es wurde Uranerzbergbau betrieben, ein gnadenloser Raubbau an Mensch, Natur und Umwelt.

(Zuruf von den LINKEN)

Aus dem ehemaligen Kurbad, meine Damen und Herren, wurde eine Wüste aus Tagesschächten und Halden. Wer sich ein Bild davon verschaffen will, kann vor Ort eine Ausstellung sehen. Wir selbst, die wir diese Region kannten, können heute nicht mehr nachvollziehen, was da passiert ist. Entsprechend haben 1990 die Medien diese Region betitelt. Im „Spiegel“ stand zu lesen: „Schlema, das Tal des Todes“. Zukunftschancen: null, Entwicklungsperspektiven: keine.

Aber, meine Damen und Herren, jetzt bin ich wieder bei der Entwicklung vor 25 Jahren. Die Menschen in Bad Schlema, in Sachsen, im Osten Deutschlands haben sich mit dieser Entwicklung nicht abgefunden, sondern haben die neue Freiheit, die neuen gesellschaftlichen Chancen genutzt, haben Hand angelegt – auch und gerade mit Unterstützung der Politik – und haben den Neuanfang gewagt.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte kommen Sie zum Ende.

Thomas Colditz, CDU: Meine Damen und Herren, und ihnen ist das gelungen, was nicht für möglich gehalten wurde: Aus diesem Tal des Todes, aus dieser Landschaft von Halden und Tagesschächten ist wieder ein blühender Kurbad-Standort entstanden.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Colditz, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Thomas Colditz, CDU: Ich denke, wir tun gut daran, diese Entwicklungen, die nicht nur dort stattgefunden haben, sondern die in ganz Sachsen und deutschlandweit nachzuzeichnen und nachzuvollziehen sind, in Erinnerung

zu behalten, um den weiteren Aufbau dieses Landes voranzubringen.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und vereinzelt bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Möchte die SPD-Fraktion noch sprechen? – Herr Stange, Sie möchten gern noch einmal für die Fraktion DIE LINKE das Wort ergreifen.

Enrico Stange, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, meinen Gedanken fortzusetzen, da das in der Aktuellen Debatte durch die Fünf-Minuten-Begrenzung immer ein bisschen schwierig ist. Meine Frage war: Was ist von den Grundgedanken der friedlichen Revolution übrig geblieben?

In den vergangenen Tagen ist – auch und gerade durch die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler der DDR – oftmals kritisiert worden, dass das Erinnern an die friedliche Revolution Gefahr läuft, zu einem Ritual zu verkommen und gar Züge von einer gewissen Disneylandkultur tragen könnte. Ich glaube, diese Kritik ist berechtigt. Was ist also geblieben?

Der Herr Ministerpräsident hat gleich zu Beginn seiner Regierungserklärung bewusst auf die freien Wahlen abgehoben. Das ist richtig: Ja, freie Wahlen sind geblieben. Wir haben den demokratisch verfassten Rechtsstaat. Ich glaube, für uns alle ist es ein Glück, diesen zu haben. Ich frage aber weiter: Was ist mit dem Demokratisierungsversprechen und Demokratisierungsansatz von 1989? Noch heute gilt – mit einigen Veränderungen – das Grundgesetz von 1949. Eine neue Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland gibt es noch nicht.

(Christian Piwarz, CDU: Wir sind
sehr zufrieden mit dem Grundgesetz!)

Noch immer diskutieren wir auch in diesem Hohen Hause über moderne, breitere Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und streiten über die Absenkung von Quoren für Volksbegehren und Volksentscheide.

Was ist aus der Versöhnung geworden? Auch diese Frage muss gestattet sein. Ich bedanke mich ausdrücklich bei Kollegin Kliese für ihre Ausführungen auch dahin gehend. Die Verantwortung der politischen Klasse ist eindeutig. Kollege Colditz, wir werden all das, was Sie zu Recht anmahnen, in der Zukunft als politische Klasse nur dann vermögen, wenn wir uns nicht nur erinnern, sondern kritisch hinterfragen – nicht nur die Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart. Auch das ist Verpflichtung aus der friedlichen Revolution von 1989. Das sollten wir nicht vergessen. Das Erstarren und Verkrusten der DDR ist nicht mit ihrer Gründung entstanden, sondern im Verlauf ihrer Geschichte. Auch das sollte für uns klar sein.

Kollegin Kliese sprach auch die Willkommenskultur an. Einem politischen Gemeinwesen, das die friedliche Revolution als Gründungskonsens in sich trägt, sollte es gut zu

Gesicht stehen, Fremden gegenüber die humanistische wie christliche Umgangsform zu wahren – so, wie man eben mit Fremden, vor allem aber mit Flüchtlingen umzugehen imstande ist, wenn man Humanist ist, wenn man Christ ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es vonseiten der Fraktionen noch Redebedarf? – Herr Heidan.

Frank Heidan, CDU: Verehrte Frau Präsidentin! Ich möchte vom Mittel der Kurzintervention Gebrauch machen. Als ehemaliges Mitglied der „Gruppe der 20“ der Stadt Plauen, als Betroffener – in der eigenen Familie mit Berufsverbot belegt, mein Freund mehrere Monate im Stasi-Gefängnis in Gera eingesperrt –, halte ich es schon für sehr bedenklich, was DIE LINKE hier durch Herrn Stange zum Thema „25 Jahre friedliche Revolution“ kundtut.

Ich denke, DIE LINKE hat kein Recht, über die friedliche Revolution zu sprechen – als Erbfolge der Verbrecherpartei SED,

(Susanne Schaper, DIE LINKE: Was ist das für
ein Demokratieverständnis? Die Zeit ist vorbei! –
Weitere Zurufe von den LINKEN)

die 1989 durch die Menschen des Landes Sachsen zum Teufel gejagt worden ist. Das halte ich für sehr bedenklich. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der AfD –
Susanne Schaper, DIE LINKE:
Genau das ist ein Maulkorb!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Stange, Sie möchten reagieren?

Enrico Stange, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Kollege Heidan, die Schizophrenie der DDR und die Brüche in den Lebensläufen habe ich auch in meiner eigenen Familie zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um meinen Bruder.

(Christian Piwarz, CDU: Beschönigung!)

– Es geht nicht um Beschönigung, Kollege Piwarz – hören Sie doch bitte zu –,

(Christian Piwarz, CDU: Das ist
Beschönigung in diesem Zusammenhang!)

sondern es geht vielmehr darum, dass ich versucht habe, deutlich zu machen, dass Erinnern und Erkenntnis zwei Seiten einer Medaille sind und erforderlich sind, um die Grundgedanken der friedlichen Revolution in die Zukunft zu transportieren. Ansonsten erstarren wir im Erinnern. Das wird aber den zukünftigen Generationen keinen Deut weiterhelfen.

(Beifall bei den LINKEN und
der Abg. Sabine Friedel, SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Nun hat Herr Abg. Schiemann von der CDU-Fraktion das Wort.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frank Heidan hat als einer der Betroffenen noch einmal eindrucksvoll geschildert, was ihm und seinem Freund widerfahren ist. Ich denke, es ist das legitime Recht eines Betroffenen, sich auch hier vor dem Hohen Hause über das zu äußern, was er in einer Diktatur erleben und erdulden musste. Die friedliche Revolution ist für uns nicht das Transparent, das wir vor uns hertragen, um allein eine Erinnerungskultur zu haben. Erinnerung an das Geschehene ist aber eine Grundlage dafür, dass man Zukunft gestalten kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich stehe für Meinungsfreiheit, auch wenn hier das Wort „Maulkorb“ fiel. Es gibt keinen Maulkorb. Ich denke, in diesem Hohen Haus hat jeder das Recht, seine Meinung auszusprechen; aber es gibt meiner Ansicht nach einen Irrtum: Die DDR ist nicht am Ende verkrustet gewesen, sie ist von Anfang an undemokratisch gegründet worden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der AfD)

Sie ist von Anfang an zu einer Diktatur mutiert, die für sich selbst in Anspruch genommen hat, die Diktatur einer Arbeiterschaft zu sein.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: ...klasse!)

Ich habe als Sohn eines Kriegsinvaliden und Arbeiters keine Macht ausüben können. Das haben überall Funktionäre, in Mehrheit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, getan,

(Frank Heidan, CDU: In der Verfassung!)

und ich denke, es wäre für die LINKEN an der Zeit, diesen historischen Irrtum zu korrigieren

(Zuruf der Abg. Sabine Friedel, SPD)

– Frau Kollegin Friedel –, uns weismachen zu wollen, es wäre ja nur am Ende etwas schiefgelaufen. Nein, es ist von Anfang an schiefgelaufen, weil man keine Demokratie haben wollte.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Dennoch halte ich es für wichtig, dass wir erinnern, damit wir Fehler nicht wiederholen – ein Anspruch, dem sich jede Generation neu stellen muss, und ich denke, es ist ein Wunder dieser friedlichen Revolution, dass sie friedlich geblieben ist.

(Zuruf von den LINKEN: Genau!)

Sicher können einige, die auf der anderen Seite gestanden haben, für sich in Anspruch nehmen, dass sie ebenfalls ihren Beitrag dazu geleistet haben. Das gestehe ich jedem zu. Nichts wäre schlimmer gewesen, als wenn wir Verhältnisse wie in Peking auf dem Platz des Himmlischen Friedens gehabt hätten. Das wäre für uns und die Menschen, die dann das Leben verloren hätten, das Aller-

schlimmste gewesen. Der Respekt vor dieser friedlichen Revolution sollte uns aber auch sagen: Wir bleiben hier, keine Angst und keine Gewalt. Keine Gewalt war der Anspruch der friedlichen Demonstranten, die für ihre Freiheit, für Demokratie und Menschenrechte demonstriert haben.

Wir leben jetzt in einer Zeit, in der es demokratische Grundsätze und Rechtsstaatlichkeit gibt und in der die Gewaltenteilung einem jeden ermöglicht, auch bei Gericht etwas nachprüfen zu lassen. Auch etwas, das der Staat gemacht hat, kann nachgeprüft werden. Dieser Anspruch der Frauen und Männer, die mit Kerzen in den Händen friedlich demonstriert haben, ist ein Anspruch, bei dem sich manche Demonstranten in unserem Land einmal überlegen sollten,

(Beifall bei der CDU)

ob das nicht das Vorbild wäre, für Dialog und Meinungsfreiheit zu stehen und einen Weg zu suchen, bei dem man sich an dem orientiert, was uns die Frauen und Männer während der friedlichen Revolution vorgemacht haben.

Lassen Sie mich noch etwas sehr Wichtiges, das ich mir herausgesucht habe und für Leipzig als wichtig ansehe, ansprechen. Am 13. November – ich glaube, heute ist der 13. November – 1989 hat Staatsminister a. D. Arnold Vaatz auf der Leipziger Demonstration vor hunderttausend Bürgern dieser Stadt – auch aus sehr vielen anderen Städten und Dörfern des Freistaates sowie aus dem Freistaat Thüringen, aus Berlin und vielleicht sogar aus Mecklenburg-Vorpommern sind Menschen dagewesen –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte den Gedanken zu Ende führen.

Marko Schiemann, CDU: Ich komme zum Schlusssatz, Frau Präsidentin.

– für das Neue Forum zum ersten Mal die Gründung des Landes Sachsen gefordert, weil er gesehen hat, wie sich die SED-Obersten immer mehr in eine Vorderrolle gebracht haben und hinter dem Rücken des Volkes wieder ein Land Sachsen gründen wollten. Arnold Vaatz war einer der Vordenker des Neuen Forums in Dresden. Die friedliche Revolution ist etwas, das wir festhalten sollten. Wir sollten die Lehren daraus ziehen. Wir sollten die Ergebnisse festhalten und den Menschen in unserem Land für die Zukunft eine gute Perspektive geben.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Sie möchten eine Kurzintervention vornehmen? – Bitte sehr.

Marco Böhme, DIE LINKE: Genau. – Mein Name ist Marco Böhme. Ich bin 24 Jahre alt und habe also leider aufgrund mangelnder Existenz die friedliche Revolution und auch die Großdemonstration in Leipzig am 9. Oktober nicht erleben dürfen. Ich möchte aber das Wort „leider“ betonen, denn wäre ich damals so alt gewesen, wie ich es heute bin, wäre ich sicherlich mit auf den

Demonstrationen gewesen, so wie es auch meine Eltern gewesen sind.

(Zuruf von der CDU)

Es war ein gutes Recht und ein guter Grund, warum sie damals auf den Demonstrationen waren: um für Meinungsfreiheit, Redefreiheit und letztendlich auch für Reisefreiheit und viele Punkte, die hier immer wieder genannt wurden, zu kämpfen.

Die Menschen sind am 9. Oktober auf die Straße gegangen, um dieses System, in dem sie lebten, zu verändern. Ein Beitritt zur BRD stand zumindest am 9. Oktober und in den darauffolgenden Tagen nicht auf der Agenda, wie es immer in den Medien dargestellt wird.

Leipzig ist friedlich geblieben. Das lag auch an den berühmten sechs in Leipzig, dem Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, dem Theologiedozenten Peter Zimmermann, dem Kabarettisten Bernd Lutz Lange und den drei SED-Bezirksleitern Dr. Kurt Meyer, Dr. Roland Wötzel und Jochen Pommert, die die Bürger und Bürgerinnen sowie die SED-Staatsorgane aufgerufen haben, friedlich und besonnen in diesen Tagen zu bleiben.

Es ist auch ihr Verdienst, dass es friedlich blieb und die Wende so, wie sie kam, eingeleitet wurde. Daran erinnert sich Leipzig jedes Jahr mit dem sogenannten Lichtfest. Wie jedes Jahr habe ich auch in diesem Jahr an diesem Lichtfest teilgenommen. Ich möchte hier meinen Dank an die Künstlerinnen und Künstler des Lichtfestes ausdrücken; denn wenn Sie dort waren, haben Sie vielleicht auch gesehen, dass es bei dieser Kunstinstallation nicht nur den Blick auf die Vergangenheit im Jahr 1989, der sehr wichtig ist, gab, sondern auch den Blick auf die Probleme, die es heute gibt, wie Rassismus, oder auf die Parallelen, die es heute gibt in Bezug auf das Jahr 1989, wie Überwachung, Polizeigewalt, Geheimdienste und Demokratiedefizite.

(Andreas Nowak, CDU:

Da gibt es keine Parallelen!)

Darauf haben die Künstler hingewiesen. Sie wurden nicht mit einem Auftrag der Stadtverwaltung engagiert, sondern haben, weil sie freie Künstler sind, diese Installation angebracht.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen!

Marco Böhme, DIE LINKE: Ich möchte noch zur CDU sagen, dass ich mich von Ihnen bezüglich Demokratie und Sonstigem nicht belehren lasse. Wenn Sie am 9. November, am Tag der Reichspogromnacht, in Thüringen, in Erfurt, mit NPD, AfD und Freien Kameradschaften –

(Lachen bei der AfD – Widerspruch bei der CDU –

Zuruf von der AfD: Ach du meine Güte!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen!

Marco Böhme, DIE LINKE: – mit Kerzen- und Fackelmarsch gegen eine legitime Regierung demonstrieren, da lasse ich mir von Ihnen nichts verbieten, die nicht einmal öffentliche Ausschüsse wollen – –

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Böhme, Ihre Redezeit ist vorüber!

(Beifall bei den LINKEN)

Herr Abg. Schiemann, möchten Sie darauf reagieren? – Das ist nicht der Fall. Frau Abg. Jähnigen, bitte.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Ich teile die Meinung meines Vorredners, Herrn Schiemann von der CDU-Fraktion, dass die Gründung einer Diktatur die Unterdrückung von Meinungen bedeutet, schon Verkrustung an sich ist und Verkrustung nach sich zieht. Das ist gewiss richtig. Deshalb ist uns die Demokratie wichtig.

Aber ich möchte noch einmal auf eines hinweisen: Ich gehöre zu denen, die in jungen Jahren in der DDR – schon vor 1989 – versucht haben, die Verkrustung aufzubrechen, die illegale Demonstrationen veranstaltet und illegale Schriften herausgegeben haben, die aber auch Angst und trotzdem Freude an dem Versuch dieses Aufbruchs hatten. Wir alle müssen fragen: Wer hat diese Bewegung damals unterstützt? Die Mehrzahl der SED-Genossen war es nicht, es war aber auch nicht die Mehrzahl der Leute, die damals in der CDU aktiv waren. Das ist Teil unserer Geschichte.

Auch Sie in der CDU haben die Aufgabe, diese Geschichte mit uns zusammen aufzuarbeiten. Mir ist nichts Schlimmes passiert. Ich hatte Angst, aber auch Glück und konnte hinterher das Richtige studieren.

Sie, Herr Schiemann, haben aber gesagt – das finde ich sehr wichtig –, dass es in dieser Debatte um die Perspektive gehe. Diese will ich hier einfordern. Wie können wir die Demokratie stärken? Warum haben Sie als CDU bisher alle Vorschläge blockiert, die Verfassung zu ändern und die direkte Demokratie zu erleichtern? Wollen Sie jetzt mit uns reden oder ist das im Koalitionsvertrag nur ein Prüfauftrag, der ein höfliches Nein bedeutet wie bisher?

Machen Sie es doch konkret. Lassen Sie uns doch endlich darüber reden, wie wir die Demokratie im Freistaat Sachsen und in den Kommunen stärken, den Bürgern mehr Mitbestimmungsrechte geben und die Parlamente in den Kommunen und den Landtag stärken. Das wäre die richtige Konsequenz. Es ist wichtig, nicht nur über die Vergangenheit zu reden, sondern jetzt die Demokratie zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN,
den LINKEN und der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Abg. Schiemann möchte gern darauf antworten. Bitte.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass

es der Würde des Anlasses entspricht, dass wir eine Erinnerung an die tatsächliche Situation bei der friedlichen Revolution auch in die Zukunft tragen, und zwar die Erinnerung daran, dass sich Frauen und Männer, Christen und nicht kirchlich gebundene Menschen zusammengefunden und aus allen politischen Überzeugungen heraus für ein Ziel gestritten haben. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Die CDU hat einen sehr schmerzhaften Erneuerungsprozess im Freistaat Sachsen durchgesetzt, weil sie sich gesagt hat: Wir lassen uns nicht ständig vorwerfen – egal von wem – und den Angriffen aussetzen, dass wir nur in der Zeit der ehemaligen Blockpartner der Nationalen Front verhaftet bleiben. Das ist die Unwahrheit. Ich finde es unangemessen, Frau Kollegin Jähnigen, dass Sie diesen Erneuerungsprozess, der sehr schmerzhaft gewesen ist und den wir sehr konsequent im Freistaat Sachsen umgesetzt haben, mit keiner Silbe würdigen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass wir diesen Erneuerungsprozess sehr deutlich umgesetzt haben.

Der letzte Punkt: Selbstverständlich muss man für Demokratie ständig streiten, man muss sich einbringen und man muss Defizite, die es in der Demokratie gibt, auflösen. Wir hatten die Diskussion zur Änderung der Sächsischen Verfassung im letzten Jahr. Wir haben diese Diskussion sehr intensiv geführt. Die Fraktionen haben sich über einen Modus verständigt. Wir haben es mit einer Zweidrittelmehrheit – sogar unter Zustimmung der LINKEN – in einem sehr fairen Gesprächsmodus erreicht, dass wir das Verschuldungsverbot und die Normen, die noch zu ändern waren, geändert haben.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen!

Marko Schiemann, CDU: Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Ich sehe das umgesetzt, was die Fraktionen im Sächsischen Landtag beschlossen haben. Weiteren Änderungsbedarf zur Verfassungsänderung haben wir nicht. Ich glaube, dass die immer wieder angesprochenen Demokratiedefizite keine Demokratiedefizite sind,

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen!

Marko Schiemann, CDU: sondern es ist der Anspruch an den Wähler, dass er sich auch in die politische Diskussion, in die Demokratie einbringt.

(Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es weiteren Redebedarf seitens der Fraktionen? – Das kann ich nicht erkennen. Ich erteile jetzt dem Ministerpräsidenten das Wort.

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich bin den Koalitionsfraktionen sehr

dankbar, dass sie dieses Thema für die Aktuelle Debatte gewählt haben, weil es in der Tat eine gute Gelegenheit ist, denjenigen zu danken, denen wir es zu verdanken haben, dass wir heute hier sitzen: den mutigen Frauen und Männern des Herbstes 1989.

Wenn in dieser Debatte die Frage gestellt wird, was davon geblieben ist, dann ist eines sehr deutlich geworden – das sage ich an alle Fraktionen dieses Hauses –, nämlich dass es eine freie Debatte hier im Landtag gibt, vor der niemand Angst haben und vor deren Konsequenzen sich niemand fürchten muss. Dass es bei uns im Freistaat Sachsen eine klare Teilung der Gewalten, dass es im Freistaat Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gibt – auch das verdanken wir denjenigen, die im Herbst 1989 mutig waren.

Ich habe in meiner Regierungserklärung daran erinnert, dass es den Ruf gab: „Wir sind das Volk!“ Es ist richtig, dass es auch in den Oktobertagen gleichzeitig den Ruf gab: „Wir sind ein Volk!“ Dass es ein Grundgesetz gibt, das es seit 1949 gibt, das sich bewährt hat und welches auf breite Zustimmung aller Menschen in der Bundesrepublik stößt, ist ebenfalls Gegenwart.

Meine Damen und Herren! Das, was für uns heute selbstverständlich ist, habe ich in dieser Debatte – genauso wie jeder andere, der Abgeordneter oder Staatsminister ist – verfolgen können: Für uns ist es heute selbstverständlich, dass wir ein Grundrecht auf Meinungsfreiheit – auf Freiheit der Meinung – haben. Das sollten wir nicht nur hüten, sondern auch verteidigen.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Mauerfall und friedliche Revolution haben einer Geschichte, einer Diktatur der Unfreiheit, des Mauerbaus, der Stasi-Häftlinge und der Unterdrückung jeder Meinungsfreiheit eben diese Freiheit entgegengesetzt.

Ich möchte einen Aspekt in diesem Rahmen ergänzend zu den Rednern der Fraktionen sagen: Wir sollten in einer solchen Stunde auch an diejenigen erinnern, mit deren Unterstützung dieser Prozess im Osten Deutschlands, in der ehemaligen DDR, erst möglich geworden ist.

Denken wir an diejenigen, die damals beim Juni-Aufstand 1953 ihr Leben gelassen haben, denken wir an die Aufstände in Budapest, denken wir an die Solidarność-Bewegung oder auch an den Prager Frühling. Auch die Grenzöffnung der Ungarn unter dem damaligen Ministerpräsidenten Németh hat überhaupt erst das ermöglicht, wozu es in den Oktobertagen und später am 9. November 1989 bei uns mit dem Mauerfall, dem Tor zur Freiheit, welches dabei aufgestoßen wurde, gekommen ist.

Marko Schiemann hat es zu Recht erwähnt und ich möchte es noch einmal ausdrücklich betonen: Es war das Bemerkenswerteste in diesem Herbst, dass alles friedlich blieb, und das ist dem Mut und der Besonnenheit aller zu verdanken.

Bischof Reinelt hat vor fünf Jahren anlässlich des Gottesdienstes, welchen wir damals gefeiert haben, daran

erinnert. Er hat in seiner Predigt einen Satz gesagt: „Es war der Moment, als die Angst die Seiten wechselte. Aber es war nicht die Rache, die die Seiten gewechselt hat, sondern es war letztendlich die Besonnenheit, die dazu geführt hat, dass es eine friedliche Revolution blieb.“

Deswegen ist wichtig, was die Koalitionspartner mit der heutigen Debatte letztendlich erreichen wollten: dass es ein Erinnern gibt; ein Erinnern, welches uns verpflichtet. Es verpflichtet uns, den Geist der friedlichen Revolution zu bewahren. Deswegen verpflichtet es auch uns, dass wir ihre Werte nicht nur leben und sie verteidigen, sondern dass wir sie auch an zukünftige Generationen weitergeben, und damit haben wir genug zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD, des Abg. Horst Wehner, DIE LINKE, und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Die 1. Aktuelle Debatte ist abgeschlossen.

Bevor ich jetzt die 2. Aktuelle Debatte aufrufe, habe ich die herzliche Bitte an Sie, zu versuchen, sich an die Redezeiten zu halten. Es war jetzt etwas schwierig. Ich möchte niemanden reglementieren, aber es muss auch Gerechtigkeit herrschen, damit jeder seine Redezeit bekommt.

Ich rufe auf

2. Aktuelle Debatte

Lausitz nicht verkohlen – Ja zum Strukturwandel, mit oder ohne Vattenfall!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Es spricht für die einreichende Fraktion Frau Abg. Pinka; bitte.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist schon eine Art Déjà-vu für mich. Ich sehe mich noch am letzten Tag der 5. Legislaturperiode, am 10. Juli, hier stehen und versuchen Ihnen nahezubringen, welche Bedeutung unser Antrag „Forschungsprogramm für einen Strukturwandel in der Lausitz“ für Sachsen hat.

Sie, insbesondere Herr Dr. Meyer – er ist heute leider nicht anwesend – meinten,

(Zuruf von der CDU)

Frau Pinka möge sich doch einmal im Erzgebirge engagieren. Aber wenn sie in der Oberlausitz mitreden will, dann soll sie erst einmal das Dokument von Herrn Ragnitz „Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz“ lesen. Das hatte ich übrigens zu diesem Zeitpunkt schon getan.

Dass wir heute, zu Beginn einer neuen Legislaturperiode, über diesen Plan B schnell diskutieren müssen, habe ich zwar damals schon geahnt, aber dass es so schnell geht, natürlich nicht. Ich glaube aber, unsere Fraktion war schon damals den damaligen Koalitionären strategisch voraus, und wenn ich die Pressemitteilungen der letzten Tage verinnerliche, so sind wir es noch heute.

Dass man in Sachsen über diesen Plan B nachdenken muss, hat sich seit mehreren Jahren angedeutet. Bereits im Jahr 2011 gab sich Schweden eine neue Energiestrategie. Investitionen sollten nur noch in erneuerbare Energien getätigt werden. Darüber hatten wir hier im Landtag gesprochen.

2014, unter dem Druck der Bevölkerung, gibt es eine neue rot-grüne Regierung. Alle Parteien hatten sich

damals dazu verständigt: Wir wollen aus der Braunkohle-verstromung aussteigen. Egal, ob es eine rot-grüne Regierung oder eine andere Konstellation gegeben hätte, alle hätten diese Entscheidung treffen müssen.

Jetzt haben die Lenker in Schweden entschieden: Wir wollen Vattenfall verkaufen. Ehrlich gesagt, die Schweden scheinen es sehr ernst zu meinen. Ich glaube auch, dass sich Herr Beermann, Herr Dulig und Herr Hippold ihre Reise nach Schweden und vielleicht auch Steuergeld – das weiß ich nicht – hätten sparen können aufgrund bestimmter Entwicklungen. Wenn man sich die Bilanzen von Vattenfall Europe Mining & Generation vom letzten Jahr anschaut, dann hätte man diese Schlussfolgerung erwarten können. Dann hätten Sie erkennen können und müssen, dass Vattenfall schon allein aus wirtschaftlichen Gründen nur auf einen Verkauf der Braunkohlesparte hinwirken kann; denn das Kohlegeschäft war mittlerweile nur noch ein Verlustgeschäft. Mit knapp 550 Millionen Euro standen die Vattenfall-Sparten Generation & Mining allein 2013 im Minus.

(Alexander Krauß, CDU: Sie können leider keine Bilanzen lesen! –
Gegenruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Der gesamte Konzern macht hier derzeit weiterhin Verluste. Spätestens 2013 waren in Schweden Pläne zur Abtrennung der Geschäfte in Kontinentaleuropa zu erkennen. Das wissen auch Sie, Herr Krauß. Da hatte unsere Staatsregierung überhaupt noch keine Anstalten gemacht, etwas neu zu sortieren. Die Bittbriefe des Ministerpräsidenten vom letzten Monat an Vattenfall kommen meines Erachtens viel zu spät.

Dankenswerterweise hat mir der scheidende Minister Morlok meine Kleine Anfrage beantwortet, wie viele

Menschen denn bei Vattenfall arbeiten. Endlich haben wir ein paar Zahlen bekommen: 2 932 Menschen in acht Unternehmen von Vattenfall und an zwölf Standorten in Sachsen waren es zum Zeitpunkt der Beantwortung meiner Frage vor 14 Tagen. In der gesamten Lausitz sind es 8 200 Arbeitsplätze direkt bei Vattenfall und etwa 22 000 weitere, die indirekt mit der Kohle zu tun haben. Aber dort wird die Datengrundlage schon ziemlich schwach.

Herr Dr. Meyer, Sie als promovierter Wirtschaftsingenieur hätten, ehrlich gesagt, im Juli mehr Weitsicht haben können. Sie haben mir die Sichtweise einer Planwirtschaft vorgeworfen, als wir vorgeschlagen haben, mit 2 Millionen Euro ein Forschungsprogramm aufzulegen, um diesen Strukturwandel vielleicht einmal untersuchen zu lassen. Ihr Herr Ragnitz äußert kürzlich: 2 Millionen Euro sind wahrscheinlich etwas wenig, wir brauchen eher 10 Milliarden Euro pro Jahr, um Solidarleistungen in die Lausitz fließen zu lassen, nämlich eine Umschichtung von Geld, um langfristig neue und vergleichbar gute Arbeitsplätze zu schaffen. Und da werfen Sie mir Planwirtschaft vor!

Das, was aus meiner Sicht notwendig gewesen wäre, hat der Antrag, den wir im Juli eingebracht hatten, gezeigt. Weitere Ausführungen dazu bringen ich und mein Kollege in den folgenden Rederunden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Als nächste ist die CDU-Fraktion an der Reihe. Herr Abg. Heidan, bitte.

Frank Heidan, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, was die LINKEN mit ihrem aktuellen Redebeitrag hier bewirken wollen,

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Da müssen Sie mal Zeitung lesen!)

und was sie uns vorführen, schon gleich gar nicht. Für so viel Kreide, wie Sie hier fressen wollen, reichen ja die Kreidelfelsen auf Rügen nicht mal.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Kohle ist das Thema! – Heiterkeit)

Auf der einen Seite stehen Sie in Brandenburg als LINKE zur Braunkohle und auf der anderen Seite verteufeln Sie hier die Braunkohle.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Wer hier die Lausitz verkohlt, das sind Sie als die Partei der LINKEN. Sie verkohlen die Leute. Sie reden hier von einem Strukturwandel, der ja bereits in den 25 Jahren passiert ist, meine Damen und Herren von den LINKEN.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE:
Da haben Sie jetzt hyperventiliert, oder?!)

– Ach, soll ich Ihnen vielleicht einmal erzählen, wie es vor 25 Jahren aussah?

(Unruhe bei den LINKEN)

Marode Braunkohlekraftwerke, ein Abbau, der Mondlandschaften hinterlassen hat,

(Zurufe von den LINKEN)

der Menschen vertrieben hat – ich glaube, das hat sich schon in den letzten 25 Jahren deutlich geändert.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den LINKEN)

Es ist schon etwas eigenartig,

(Unruhe bei den LINKEN)

wenn vor der Parteizentrale der LINKEN am 30. Mai dieses Jahres Greenpeace demonstriert hat. Ich zitiere wörtlich,

(Zuruf des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

was das Lokalradio von Brandenburg, der sogenannte Sender LORA, am 30.05. brachte: „Vor der Berliner Parteizentrale der LINKEN protestieren seit Montag, den 26.05., Greenpeace-Aktivisten mit einem Protestcamp und einem fünf Meter hohen und mit Luft gefüllten Schaufelrad eines Braunkohlebagger gegen den neu geplanten Tagebau Welzow Süd 2.“ Folgend: „Karsten Smid von Greenpeace über eine Partei ohne Standpunkte“. – So wird das zitiert.

Sie sind nicht nur eine Partei ohne Standpunkte – das haben wir in der vorangegangenen Debatte gehört –, sondern Sie sind auch eine Partei, die das schwierige Erbe der DDR hier übernommen hat.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, steht am Mikrophon.)

Damit sind Sie auch eine Partei, die für das menschliche Verbrechen an der innerdeutschen Grenze verantwortlich ist. Damit sind Sie eine Partei der Spitzel und Spione, meine Damen und Herren!

(Starke Unruhe bei den LINKEN –
Beifall bei der CDU)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Heidan?

Frank Heidan, CDU: Ja, ich gestatte eine Zwischenfrage. – Es wird mir ein Vergnügen sein.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Mir tut es fast leid, dass ich jetzt hier stehe.

Frank Heidan, CDU: Na, dann setzen Sie sich doch wieder, Frau Dr. Pinka.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich wollte Sie nur einmal fragen, ob Sie überhaupt wissen, zu welchem Zeitpunkt sich Vattenfall zum Verkauf entschlossen hat – ob Sie das Datum wissen und ob Sie wissen, wovon ich jetzt

spreche –; das ist etwas anderes, als das, wovon Sie gerade sprechen.

Frank Heidan, CDU: Ich weiß schon, wovon ich spreche.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE:
Na ja, sind Sie ganz sicher?)

Und ich weiß auch, wie der schwedische Staat seine Energieversorgung sicherstellt, Frau Dr. Pinka – und da geht das Verkohlen schon weiter. Der schwedische Staat hat noch 40 % Atomkraft, ungefähr 40 % Wasserkraft und 15 % sind erneuerbare Energien und ein Rest die anderen Energien, die noch so auf dem Markt herumfleuchen. Das dürfte Ihnen ja bekannt sein, und deswegen brauchen Sie keine Braunkohle. Nun deshalb hier Vattenfall zu verteufern,

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE:
Ich verteufler sie überhaupt nicht!)

die Arbeitsplätze in der Oberlausitz, in Brandenburg sichern, das halte ich schon für eine Zumutung, das muss ich Ihnen einmal ganz deutlich sagen!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den LINKEN)

Ich möchte noch einen weiteren wichtigen Punkt nennen,

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Bis jetzt haben Sie noch gar keinen genannt!)

warum wir zur Braunkohle stehen: Zum einen ist es ein grundlastfähiger Energieträger

(Zuruf von den LINKEN:
Na schön, dann kauft doch!)

und zum anderen gibt es durchaus einen Zertifikatehandel und damit eine gute Begründung, dies nicht zu tun; denn wenn die Zertifikate von Vattenfall an andere Unternehmen zurückgegeben werden, die vielleicht die Luft noch mehr verpesten – was haben wir dann für die Umwelt getan, meine Damen und Herren? Das sollten Sie sich wirklich einmal vor Augen führen. Sie sprechen hier von einem Strukturwandel in der Oberlausitz, der bereits vor 25 Jahren mit dieser Regierung, mit diesem Wirtschaftsministerium vorangebracht wurde und weiterhin vorangebracht wird.

Deshalb halte ich das, was Sie hier vorn betätigen, für Kreidefresserei.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der AfD –
Rico Gebhardt, DIE LINKE: Da wünscht man sich Dr. Meyer zurück!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die SPD-Fraktion Herr Abg. Panter, bitte.

Dirk Panter, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war jetzt keine Aktuelle Debatte, sondern eher eine hitzige Debatte. Ich will

versuchen, das Ganze etwas ruhiger anzugehen, um dem Thema den nötigen Respekt zukommen zu lassen, der ihm auch gebührt.

Das Thema Strukturwandel ist kein neues, wie gerade erwähnt wurde, um es ganz sachlich anzusprechen. Vor 25 Jahren gab es in ganz Ostdeutschland 140 000 Beschäftigte im Braunkohlentagebau – heute sind es insgesamt in Ostdeutschland noch 11 000. Das heißt, es ist schon ein ganz erheblicher Strukturwandel vorangeschritten, und der geht noch weiter.

Natürlich haben wir als Freistaat Aufgaben. Wir haben Aufgaben mit den Menschen vor Ort. Wir müssen eine abgestimmte Wirtschaftsförderung sicherstellen, wir müssen schauen, dass wir – gerade mit Blick auf die Lausitz – Tourismusförderung betreiben; wir müssen schauen, was dort funktionieren kann. Wir müssen aber auch auf eine Stärkung der industriellen Basis schauen, die dort viel zu wenig vorhanden ist. Es ist unser Ziel, gemeinsam eine industrielle Basis in Sachsen zu fördern und dort, wo sie schon vorhanden ist, zu erhalten.

Nun müssen wir das alles auch mit Brandenburg abstimmen. Aber es wäre unehrlich, wenn wir sagen würden, dass die Lausitz einem Strukturwandel mit Freude entgegenblicken kann; denn diese Aufgabe, diesen weiteren Strukturwandel zu gestalten, wird sehr, sehr schwer.

Nun haben wir einen Koalitionsvertrag vorgelegt, in dem es auch um das Thema Braunkohle geht und in dem wir ein deutliches Bekenntnis zur sächsischen Braunkohle postuliert haben. Dazu stehen wir auch beide als Koalitionspartner. Wir haben deutlich gemacht, dass die Braunkohle noch so lange benötigt wird, bis wir die Ziele von Klimaschutz und Bezahlbarkeit von Energieversorgung auch in der Zukunft sicherstellen können. Das muss in dieser anstehenden Energiewende unsere Aufgabe sein.

Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass für uns – das wird in dem Koalitionsvertrag ganz klar – Es gibt eine Zwischenfrage, Frau Präsidentin.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte, Frau Dr. Pinka.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. Ich möchte gern wissen, wie Sie zu dieser Diskussion zwischen Frau Hendricks und Herrn Gabriel stehen, wo der eine meint, wir müssten Kohlekraftwerke wegen der Klimaveränderungen, die auf uns zukommen, vom Netz nehmen, und der andere meint, wir stehen weiterhin nur zu Kohlekraftwerken und wollen eigentlich nicht aussteigen. Das sind ja nun zwei SPD-Minister und mich würde einmal die SPD-Position interessieren.

(Frank Heidan, CDU: Dann werden Sie sich doch in Ihrer eigenen Partei einig, was Sie wollen!)

Dirk Panter, SPD: Dazu sage ich gern etwas. Erstens ist es richtig, wie Herr Heidan sagt, dass man sich erst einmal in der eigenen Partei dazu abstimmen muss. Zum anderen ist es etwas verkürzt dargestellt, weil Siegmund

Gabriel mitnichten ein Apostel der reinen Braunkohle ist, sondern er sagt zu Recht, die Braunkohle muss auch in Zukunft der Partner der Energiewende sein; denn wenn wir gleichzeitig aus der Atomkraft aussteigen, aber eine Energiewende sicherstellen wollen – auch eine Grundlastfähigkeit für die heimische Wirtschaft –, dann müssen wir weiterhin auf die Braunkohle setzen – zumindest so lange, bis wir die Ziele von Klimaschutz und niedrigen Kosten sicherstellen können.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Trotz allem haben wir uns als Koalition auf den Weg gemacht, nicht nur ein Bekenntnis zur Braunkohle abzugeben, sondern uns auch zur Energiewende, zu den erneuerbaren Energien zu bekennen. Hier möchte ich speziell auf die Windkraft hinweisen, bei der wir für den Freistaat ganz neue Richtungen eingeschlagen haben, und dort haben wir sehr viel zu tun.

Um konkret auf die Lausitz, auf das Thema Vattenfall zurückzukommen: Nun ist es ja so, dass im Koalitionsvertrag das Thema Vattenfall nicht auftaucht – und das aus gutem Grund. Vattenfall will verkaufen – das ist mittlerweile klar –, aber wie sie es tun wollen, zu welchen Konditionen und ob es letztlich überhaupt durchgeführt wird, ist vollkommen unklar.

Vattenfall hat, wie wir alle wissen, in den letzten Jahren hohe Gewinne erzielt – auch mit unserer heimischen Braunkohle –, das ist Fakt. Jetzt gibt es sehr starken Druck aus der neuen schwedischen Regierung; das ist uns auch allen bewusst. Aber was wir deutlich machen müssen, ist, dass Vattenfall eine Verantwortung hat. Vattenfall hat eine Verantwortung für die Region, für die Menschen dort und kann sich jetzt nicht einfach die Rosinen herauspicken und sagen, wir bleiben in den Bereichen in Deutschland aktiv, die für uns genehm sind, die auch Gewinne abwerfen, und dort, wo es schwierig wird, ziehen wir uns einfach zurück. Es kann nicht Sinn und Zweck einer Abstimmung mit Vattenfall sein, dass wir so etwas als Freistaat akzeptieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Deshalb werden wir ganz genau darauf achten, was Vattenfall in den nächsten Wochen tun wird, was die konkreten Schritte sind, wer die Interessenten sind, wie wir uns selbst einbringen können – zum Wohle der Lausitz, zum Wohle des Freistaates. Wir werden gleichzeitig aber auch den Strukturwandel weiter zu gestalten versuchen.

Das wird Zeit brauchen, aber ich darf vielleicht mit Blick auf die Fraktion DIE LINKE und den Titel sagen, dass den Strukturwandel in seinem Lauf sicherlich auch nicht Vattenfall aufhalten wird.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der Staatsregierung)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die AfD-Fraktion Herr Abg. Urban, bitte.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Ein neues Gesicht!)

Jörg Urban, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich erlaube mir eingangs, auf die leeren Stühle hinzuweisen. Ich bin neu hier und doch ein wenig überrascht, wie viel Resonanz die Aktuelle Stunde findet, und man wünscht sich fast, dass man ad hoc über das Quorum von Volksentscheiden abstimmen könnte – das hätte wahrscheinlich ein interessantes Ergebnis.

(Beifall bei der AfD)

Das Landtagswahlprogramm der AfD verspricht unseren Wählern drei Dinge: den Einsatz der AfD für die weitere Nutzung der sächsischen Braunkohle, den Schutz unserer heimischen Natur und den Einsatz für eine Stärkung der strukturell benachteiligten ländlichen Räume. Die AfD hält die Weiternutzung der Braunkohle in Sachsen für notwendig, weil die sächsischen und brandenburgischen Kohlenkraftwerke nicht nur preiswerten Strom liefern, sondern in Verbindung mit regionaler Wertschöpfung und mit Arbeitsplätzen in der Region auch grundlastfähigen Strom bereitstellen. Die Förderung der Braunkohle ist mit immensen Eingriffen in die Natur, in das Landschaftsbild und auch in die Heimat der Betroffenen verbunden. Diese Eingriffe müssen kompensiert und ausgeglichen werden.

In dieser Beziehung brauchen die deutsche und die sächsische Umweltgesetzgebung und Umweltverwaltung den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Die Eingriffe in Natur und Landschaft durch die Braunkohlenutzung sind temporär. Mit Abschluss der Tagebaue und der Rekultivierung entstehen schon heute wertvolle Biotopflächen sowie Flächen für Freizeitaktivitäten und Tourismus.

Im Unterschied zur Herstellung von Biogas – das ist derzeit der einzige grundlastfähige erneuerbare Energieträger – sind die Eingriffe durch Tagebaue auf relativ kleine Flächen beschränkt. Die Monokulturen für Mais, Raps und andere Energiepflanzen bedecken inzwischen ein Drittel der landwirtschaftlichen Fläche Sachsens; sie schädigen Böden und Vorfluter durch intensivsten Einsatz von Herbiziden und Insektiziden. Aber auch Biogas ist derzeit bei Weitem nicht in der Lage, den Grundlaststrom der Braunkohlekraftwerke zu ersetzen.

Die AfD hält es für unverantwortlich, die Schäden der Energieerzeugung für sächsische Haushalte und sächsische Unternehmen komplett in andere Länder zu verlagern und Energie zu importieren, sei es Erdgas aus Russland – mit den Umweltschäden in Russland –, sei es Palmöl aus Indonesien – mit den Umweltschäden in Indonesien –, oder sei es Atomstrom aus Tschechien – mit den Umweltschäden und Risiken in Tschechien.

Die Lausitz leidet heute unter großen strukturellen Problemen. Es gibt kaum größere Unternehmen neben der Braunkohlenutzung in der Region, sodass junge und

qualifizierte Berufstätige abwandern und die Versorgungsinfrastruktur für die verbleibende Bevölkerung immer mehr ausgedünnt wird. Das ist ein fataler Kreislauf. Ein Ausstieg aus der Braunkohlenutzung würde diese strukturellen Probleme nicht lösen, sondern – im Gegenteil – noch verstärken. Die Gründe für die Strukturprobleme der Lausitz und anderer ländlicher Räume in Sachsen sind vielfältig. Sie bedürfen verstärkter Aufmerksamkeit und Anstrengungen der Politik.

Wichtige Ansätze aus der Sicht der AfD wären:

Das sogenannte Zentrale-Orte-System als Grundansatz der regionalen Planung hat in vielen ländlichen Räumen versagt und gehört endlich auf den Prüfstand. Unternehmerische Initiativen im ländlichen Raum müssen gefördert werden, auch wenn sie vordergründig nicht in das starre Konzept der Regionalplanung passen.

Die Ausdünnung der Schul- und Gesundheitsversorgung muss beendet werden.

Nicht zuletzt muss die Anbindung der ländlichen Räume an die Wirtschaftszentren über den öffentlichen Personennahverkehr deutlich verbessert werden.

Die Nutzung der Braunkohle ist derzeit für die Wirtschaft in der Lausitz und in ganz Sachsen unverzichtbar – mit oder ohne Vattenfall. Gedankenspiele über einen sofortigen Ausstieg aus der Braunkohlenutzung lehnt die AfD als unverantwortlich und wirtschaftsschädigend ab.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die Fraktion GRÜNE Herr Abg. Dr. Lippold, bitte.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie und wir alle haben vor wenigen Wochen eine Chance bekommen: Ein großes internationales Energieunternehmen ist von seinen Eigentümern auf den Weg in eine – auch wirtschaftlich – nachhaltige Energiezukunft geschickt worden.

Wir in Deutschland gehen einen ähnlichen Weg. Wir gehen ihn, weil die Mehrheit der Menschen in diesem Land das so möchte. Da läge es doch nahe, dass man sich überlegt, ob man diesen Weg miteinander – mit diesem Unternehmen – gehen könnte, um eine Win-win-Situation zu schaffen. Sie dagegen haben es geschafft – noch bevor die Tinte unter dem Koalitionsvertrag überhaupt trocken war –, daraus eine Lose-lose-Situation zu machen.

Der Eigentümer von Vattenfall möchte ernst machen mit ernsthaftem Klimaschutz. Die Koalition meint dazu: Wenn die schwedische Regierung denn Skrupel habe, im 21. Jahrhundert für ein inzwischen durchaus zweifelhaftes und angesichts des Klimawandels auch gemeinschädliches Geschäftsmodell hier in Deutschland noch Menschen von Haus und Hof zu vertreiben, dann solle sie doch einfach an jemanden verkaufen, dem das egal ist.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Ich gestatte eine Zwischenfrage.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte.

Georg-Ludwig von Breitenbuch, CDU: Haben wir beide die Meldung richtig verstanden, dass Vattenfall die Kraftwerke nicht abrüsten, nicht zumachen, nicht entsorgen, sondern verkaufen will? Sprich: Die suchen einen Käufer. Ist das richtig?

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Ich habe von der schwedischen Regierung gesprochen, vom Eigentümer, Herr von Breitenbuch. Die schwedische Regierung hat eine Ministerrunde gebildet, die sich innerhalb der nächsten drei Monate eine Meinung bilden wird, was sie, die schwedische Regierung, möchte. Dass der Aufsichtsrat von Vattenfall vorgeprescht ist und seine Meinung – die vielleicht mit der Meinung der ostdeutschen Länder abgestimmt war – kundgetan hat, steht auf einem ganz anderen Blatt. Wir werden sehen, wo das Ganze hinläuft. Diese Entscheidung kann sicherlich davon beeinflusst werden, ob vor Ort eine Energiewende und ein Strukturwandel gemeinsam mit Vattenfall gewollt wird oder ob man einfach sagt: „Verkauft!“

Ich sprach von der Lose-lose-Situation, die entstanden ist. Es sollte sehr, sehr gute Gründe geben, sich dafür zu entscheiden, Vattenfall zum Verkauf aufzufordern, und dafür, das Ganze weiterzumachen. Einer der Gründe, die uns immer wieder genannt werden, ist die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in Sachsen. Nun spielt die Braunkohle für unsere Versorgungssicherheit in Sachsen eine große Rolle; sie liefert etwa 75 % unseres Stroms im Strommix. Ich sage Ihnen: Diese Rolle kann sie noch für lange Zeit behalten, aber Sie können trotzdem einen wirklichen Klimaschutz betreiben.

Sachsen produziert nämlich heute doppelt so viel Kohlestrom, wie wir für die Aufrechterhaltung der Energieversorgungssicherheit brauchen. Etwa 15 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr sind Überschuss; das sind etwa 50 % des gesamten deutschen Exportüberschusses im Strombereich. Das bedeutet aber auf der anderen Seite, dass Sie doppelt so viel CO₂ ausstoßen, wie zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit eigentlich nötig wäre; dass Sie doppelt so viel sächsische Kulturlandschaft abbagern; dass Sie doppelt so viel Quecksilber und andere Schwermetalle in diesem Land ausstoßen. Ohne Einstieg in den Ausstieg ist das Argument „Versorgungssicherheit“ zumindest nicht glaubwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

Was Sie hier wollen, ist, das Modell „Kohlestromexport zu Dumpingpreisen“ fortzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum das funktioniert, ist Ihnen allen klar: Das funktioniert genau so lange, wie wirklicher Klimaschutz nicht funktioniert; denn nur so lange ist das Modell kostengünstig. Das funktioniert nur so lange, wie ernsthafter Gesundheitsschutz auf der Basis des Standes der Technik nicht verlangt wird. Das funktioniert nur so lange, wie Abgaben auf Rohstoffe, die der sächsischen Erde entrisen werden, nicht verlangt werden. Damit treffen Sie aber eine Vorfestlegung. Wenn Sie dieses Geschäftsmodell wirtschaftlich halten wollen, dann können Sie keinen ernsthaften Klimaschutz unterstützen – jetzt nicht und in Zukunft nicht. Das ist aus unserer Sicht ein energie- und klimapolitischer Offenbarungseid. Man sagt, dass einem dazu nichts einfallen.

Sie sind dabei, die Chance, die uns von den schwedischen Eigentümern von Vattenfall eröffnet wurde, zu verspielen, eigentlich: zu vertun. In diesem Investitionsprozess, den Sie sicherlich unterstützen, bestehen durchaus erhebliche Risiken für den Freistaat Sachsen. Wir in der Opposition sehen es als unsere Aufgabe an, die Interessen der Menschen in Sachsen in dieser und der nächsten Generation dahin gehend zu vertreten, dass diese Risiken ihnen nicht auferlegt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Alexander Krauß, CDU: Fragen Sie mal in
der Lausitz, warum Sie nicht gewählt werden!)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wir gehen jetzt in die zweite Runde und beginnen wieder mit der Linksfraktion. Herr Abg. Böhme, bitte.

Marco Böhme, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung heute Morgen gesagt, dass Sachsen zukünftig mehr – oder: überhaupt etwas – für den Klimaschutz tun möchte. Darüber musste ich sehr schmunzeln; denn der Einzige, der etwas für den Klimaschutz hier tun will, ist momentan leider der Großkonzern Vattenfall bzw. die schwedische Staatsregierung, die diesen Konzern ökologisch und kosteneffizient umbauen will. Das finde ich richtig und unterstützenswert. Allein die drei Kraftwerke in der Lausitz stoßen nämlich so viel CO₂ aus wie der gesamte Staat Schweden bei seiner Energieproduktion. Schon das sollte uns zu denken geben. Hinzu kommt, dass die Milliarden Gewinne, die Vattenfall in den letzten Jahren aus der Verstromung der Braunkohle bekommen hat, drastisch gesunken sind; 2013 ist ein Minus von 500 Millionen Euro entstanden.

Zu dem immer wieder zu hörenden Gerede, daran hängen viele Arbeitsplätze, die Vattenfall hier geschaffen habe, hat meine Kollegin Frau Pinka schon erwähnt: Gerade einmal 2 900 Leute arbeiten in Kraftwerken und Tagebauen von Vattenfall. Allein in der Windenergiebranche sind es 5 000 Menschen, die ihren Lebensunterhalt damit verdienen. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Das müssen Sie genauso wie die Brandenburger Kollegen zur Kenntnis nehmen, wie auch meine Genossen dort.

Herr Heidan, Sie haben vorhin Greenpeace angesprochen, die die LINKE-Zentrale besetzt hat. Ich habe auch schon eine LINKE-Zentrale besetzt, nämlich in Brandenburg vor drei bis vier Jahren, als es um den Tagebauaufschluss von Nochten, denke ich, ging. Es war mir eine Herzensangelegenheit, meine eigenen Genossen unter Druck zu setzen. Ich habe aber die Klimaaktivisten dort gleich gefragt, warum sie nicht zur SPD oder, auf Sachsen bezogen, zur CDU gehen. Darauf wurde mir geantwortet, dass es dort nichts mehr bringt, da es schon zu spät und vorbei ist.

(Zuruf von der AfD: Weil es Hausfriedensbruch ist! – Alexander Krauß, CDU, steht am Mikrofon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Marco Böhme, DIE LINKE: Nein, ich würde mich jetzt gern aufregen. – Sie können dann gern eine Kurzintervention machen.

Das alles müssen wir zur Kenntnis nehmen. Meine Fraktion ist, denke ich, die einzige in Sachsen, die schon vor Jahren einen Kohleausstiegsplan gefordert hat und immer noch fordert. Nun ist es an der Zeit, das in Angriff zu nehmen. Sie haben die letzten Jahre einfach verschlafen. Dass sich jetzt der Großkonzern Vattenfall, gegen den ich schon mit Klimaaktivisten demonstriert habe, selber den Braunkohleausstieg vorstellen kann, ist in meinen kühnsten Träumen nicht vorgekommen. Diese Chance sollten wir nutzen und endlich umsetzen. Jetzt darauf zu beharren, wie es Herr Gabriel gestern gesagt hat, dass die Kohle für die nächsten Jahrzehnte unersetzlich sei und wir alles so belassen sollten, wie es bisher ist, halte ich für einen fatalen Fehler und lasse ich auch so nicht zu.

Ich lese Ihnen nun kurz die Ergebnisse des neuesten IPCC-Klimaberichtes vor, die auch immer wieder dieselben, aber auch immer wieder die dramatischsten sind: „Die weltweit beobachteten Temperaturen von Land- und Ozeanoberflächen zeigen einen Anstieg von etwa 0,85 Grad zwischen 1880 und 2012 an. Jedes der letzten drei Jahrzehnte war an der Erdoberfläche sukzessive wärmer als alle vorhergehenden Jahrzehnte seit 1850. Im Zeitraum 1901 bis 2010 ist der mittlere globale Meeresspiegel um ca. 19 cm gestiegen. Die Geschwindigkeit des Meeresspiegelanstiegs seit Mitte des 19. Jahrhunderts war größer als die mittlere Geschwindigkeit in den vergangenen zwei Jahrtausenden.“ Es geht also immer schneller und immer intensiver. „Seit 1950 wurden Veränderungen vieler extremer Wetter- und Klimaereignisse beobachtet, unter anderem ein Rückgang von kalten Temperaturextremen, die Zunahme von heißen Temperaturextremen, extrem hohen Meeresspiegelständen sowie der Häufigkeit von Extremniederschlägen und extremen Wetterereignissen.“

Auch wir in Sachsen spüren diese Auswirkungen, die im Vergleich zu dem, was uns noch bevorsteht, nahezu lächerlich erscheinen. Wenn wir es jetzt nicht schaffen, den CO₂-Ausstoß drastisch zu senken, dann müssen wir

uns vor den künftigen Generationen oder mindestens vor meiner Generation verantworten. Ich werde nicht zulassen, dass wir nichts unternehmen, und konstruktiv mit Ihnen an Lösungen arbeiten.

Eine Möglichkeit könnte es bei der aktuellen Vattenfall-Problematik sein, die zu veräußernden Kraftwerke als Freistaat zu erwerben. Darüber würde ich gern mit Ihnen in den Ausschüssen diskutieren. Wenn wir sie erworben haben, müssen wir über einen sukzessiven Ausstieg aus der Braunkohle diskutieren und auch den Beschäftigten dort eine Perspektive geben, die hoch qualifiziert sind und die wir für die Energiewende auf alle Fälle brauchen. Lassen Sie uns also nun endlich über einen Ausstiegsplan sprechen und nicht weiter an einer Technologie von gestern arbeiten. Das ist für die Zukunft unserer Region und für den Planeten.

Danke.

(Beifall bei den LINKEN –
Frank Heidan, CDU, steht am Mikrofon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Mir liegen jetzt keine Anmeldungen auf Wortbeiträge mehr vor. Herr Heidan möchte sicher eine Kurzintervention machen. Bitte sehr.

Frank Heidan, CDU: Ich möchte das Mittel der Kurzintervention zu den vorangehenden Beitrag nutzen. Herr Kollege, lesen Sie bitte einmal den Koalitionsvertrag der brandenburgischen Regierung. Diese wird von der Linksfraktion zum Teil mitgetragen. Auf Seite 19 steht: „Die Braunkohlenkraftwerke und damit verbundenen Tagebaue bieten zudem gute Arbeit für Tausende Brandenburgerinnen und Brandenburger.“

(Jan Löffler, CDU: Hört, hört!)

„Trotz des in der Lausitz schon weit fortgeschrittenen Strukturwandels sind sie damit struktur- und arbeitsmarktpolitisch, aber auch für die Kaufkraft und die Einnahmen der Kommunen in der Lausitz nach wie vor von großer Bedeutung.“ – Das sollten Sie sich einmal hinter die Ohren schreiben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Böhme, möchten Sie darauf antworten? – Nein. Herr Krauß, bitte.

Alexander Krauß, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem Thema Braunkohle und Lausitz sind uns zwei Punkte ganz besonders wichtig. Der erste sind die Arbeitsplätze und der zweite bezahlbarer, sicherer und ökologisch erzeugter Strom.

Kommen wir zu den Arbeitsplätzen. Wir haben in der Lausitz 33 500 Arbeitsplätze, die direkt oder indirekt von der Braunkohle abhängen. 33 500 Menschen und ihre Familien leben von der Braunkohle. Jetzt nenne ich einmal das Durchschnittsgehalt: 3 300 Euro. Das ist in Sachsen kein normaler Durchschnitt. Und noch einen Satz sage ich dazu. Bei Vattenfall hat das Jahr nicht nur zwölf

Monate, sondern 14,2 Monate. Das ist die Bezahlung. Dann zeigen Sie mir bitte ein anderes Unternehmen, das seine Leute so fair und ordentlich bezahlt wie die Leute, die im Bergbau oder in der Stromerzeugung tätig sind.

(Beifall bei der CDU – Dr. Jana Pinka,
DIE LINKE, steht am Mikrofon.)

Bitte.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Dr. Pinka, bitte.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Krauß, mich würde interessieren, wie Sie für Sachsen die Interessen im Aufsichtsrat von Vattenfall wahrnehmen? Wie steuern Sie im Aufsichtsrat, dass Vattenfall quasi hierbleibt, vielleicht hier Zug um Zug aus der Braunkohle aussteigt und in die erneuerbaren Energien einsteigt? Das würde mich mal interessieren.

Alexander Krauß, CDU: Es gibt eine Arbeitnehmermitbestimmung, auf die wir und viele Fraktionen hier sehr stolz sind, weil sie finden, dass Arbeitnehmer auch in Aufsichtsräte gehören. Die Arbeitnehmer haben die Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Schon klar!)

– Herr Scheel, Sie kennen die Montanmitbestimmung leider Gottes nicht. Darin können Sie einmal nachlesen, dass dort auch Externe berufen werden, und zwar aus dem Grund, damit externes Wissen einfließt. Die CDU steht zu dieser Montanmitbestimmung, und ich bin sicher, auch die SPD steht dazu, weil es ein Grundpfeiler der Demokratie ist.

Auf die Punkte, die Sie angesprochen haben, komme ich noch.

(Dr. Jana Pinka, DIE LINKE:
Meine Fragen beantworten!)

– Darauf komme ich noch zu sprechen.

Noch einmal zu den Arbeitsplätzen. Wir haben gut bezahlte, ordentliche Arbeitsplätze in der Lausitz und wir wollen, dass sie auch dort bleiben.

Wir wollen bezahlbaren, sicheren und möglichst ökologisch erzeugten Strom. Wir wollen grundlastfähigen Strom haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, schauen Sie einmal zum Fenster hinaus. Bei solchem Wetter kann man mit einer Solarzelle oder einem Windrad nichts anfangen.

(Widerspruch bei den LINKEN)

Jetzt würden die Lichter ausgehen, wenn wir Ihre Ideologie mitmachen und nur auf Wind und Sonne setzen würden.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Wir wollen auch, dass Deutschland Industriestandort bleibt. Hätten wir keinen preiswerten Strom, dann würde noch mehr Industrie aus Deutschland abwandern. Wir

wollen hier die chemische Industrie, die Papierindustrie und die Stahlindustrie haben und wir wollen nicht, dass Deutschland und Sachsen deindustrialisiert werden durch eine ideologische Politik, die von GRÜNEN und LINKEN gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Es wird immer viel über Mitbestimmung, auf die Leute hören und mehr Volksentscheide usw. gesprochen. Entschuldigung, schauen Sie doch einmal den Leuten aufs Maul. Schauen Sie einmal Ihren eigenen Wählern aufs Maul, die es auch in der Lausitz gibt. Es hat im vergangenen Jahr eine Umfrage gegeben, beauftragt von der IG BCE und von Forsa ausgeführt. Ich sage Ihnen jetzt einmal, was Ihre Wähler zum Thema Energieerzeugung aus Braunkohle sagen: 84 % der Wähler der LINKEN in der Lausitz sagen, die Braunkohle soll weiter genutzt werden. Gehen Sie doch auf Ihre Wähler zu und machen Sie Interessenpolitik für Ihre Wähler und nicht den ideologischen Blödsinn, den Sie hier verbreiten.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Das Gleiche können sich übrigens mit Abstrichen auch die GRÜNEN annehmen. Auch bei Ihnen sagen 58 %, die Energieerzeugung sollte weiter mit Braunkohle erfolgen. 58 % Ihrer Wähler, die ja zum Großteil wirklich ideologisch verblendet sind.

(Heiterkeit bei der CDU und der AfD)

Wenn man sich anschaut, wie es mit neuen Braunkohleanlagen aussieht – Kollege Heidan hat schon darauf hingewiesen, Sie haben im Koalitionsvertrag Welzow II zugestimmt. Übrigens für den Kollegen Böhme, weil er nicht mehr wusste, wogegen er eigentlich bei seiner eigenen Parteizentrale protestiert hatte: wahrscheinlich nicht gegen Nochten, denn das liegt in Sachsen. Wenn Sie in Brandenburg waren, war es wahrscheinlich Welzow II. Aber ich finde es ohnehin schon ballaballa, dass man seine eigene Parteizentrale belastet und dort gegen die eigene Politik demonstriert. Da schüttelt es einen.

(Heiterkeit bei der CDU – Frank Heidan, CDU:
Das ist der neue Typus bei den LINKEN!)

Was hat das mit innerparteilicher Demokratie zu tun? Da versuche ich doch Mehrheiten zu bilden und nicht die eigene Parteizentrale zu besetzen. Da lernt man viel dazu.

Noch zum Thema neue Tagebaue. Abgesehen vom Koalitionsvertrag, abgesehen davon, dass der Wirtschaftsminister, der in Brandenburg bis vor wenigen Tagen von Ihrer Partei kam, gesagt hat, man soll die Tagebaue kaufen oder durch den Staat übernehmen: Da sagen 73 % der Linkenwähler, wir brauchen neue Tagebaue. Nehmen Sie sich die Wünsche Ihrer Wähler zu Herzen!

Was wir nicht brauchen, ist Zwangsbeglückung durch Leute, die mit der Lausitz ganz wenig zu tun haben und sich für die Menschen nicht interessieren, durch Leute, die maximal aus Dresden zu einer Demonstration anreisen und ein Schild hochhalten. Die Leute dort wollen keinen

Sand kehren. Sie wollen eine anständige Arbeit und sichere Arbeitsplätze haben. Deswegen, finde ich, ist die Braunkohle weiterhin notwendig.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Wenn Vattenfall sagt, man prüfe einen Verkauf, so ist mir persönlich völlig egal, was auf dem Schild steht, ob da „Vattenfall“ oder ein anderer Name steht. Mir geht es um die Arbeitsplätze, mir geht es um bezahlbaren, preiswerten und ökologisch erzeugten Strom. Das ist für mich die Priorität und nicht irgendeine Ideologie. Deswegen stehen wir – und ich glaube, das kann ich auch für die Beschäftigten sagen – dem Prozess ganz offen gegenüber. Wir haben ja auch schon andere Unternehmen, wenn ich an das mitteldeutsche Revier denke. Auch diese Unternehmen leisten eine sehr gute Arbeit. Wenn das andere machen, freuen wir uns drüber.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Bitte zum Ende kommen. Die Redezeit ist überschritten.

Alexander Krauß, CDU: Ich bedanke mich ganz herzlich für die Aufmerksamkeit und wünsche der Lausitz eine sehr gute Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der AfD –
Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, steht am Mikrofon.)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Sie können eine Kurzintervention machen, wenn Sie das möchten. Bitte schön.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Dann also eine Kurzintervention; somit formuliere ich das nicht als Frage.

Es ist mir kein einziges Unternehmen bekannt – auch nicht zu DDR-Zeiten –, das ausschließlich deshalb betrieben wird, weil es Arbeitsplätze schafft. Da sollte schon ein unternehmerischer Grund dahinterstehen.

Zweitens das Thema bezahlbarer, kostengünstiger Strom. Ich hoffe schon, dass Ihnen die Zahlen vom Bundesumweltamt bekannt sind, was die Kilowattstunde Braunkohlenstrom tatsächlich an volkswirtschaftlichen Kosten produziert. Das bezahlt tatsächlich jemand. Das bezahlt vielleicht nicht der großindustrielle Stromkunde, aber das bezahlen wir alle. So viel zum Thema kostengünstiger Strom.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Krauß, bitte.

Alexander Krauß, CDU: Also, Punkt 1: Wenn Politik über Wirtschaft redet, muss sie fragen: Was ist Sinn und Zweck? Ich finde – das ist eine christdemokratische Position –, dass Wirtschaft den Menschen dienen soll. Uns geht es nicht darum, dass irgendjemand große Gewinne macht, abgesehen davon, dass das ein Staatskonzern ist und der Gewinn dann sowieso wieder einfließt. Uns geht es darum, dass Menschen Arbeit haben. Ja, genau darum geht es! Wir freuen uns über jeden Unter-

nehmer, der in Sachsen Arbeit schafft, ob das in der Braunkohle ist, in der Industrie oder sonst wo.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wir wollen nicht, dass ein Einzelner – wie das bei einzelnen Solarfreunden der Fall ist, die in Freiberg zu Hause sind – sich dann ein zweites Schloss kauft. Nein, es ist nicht unser Ziel, dass man ein zweites Schloss hat. Wir wollen, dass Leute in Arbeit sind. Und dann können wir uns gern anschauen, was Strom kostet. Da kann man sich auch einmal den Strompreis an der Strombörse anschauen. Dort kostet konventionell hergestellter Strom derzeit etwas mehr als 3 Cent pro Kilowattstunde.

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Entschuldigung, so wird er gehandelt, weil er eben sehr preiswert ist. Offensichtlich kann man damit immer noch Geld verdienen. Ansonsten würde Vattenfall kein Geld damit verdienen.

Und dann schaue ich mir mal Ihren Ökostrom an. Dort zahlt man das Zehnfache für Solarstrom. Da kommen Sie jetzt mit Preisen und sagen, die Braunkohle sei teurer. Das ist absoluter Schwachsinn. Zehn Mal mehr für Ihren Ökostrom und zehn Mal preiswerter Braunkohle! So einfach ist das.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es jetzt weiteren Redebedarf? – Frau Dr. Pinka, bitte.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir können es ja noch einmal zusammenfassen: Vattenfall hat im letzten Jahr Minus gemacht. Vattenfall wird in der Lausitz hoch subventioniert. Mining Engineering hat Minus gemacht, und dieses Minus muss ausgeglichen werden. Ich habe mir die Bilanzen angeschaut. Wir haben subventioniert, indem wir auf Feldes- und Förderabgabe durch den Einigungsvertrag verzichten.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich)

Wir verzichten auf Wasserentnahmeabgabe, und die Braunkohlensparte soll verkauft werden. Herr Gabriel will doch nicht umsonst, dass es im Paket verkauft werden soll. Es hat doch einen Grund, warum er das sagt. Es gibt zwei Sparten bei Vattenfall, die offensichtlich nicht defizitär sind. Deshalb diskutiert er doch und sagt, er wolle nur diese Rahmenbedingungen insgesamt haben. Wie er dazu kommt und wie er das gestalten will, ist mir sowieso unklar.

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Krauß?

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: – Nein, später vielleicht, Herr Krauß.

Zu Herrn Urban möchte ich sagen, die Linken wollten nie und nimmer sofort aus der Braunkohle aussteigen. Wir haben einen Parteitagsbeschluss mit dem Datum „2040“.

Den hat auch Herr Christoffers immer befolgt. Aber der war beim Ausbau erneuerbarer Energien Sachsen weit voraus. Herr Christoffers hängt wohl stärker an der Braunkohle als wir, aber er hat im Land auch umgesteuert. Das haben wir nie getan.

(Beifall des Abg. Sebastian Scheel, DIE LINKE)

Als wir unser Energiepapier vor drei Jahren verabschiedet haben, hätten wir vielleicht anspruchsvoller vorgehen sollen. Das haben wir nicht gemacht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich)

– Wenn Sie mich fragen wollen, Herr Ministerpräsident: Gern, ich stehe Ihnen zur Verfügung.

(Heiterkeit)

Ich möchte festhalten, dass ich in der letzten Legislaturperiode mehrere kleine Anfragen gestellt habe, zum Beispiel zu der Rückstellung von 1 Milliarde Euro, die Vattenfall gebildet hat. Ich habe nachgefragt, wie viel Geld wir schon für die Braunkohlensanierung durch die LMBV ausgeben mussten. Das waren 9 Milliarden Euro. Der Grundwasserwiederanstieg ist bei Vattenfall nicht bilanziell zurückgelegt. Diese Folgekosten bleiben sowieso beim Staat hängen.

(Zuruf des Abg. Alexander Krauß, CDU)

Das habe ich schwarz auf weiß als Antwort von Minister Morlok bekommen. Herr Krauß, das können Sie bei meinen kleinen Anfragen gern nachlesen. Ich wiederhole gern noch einmal, was mein Kollege Böhme angeregt hat: Wollen wir nicht Vattenfall bei seinem Ausstiegsprozess begleiten? Wollen wir nicht aufzeigen, wie man Zug um Zug aus der Braunkohle aussteigen kann, aber trotzdem hierbleibt? Wir stärken Vattenfall den Rücken beim Einstieg in die erneuerbaren Energien. Warum denn nicht?

Aber darüber will hier niemand mit uns diskutieren. Als ich irgendwann in einer aktuellen Debatte gefragt habe, warum wir uns nicht Staatsanteile gönnen wollen wie zum Beispiel das Land Niedersachsen, haben Sie mich verhöhrt und verlacht. Jetzt kommt vielleicht der Zeitpunkt, wo wir darüber nachdenken.

In Ihrer Gegend gibt es zum Beispiel eine Gruppe, die sich „Die nächste Generation“ oder so ähnlich nennt. Die sind im Spremberger Stadtrat und schlagen so etwas vor. Das können Sie im Internet nachlesen: Warum bleibt die Verstromung der Braunkohle nicht wieder in der Hand der Länder? Warum diskutieren wir nicht einmal darüber? Dann braucht Vattenfall das Land vielleicht gar nicht zu verlassen, und dann müssen wir gar nicht über die Arbeitsplätze diskutieren, sondern über einen Strukturwandel.

Vielleicht machen wir alle da einmal den Flieger voll und fliegen gemeinsam nach Schweden. Ich bin gern dazu bereit. Vertreter von Sachsen, Brandenburg und aus dem Bundestag können gern in den Flieger steigen und dann Vattenfall vom Umsteuern überzeugen. Das können wir gern gemeinsam machen. Da bin ich mit dabei.

(Heiterkeit bei den LINKEN)

Sie leugnen immer weiter, dass Sie hier einen Anteil haben. Sie haben es vor drei Jahren verpasst, eine ordentliche Strategie auf den Weg zu bringen. Sie können sich jetzt gar nicht zurückziehen. Ihre Energiestrategie war falsch. Vattenfall hat ganz konsequent das gemacht, was man uns vor drei Jahren schon aufgezeigt hat. Dieser Ausstieg ist konsequent, und er war abzusehen. Die Schuld tragen Sie und Ihre Regierung.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Ich kann jetzt keine Kurzintervention zulassen, weil die CDU-Fraktion schon zwei weg hat.

(Unruhe)

Gibt es noch weiteren Redebedarf seitens der Fraktionen? – Herr Heidan, dann nutzen Sie bitte die Redezeit.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Sie haben aber kein Aufsichtsratsmandat?)

Frank Heidan, CDU: Um diese Frage zu beantworten, Herr Scheel: Ich habe meinen eigenen Aufsichtsrat. Da habe ich genug zu tun.

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich halte es für nicht mehr lustig, Frau Dr. Pinka, was Sie hier erzählen. Wenn ein Stadtrat aus Spremberg den Vorschlag macht, ein Unternehmen zu halten, dann ist es doch dem Stadtrat unbenommen, für seinen Arbeitsplatz dort und für die Arbeitsplätze in der Lausitz zu kämpfen, weil wir es als nötig erachten, dass dort Arbeitsplätze entstehen und nicht nur die Wölfe heulen. Das müssen Sie doch endlich begreifen.

(Zuruf der Abg. Dr. Jana Pinka, DIE LINKE)

An dieser Stelle geht es um Arbeitsplätze. Und da sind wir froh und dankbar, dass Vattenfall in den letzten Jahren diesen Strukturwandel in der Lausitz vollzogen hat. Sie haben eben keinen Raubbau betrieben. Sie sind anders vorgegangen, als das bis 1989 geschehen ist. Sie haben eben auch die Folgelandschaften beseitigt. Und wenn die LMBV 9 Milliarden Euro braucht, dann sind das die Lasten, die bis 1989 durch den Raubbau in der DDR entstanden sind.

Das ist doch die Wahrheit, das müssen Sie endlich begreifen und in der Debatte verdeutlichen. Es ist wichtig, dass wir uns auch in dieser Legislaturperiode über die Energieversorgung als Wirtschaftsstandort hier in Sachsen deutlich positionieren. Solange wir keine Möglichkeit der Speicherung für erneuerbare Energien haben, so lange brauchen wir den Kohleenergieträger als grundlastfähigen Energieträger hier in unserer Region, denn sonst machen wir das zum Freizeitpark. Das kann nicht im Sinne der Wirtschaftspolitik in Sachsen sein.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der AfD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gibt es weiteren Redebedarf? – Von den Fraktionen kann ich das nicht mehr erkennen. Wünscht die Staatsregierung das Wort? – Herr Minister Dulig, bitte.

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte nie gedacht, nach zehn Jahren hier meine erste Rede halten zu dürfen, jetzt in einer anderen Rolle. Ich setze Ihr Verständnis und Ihre Fairness voraus, wenn es um die Stellungnahme der Staatsregierung geht, dass ich in kurzer Zeit in guter Zusammenarbeit mit den Fachreferenten aus dem Ministerium und in Zusammenarbeit mit der Koalition und mit dem, was im Koalitionsvertrag aufgeschrieben wurde, jetzt hier eine Meinung präsentiere und Sie sicher sein können, dass diese in den nächsten Monaten noch weiter verfestigt und differenziert wird.

Jetzt haben Sie das Thema „Lausitz nicht verkohlen – Ja zum Strukturwandel, mit oder ohne Vattenfall!“ Worüber reden wir jetzt? Diese Überschrift lässt vieles erahnen, ich bin aus Ihrem ersten Redebeitrag nicht ganz schlau geworden. Reden wir jetzt über Energiepolitik oder reden wir über den notwendigen Strukturwandel in der Lausitz? Reden wir über Nochten II oder über die Zukunft von Vattenfall? Die Debatte macht es deutlich, denn es ist eher ein Schlagabtausch, wie man es mit der Braunkohle hält. Ja oder nein? Wenn wir über eine vernünftige Energiepolitik reden, sind wir doch eigentlich schon einen Schritt weiter, weil allen bewusst ist, dass die Zukunft nicht in der Braunkohle liegt, sondern bei 100 % erneuerbaren Energien.

Bei der Frage des Zeitpunktes, des Zeitraumes und sicherlich des Weges dorthin gibt es unterschiedliche Positionen. Dort differenziert es sich auch bei uns. Wir sind schon weiter, als Ihre Diskussion gezeigt hat. Wir haben uns in der Koalition auf Ausbauziele für erneuerbare Energien verständigt. Uns ist klar, dass wir unseren Beitrag leisten wollen und müssen, aber ich halte es auch für nicht tragbar: Wir werden keine Energiewende mit einem doppelten Ausstieg organisieren können. Wir können nicht den Kernenergieausstieg und den Kohleausstieg parallel in der gleichen Dimension vornehmen. Das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Genau deshalb ist für uns die Braunkohle ein Partner der Energiewende. Wir brauchen für diesen Wandel in der Energiepolitik und in der Strukturpolitik weiterhin die Braunkohle, nicht, weil es toll ist, sondern weil es vernünftig ist. Zu der Frage, die Sie gestellt haben, weiter mit oder ohne Vattenfall, sage ich: Ja, weiter mit oder ohne Vattenfall, weil die Frage nicht am Wohl und Wehe von Vattenfall hängt. Die Entscheidung wird nicht in Sachsen getroffen, was Vattenfall betrifft, sondern in Schweden.

Sie haben ja auf die Reise Bezug genommen. Nach Ihrem Redebeitrag hätte ich mir gewünscht, dass auch Sie hingefahren wären. Vielleicht hätten Sie dann etwas mehr

Klarheit in Ihrer Einschätzung gebracht. Ich bin nach Schweden gefahren, weil ich etwas verunsichert war, nachdem es hier in Deutschland Medienberichte gab, die eine gewisse Interpretation der neuen Minderheitsregierung gebracht haben, was es damit wirklich auf sich hat.

In Schweden gibt es eine rot-grüne Minderheitsregierung, die zurzeit andere Probleme hat. Sie muss erst einmal ihren Haushalt durch den Reichstag bringen, und sie diskutiert energiepolitisch auch auf einer ganz anderen Ebene, nämlich innenpolitisch und nicht außenpolitisch. Ich finde es schon etwas bemerkenswert, lieber Kollege Lippold, wenn jetzt immer die schwedische Regierung und Schweden als Vorbild für den Ausstieg oder für eine tolle Energiepolitik genommen werden. Das finde ich schwierig, denn ich habe da meine Fragezeichen schon gesetzt. Schweden setzt auf die Kernenergie, und wir haben uns in Deutschland ganz bewusst entschieden, aus dieser Energieform auszusteigen, die Sie jetzt anscheinend gut finden, wenn es in Schweden ist. In Schweden ist Kernenergie Ökoenergie, weil diese das unter dem Emissionsgesichtspunkt sehen. Da müssen Sie einmal konsequent sein. Entweder Sie loben die Schweden, dann müssen Sie aber auch die Kernenergie mit loben, oder Sie sagen: Vorsicht, jeder sollte vielleicht seine eigene Verantwortung für die eigene Energiepolitik tragen!

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich möchte noch auf einen kleinen Widerspruch in Ihrer Debatte und in Ihrem Debattentitel hinweisen: „Ja zum Strukturwandel – mit oder ohne Vattenfall!“ Das klingt so an, als hätten wir jetzt die Chance, dass es einen Ausstieg aus der Braunkohle mit der Verkaufsoption von Vattenfall gibt. Wenn Sie konsequent wären, wäre es genau umgekehrt. Mit der schwedischen Politik hätten Sie vielleicht eine größere Chance, dass Vattenfall, indem es weiterhin das Geschäft in Sachsen hat, den Ausstieg organisiert. Der Beschluss bzw. die Verkaufsoption ist ein positives Zeichen für die Braunkohle in der Lausitz und nicht dagegen. Das müssen Sie bitte auch einmal bei Ihrer Position hinterfragen.

Ich bleibe dabei, dass die Entscheidung Vattenfall nicht in Dresden oder Potsdam getroffen wird, sondern in Schweden, aber wir als Sächsische Staatsregierung werden weiterhin ein verlässlicher Partner für Schweden und für Vattenfall sein, denn wir brauchen sie nach wie vor als Partner. Wir werden auch den Übergangsprozess organisieren, aber die Entscheidung liegt dort. Deshalb sollten wir die Debatte auf einen anderen Punkt bringen. Wir tragen hier Verantwortung für eine sichere Energieversorgung, für unser Klima, für die Arbeitsplätze in der Region. Wenn man die gesamte Lausitz nimmt, dann sind es nicht 3 000 Arbeitsplätze, sondern sie müssen die direkten und indirekten Arbeitsplätze sehen, und dann reden wir über 40 000 Arbeitsplätze und damit über 40 000 Menschen und über Schicksale in einer ganzen Region.

Der Strukturwandel in der Lausitz ist schon längst im Gange. Das ist ein langfristiger Prozess. Die Menschen in der Lausitz wissen das. Seit 1994 ist ihnen klar, welche

Konsequenzen das hat. Sie brauchen Sicherheit. Wenn Sie sagen, die Lausitz nicht verkohlen, und damit das Wortspiel nutzen, wer hier wen veräppeln, wer hier wen verkohlen will, dann sage ich Ihnen, dass die Leute Sicherheit haben wollen, wann welche Entscheidung getroffen wird. Alles andere wäre eine Verkohlung.

Die Industrie in der Lausitz ist viel stärker diversifiziert als die Industrie in Ostdeutschland. Man muss sich genau ansehen, wie viel davon im Bereich der Bergbaubranche und in anderen Bereichen vorhanden ist. Hier kann ich nur auf das IFO-Institut eingehen, das dazu eine Forschung „Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz – Bestandsaufnahme und Perspektive im Auftrag der Wirtschaftsinitiative Lausitz“ erstellt hat, in der klar differenziert wird, dass die Industrie in der Lausitz von maßgeblicher Bedeutung ist. 2010 umfassten die beiden Industriesektoren Bergbau, Energie und Wasserversorgung sowie verarbeitendes Gewerbe 29,7 % der Bruttowertschöpfung. Das ist deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Das Profil der anderen Bereiche – verstärkt Ernährungswirtschaft, Chemie und Kunststoffe sowie Metall- und Maschinenbau – beinhaltet insgesamt 46,3 % aller Industriebeschäftigten in der Lausitz.

Wir haben in der Lausitz schon so oder so einen starken Industriebesatz, der auch abhängig ist von der Braunkohle und von Bergbau und Chemie. Deshalb werden wir auch einen Strukturwandel in der Lausitz nur mit der Braunkohle hinbekommen.

Auch der Tourismus wird nicht ausreichen, selbst wenn sich dort im Rahmen der Landschaft nach Kohle viele gute Dinge entwickelt haben und weiter ausgebaut werden. Wir werden weiterhin trotzdem auf Braunkohle setzen, weil es nicht nur darum geht, Braunkohle zu verstromen, sondern man sollte die stoffliche Nutzung der Braunkohle nicht außer Acht lassen. Ja, die Lausitz wollen wir nicht verkohlen. Wir sagen Ja zum Strukturwandel, Ja zu einem Strukturwandel, den es nur mit der Braunkohle geben wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Abg. Dr. Pinka, bitte.

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE: Ich möchte nur eine kleine Kurzintervention mit Rücksicht auf das neue Amt von Herrn Dulig machen. Das ist ja genau die Krux, dass wir uns irgendwann nach der Wiedervereinigung von unseren Rohstoffen, von unseren Bodenschätzen verabschiedet haben und dass Schweden als Staatsunternehmen Eigentümer unserer Rohstoffe ist. Das ist doch das eigentliche Problem. Jetzt entscheidet ein anderer europäischer Staat über uns.

Ich würde mir wünschen, wir würden irgendwann einmal dazu kommen zu sagen: Wir Sachsen sind ein rohstoffreiches Land. Wir können unsere Rohstoffe selbst abbauen. Wir können die Gewinne aus diesen Rohstoffen hier

gebrauchen. Am Beispiel der Braunkohle kann ich sagen, ich habe dann den Prozess des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung selbst in der Hand. Ich würde mir wünschen, wir würden irgendwann einmal zu diesem Umdenken kommen. Das hat nichts mit Planwirtschaft oder sonst irgendetwas zu tun.

Andere Länder – und das habe ich hier schon mehrfach gesagt – besitzen ihre Rohstoffe. Wir haben nebenan in Polen ein Staatsunternehmen, KGHM. Die besitzen ihren Kupferschiefer. Wir haben Schweden, die besitzen ihre Lagerstätten auch. Es gibt noch andere Beispiele. Vielleicht denken wir einfach einmal darüber nach. Es muss ja nicht alles sein. Aber wenigstens kann man – ich habe das

vorhin am Beispiel Volkswagen gezeigt – zumindest Anteile an einem Unternehmen besitzen. Darüber könnten wir doch noch einmal tiefer diskutieren – vielleicht auf einer gemeinsamen Dienstreise.

(Beifall bei den LINKEN)

1. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Minister, möchten Sie darauf reagieren? – Das ist nicht der Fall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist die 2. Aktuelle Debatte abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5

1. Lesung des Entwurfs

Gesetz zur Stärkung der Informations- und Beteiligungsrechte des Sächsischen Landtages und seiner Mitglieder

Drucksache 6/136, Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Es gibt keine Empfehlung auf allgemeine Aussprache. Daher spricht nur die einreichende Fraktion. Frau Abg. Jähnigen, bitte.

Eva Jähnigen, GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern haben wir hier unsere neue Geschäftsordnung beschlossen. Uns Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN war es heute wichtig, als ersten Gesetzentwurf diesen einzubringen, der Perspektiven für die Arbeit des Parlaments aufzeigt. Wir brauchen gerade hier in Sachsen mehr staatliche Transparenz, und die Arbeitsweise des Landtages ist ein Schlüssel dazu.

Die Basis unseres demokratischen Verständnisses – so will es die Verfassung – ist: Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus. Wir Abgeordneten sind die Vertreter des Volkes. Wir sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, keine Außenstelle der Regierung und keine Vertreter einzelner Wahlkreise. Wir sollen diese Regierung legitimieren und ihre Arbeit kontrollieren. So müssen wir als Landtag arbeiten wollen und auch können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich vor, dass Sie einen Anwalt mit Ihrer Vertretung beauftragen, zum Beispiel im Verfahren um einen Bußgeldbescheid oder in einer Steuersache. Sie werden erwarten, dass er sich einen umfassenden Überblick über alle Aspekte und die Sicht der anderen Seite verschafft. Wenn er Sie vor Gericht vertritt, ohne vorher die Akten eingesehen zu haben, dann werden Sie ihm sicher ärgerlich das Mandat entziehen.

Wir Abgeordneten sind nicht Vertreter Einzelner, sondern wir vertreten die Interessen vieler, des Volkes. Wir sollen gute Gesetze für alle machen. Der mit unserem Mandat verbundene Auftrag ist sehr umfassend. Dafür brauchen wir auch umfassende und vor allem frühzeitige Informati-

onen. Dürfen wir zum Beispiel zur Wahrnehmung dieser Verantwortung Akten der Verwaltung einsehen? Bis jetzt nicht.

Wir meinen, das muss sich ändern. Es ist schwer vermittelbar, dass kommunale Abgeordnete Akten der kommunalen Verwaltung einsehen können, wir aber als Mitglieder des Landtags allein auf die Auskünfte der Regierung angewiesen sein sollen. Apropos Auskünfte der Regierung: Wir GRÜNE wollen endlich auch umfassende Antworten der Regierung auf Abgeordnetenfragen erhalten.

Wussten Sie eigentlich, verehrte neue Kolleginnen und Kollegen in diesem Hohen Hause, dass die bisherige Staatsregierung Tillich an prominenter Stelle im landesinternen Web Textbausteine zur Begründung der Verweigerung der Antworten auf Kleine Anfragen eingestellt hat? Auf viele Fragen, die wir GRÜNE in der letzten Legislaturperiode an die Regierung stellten, hätten wir mit diesen Textbausteinen die Antworten selbst schreiben können.

Mit unserem Gesetzentwurf ziehen wir klare Grenzen für künftige Antwortverweigerer. Dann müssen wir auch nicht ständig den Verfassungsgerichtshof mit dem Einklagen der Rechte auf Antwort bemühen, wie das auch andere Fraktionen tun mussten.

Im Teil 1 unseres Gesetzentwurfs soll die Sächsische Verfassung geändert werden. Das schlagen wir vor, weil es hier um die Abgrenzung und um die Verschiebung von Rechten und Pflichten zwischen der Legislative, dem Parlament, und der Exekutive, der Regierung, geht. Damit verbinden wir GRÜNE ausdrücklich das Angebot, mit anderen Fraktionen in diesem Haus über Verfassungsänderung zu verhandeln. Wir GRÜNE halten das Absenken der Quoren für Volksentscheide und ein Informationsfreiheitsrecht in der Sächsischen Verfassung für dringend

geboten. Unsere Demokratie muss für alle Menschen in Sachsen attraktiv gemacht werden. Dazu braucht es solcher Instrumente. Das ist eine zentrale politische Aufgabe, und wir fordern CDU und SPD auf, hier schnell über den Stillstand politisch unverbindlicher Prüfaufträge hinwegzukommen.

In Artikel 50 Abs. 2 unserer Verfassung wollen wir die erweiterten Informationspflichten der Regierung gegenüber dem Parlament klar regeln, zum Beispiel zu Staatsverträgen oder zu Grundsatzfragen der Landesplanung und Großvorhaben. Durch die frühzeitige – ich betone noch einmal frühzeitige – und vollständige Unterrichtung des Landtags soll es uns möglich werden, als Parlament rechtzeitig eine qualifizierende Meinungsbildung zu machen.

Mit der Einführung eines neuen Artikels 50a in die Verfassung wollen wir die frühzeitige Informationspflicht der Staatsregierung über sachsenrelevante Vorhaben der Europäischen Union und Angelegenheiten des Bundes einführen und die Beteiligung des Landtags neu regeln.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage meines Kollegen Valentin Lippmann Nr. 6/68 haben wir gerade dieser Tage erfahren, dass das in der Regierung jetzt offenbar noch offen ist. Wir meinen, das muss in Zeiten zunehmender Komplexität und teilweise auch hoher Geschwindigkeit überregionaler Politikentscheidungen Standard werden. Das von uns GRÜNEN erkämpfte Subsidiaritätsverfahren in Europaangelegenheiten im letzten Landtag war ein Kompromiss. Es ist diesem Anspruch aber noch nicht gerecht geworden. Die Aufgabe steht auch vor dem neuen Europaausschuss.

Schließlich wird mit der Neufassung des Verfassungsartikels 51 ein Frage- und Auskunftsrecht für Abgeordnete erweitert und ein Recht für Akteneinsicht eingeführt. Dieses Akteneinsichtsrecht für Landtagsabgeordnete ist in unserem Nachbarland Brandenburg gelebte Praxis. Sie haben lesen können, wie im Frühjahr dieses Jahres in einer Subventionsaffäre Abgeordnete der CDU, der GRÜNEN, der SPD und der FDP gemeinsam das Recht genutzt haben, Aufklärung über das Vorgehen des dortigen Wirtschaftsministers zu erreichen.

Im zweiten Teil unseres Gesetzentwurfs bringen wir ein Landtagsinformationsgesetz als einfaches Gesetz ein. Darin soll die Staatsregierung verpflichtet werden, dem Landtag rechtzeitig über die Vorbereitung von Gesetzen, Staatsverträgen, Kostenuntersuchungen, große Planungsvorhaben Auskunft zu geben und ihn über die Zusammenarbeit mit dem Bund, den anderen Ländern und zwischen-

staatlichen Einrichtungen zu informieren. Diese Regelungen untersetzen die verfassungsrechtlichen Neuregelungen und können die Arbeit des Parlaments für die Mitglieder der Regierungsfractionen, ebenso für die Opposition, erleichtern. Ungeplante Sonderausschusssitzungen zu solchen Fragen wie dem Glücksspielstaatsvertrag im letzten Landtag gehören dann ebenso zur Vergangenheit wie die eigentlich peinliche Tatsache, dass bisher Referentenentwürfe der Staatsregierung regelmäßig an alle möglichen öffentlichen Stellen geschickt – das ist richtig –, dem Parlament als gesetzgebender Körperschaft aber nicht einmal bekannt gemacht werden.

Das Landtagsinformationsgesetz soll die Informationspflichten der Regierung und die Beteiligungsmöglichkeiten des Landtags konkretisieren und mit dieser Klarheit – Herr Justizminister Gemkow, das lege ich Ihnen gleich zu Anfang ans Herz – zur Verwaltungsvereinfachung beitragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der neuen Koalition! Ihrem Koalitionsvertrag nach wollen Sie Ihre Regierung sehr transparent gestalten. Gratulation! Dafür sind eine stärkere Einbindung des Parlaments und die Stärkung der Abgeordnetenrechte aber unverzichtbar. Mit unserem Gesetzentwurf wollen wir die Arbeitsmöglichkeiten aller Landtagsabgeordneten in Opposition und Regierungsfraction verbessern. Deshalb hoffen wir auf eine konstruktive Diskussion unserer Vorschläge und auf Ihre Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Jähnigen.

Meine Damen und Herren! Es wird vorgeschlagen, den Gesetzentwurf zur Stärkung der Informations- und Beteiligungsrechte des Sächsischen Landtages und seiner Mitglieder federführend an den Verfassungs- und Rechtsausschuss sowie an den Europaausschuss zu überweisen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben möchte, zeigt das jetzt bitte an. – Vielen Dank. Ist jemand dagegen? – Niemand. Enthält sich jemand? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist dem Vorschlag mehrheitlich entsprochen worden. Damit ist die Überweisung beschlossen.

Meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6**Chancen der „Kulturhauptstadt Europas Breslau 2016“ zur Stärkung der sächsisch-polnischen Beziehungen nutzen****Drucksache 6/226, Antrag der Fraktionen CDU und SPD**

Die Drucksache 6/226 liegt Ihnen vor. Die Fraktionen können wie folgt Stellung nehmen: in der ersten Runde CDU, SPD, danach DIE LINKE, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung, sofern das Wort gewünscht wird.

Meine Damen und Herren! Wir beginnen mit der Aussprache. Für die CDU-Fraktion spricht Frau Abg. Fiedler. – Sie haben das Wort.

Aline Fiedler, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Breslau/Wrocław vor nunmehr drei Jahren zur Kulturhauptstadt 2016 ernannt wurde, habe ich mich sehr gefreut. Diese wunderschöne, lebendige Stadt hat den Titel und die damit verbundenen Chancen auf internationales Interesse, zahlreiche Besucher und den Aufbau nachhaltiger Beziehungen auch außerhalb des Kulturbereiches zu Recht verdient. An diesem Punkt, der Vertiefung der internationalen Beziehungen zwischen Polen und Sachsen, setzt der vorliegende Antrag an. Kultur hat viele wunderbare Eigenschaften. Eine davon ist die Eigenschaft, als Botschafter und Türöffner zu wirken. Diese Eigenschaft wollen wir nutzen und beantragen heute deshalb eine Prüfung der Präsenz des Freistaates Sachsen im Rahmen der Kulturhauptstadt.

Das Wort Prüfung ist mit Bedacht gewählt. Wir sind uns bewusst, dass die Kulturhauptstadt nicht mit einer Messe vergleichbar ist, an der wir uns einfach beteiligen können. Die Ausgestaltung liegt allein in der Verantwortung der Polen, besonders natürlich der Breslauer. Wir möchten freundlich anfragen, ob wir daran teilnehmen dürfen. Sachsen hat schon lange eine enge und gute Verbindung zu Polens viertgrößter Stadt. Mit der Ernennung zur Kulturhauptstadt bietet sich eine Gelegenheit, die Nachbarschaft zwischen Sachsen und Polen zu stärken und den Austausch und die Partnerschaft noch lebendiger zu gestalten. Dies kann eine Plattform sein, den Dialog zu intensivieren, sich besser kennenzulernen und die Vernetzung zwischen Verbänden, Vereinen und Organisationen beider Länder zu befördern.

2011 fand in Berlin die großartige Ausstellung „Tür an Tür: Polen – Deutschland: 1 000 Jahre Kunst und Geschichte“ statt. Diese Ausstellung ist mir deshalb besonders in Erinnerung geblieben, weil sie deutlich zeigte, dass unsere gemeinsame Geschichte weit vor dem 20. Jahrhundert beginnt und durch viele Gemeinsamkeiten geprägt ist. Sicher hat das 20. Jahrhundert die deutlichsten und leider auch viele schmerzhaften Spuren hinterlassen, aber eben auch Hoffnung. Am 14. November 1990, fast auf den Tag genau vor 24 Jahren, wurde die Oder-Neiße-Grenze endgültig vertraglich bestätigt, und

ein neues Kapitel der Zusammenarbeit konnte aufgeschlagen werden.

Die gerade stattfindenden Feierlichkeiten rund um den 25. Jahrestag des Mauerfalls führen uns doch immer wieder vor Augen, wie dankbar wir sein können, dass in unseren beiden Ländern Freiheit ein selbstverständliches Grundrecht ist. Dieser Glücksfall der Geschichte ist für mich genauso ein Wunder wie die Tatsache, dass es heute für uns selbstverständlich ist, zu einem fröhlichen Tagesausflug nach Breslau zu fahren, während man sich in der Generation unserer Großeltern noch unversöhnlich gegenüberstand. Dieser selbstverständliche und freundliche Umgang miteinander war vor 70 Jahren und lange danach nicht vorstellbar. Die uns heute offenstehenden Möglichkeiten sind immer wieder Ermutigung, Freiheit und Demokratie zu verteidigen und diese Verpflichtung auch an die nächste Generation weiterzutragen. Wir wollen die Vergangenheit nicht vergessen oder verschweigen, sondern einen Weg der Verständigung, einen gemeinsamen Weg im europäischen Kontext finden.

Ich hole deshalb so weit aus, weil wir für diese Gedanken immer wieder neu die Köpfe und die Herzen der jungen Menschen gewinnen müssen. Dafür brauchen wir Begegnungen, wie sie das Deutsch-Polnische Jugendwerk seit 1991 organisiert. Wir brauchen auch Möglichkeiten, wie die Kultur sie bietet. Dabei können wir auf einer guten Basis aufbauen. Nennen möchte ich beispielsweise die seit 1959 bestehende Partnerschaft zwischen Dresden und Wrocław, die nach meinem Empfinden in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen hat.

Auch die guten Erfahrungen aus der Bewerbung von Görlitz/Zgorzelec um den Titel der Kulturhauptstadt sollten in die Vorbereitungen für 2016 einfließen. Auch wenn es 2006 mit der Nominierung nicht geklappt hat: Die damals geknüpften Beziehungen halten bis heute. Das 2012 eröffnete Verbindungsbüro in Breslau ist ein guter Ansprechpartner, dem es gelingen kann, aufgebaute Kontakte und Verbindungen über das Kulturjahr 2016 hinaus zu begleiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag beinhaltet den Auftrag an die Staatsregierung, die Chance zur Vertiefung der polnisch-sächsischen Beziehungen 2016 zu nutzen und sie mithilfe der Kultur auch in andere Bereiche zu erweitern, beispielsweise Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft. Nutzen wir diese Chance, stimmen Sie unserem Antrag zu!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Fiedler. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abg. Kliese. Bitte sehr, Frau Kliese, Sie haben das Wort.

Hanka Kliese, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zwischen Sachsen und Polen besteht seit Jahrhunderten eine kulturelle und historische Beziehung, die auch mit vielen dunklen Schatten belegt ist. Sie wissen, vor 75 Jahren fand der Überfall der Deutschen auf Polen statt, dem der Hitler-Stalin-Pakt vorausging – bis heute ein Trauma für die Polen. Dies ist vor allem von russischer Seite noch nicht restlos bewältigt, aber auch wir haben noch die Möglichkeit, Vertrauen wiederherzustellen.

Es gibt verschiedene Arten, Vertrauen wiederzugewinnen. Neben den historischen Ereignissen, die sich geährt haben und die uns zum Nachdenken anregen sollten, gibt es auch freudige Ereignisse, nämlich den EU-Beitritt Polens vor zehn Jahren. Am 8. Mai 2004 ist Polen der Europäischen Union beigetreten und Mitglied in einem friedlichen Europa geworden. Ein gemeinsames, starkes und friedliches Europa kann nur gelingen, wenn wir uns in unserer Unterschiedlichkeit achten und uns als gegenseitige Bereicherung erfahren und empfinden.

So ist auch die Idee der Europäischen Kulturhauptstadt entstanden: eine Möglichkeit, den Reichtum, die Vielfalt und das gemeinsame kulturelle Erbe Europas zu zeigen. Im Jahr 2011 gab die EU bekannt, dass Breslau 2016 Kulturhauptstadt Europas werden soll. Dieses freudige Ereignis bietet Chancen, die vielfältigen sächsisch-polnischen Beziehungen weiter zu vertiefen. Daher fordern wir die Staatsregierung mit unserem Antrag auf, Möglichkeiten einer kulturellen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Kulturhauptstadt 2016 zu prüfen. Besonders wichtig war es uns im Rahmen des Antrages, dass es nicht nur um eine Präsentation des Freistaates geht. Wichtig ist uns vor allem, dass Begegnungen stattfinden und dass wir die Nähe zu unseren polnischen Nachbarn leben, und zwar nicht nur wirtschaftlich oder wissenschaftlich, sondern in Form eines kulturellen Austauschs und im gegenseitigen Kennenlernen von Menschen. Denn gerade Beziehungen zwischen Menschen, die besonders auf kulturellem Wege recht unkompliziert entstehen können, schaffen tatsächlich Vertrauen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Um solche Möglichkeiten zur Begegnung zu schaffen, haben wir übrigens auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen einen grenzüberschreitenden Kinder- und Jugendaustausch angestrebt. Das ist ein Aspekt, der uns besonders wichtig war. Wie Sie alle nachlesen können, wurde dies auch erfolgreich umgesetzt. Dafür möchte ich mich noch einmal herzlich bei all jenen bedanken, die sich bei diesen Verhandlungen besonders engagiert haben.

Kultur war und ist immer eine Brücke, um Verständnis und Verständigung zu fördern. Mit dieser Idee entstand auch die Bewerbung von Görlitz/Zgorzelec um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt 2010. Wie Sie wissen,

hat das damals leider nicht geklappt, aber trotzdem gibt es durch die gemeinsame Bewerbung Impulse, die bis zum heutigen Tag fortwirken. Diese Formen der Zusammenarbeit sollen auch hier von der Staatsregierung eingebunden werden, ebenso wie die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Städten Dresden und Breslau, eine Partnerschaft, die beide Städte übrigens bereits seit 1959 betreiben.

Im Jahr 2025 ist Deutschland wieder an der Reihe, die europäische Kulturhauptstadt stellen zu können, dann gemeinsam mit Slowenien. Der Kulturausschuss der Stadt Dresden hat in der letzten Woche einen Antrag beschlossen, eine entsprechende Bewerbung zu prüfen. Eine solche Bewerbung muss langfristig vorbereitet sein und sie muss, so wie damals in Görlitz/Zgorzelec, von einer breiten Beteiligung der Bürgerschaft getragen werden. Die Erfahrungen, die man in der engen Zusammenarbeit mit Breslau im Rahmen der Kulturhauptstadt 2016 sammelt, könnten hier einfließen. Ich denke, wir sollten auch den Versuch wagen, die Landeshauptstadt Dresden in ihren Bemühungen um eine Bewerbung zu unterstützen, ebenso wie bei Görlitz/Zgorzelec.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit diesem Antrag beauftragen wir die Staatsregierung, Möglichkeiten zu prüfen, sich im Rahmen der polnisch-sächsischen Beziehungen in das Projekt „Kulturhauptstadt 2016“ einzubringen. Wir sehen darin eine gute Möglichkeit, die Beziehungen zu unserem Nachbarland weiter zu vertiefen, den interkulturellen Dialog zu fördern und das europäische Bewusstsein zu stärken.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war Frau Abg. Kliese für die SPD-Fraktion. Nun die Fraktion DIE LINKE, Frau Abg. Klotzbücher. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Anja Klotzbücher, DIE LINKE: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorab: Ich bin erfreut und überrascht, dass die CDU und die SPD die symbolische Wirkung ihres ersten Koalitionsvertrages zum Anlass nehmen wollen, die Verbesserung der sächsisch-polnischen Beziehungen zu betonen. Dem grundlegenden Ansinnen, den 2006 durch das Europäische Parlament und den Europäischen Rat gefassten Beschluss zur Errichtung der Kulturhauptstädte Europas zu befördern, hat DIE LINKE absolut nichts entgegenzusetzen, umso mehr, da es sich hierbei um einen durch die Bürgerinnen und Bürger deutlich positiv aufgenommenen und wertvollen Antrag handelt.

Aber es lohnt sich auch hier, zweimal hinzusehen. Der Beschluss, 2006 gefasst und erst 2014 erneuert, benennt zwei wesentliche inhaltliche Kriterien, auf die das Programm der Kulturhauptstadt Europas ausgerichtet sein soll. Das wären

erstens – die europäische Dimension, also die Zusammenarbeit von Kultur- und Kunstakteurinnen und -akteuren

aus den jeweiligen Mitgliedsstaaten der EU, wodurch eine Vorstellung und Förderung der jeweiligen Region erzielt werden soll,

zweitens – das Kriterium Stadt und Bürger, also die Förderung der Beteiligung der in der Stadt und der Umgebung lebenden Menschen, die durch Unterstützung, die Erweiterung der Teilhabemöglichkeiten und vor allem durch Selbstermächtigung in diese Prozesse eingebunden werden sollen.

CDU und SPD haben dieses Konzept umgedeutet. Betrachtet man den vorliegenden Antrag und gleicht die abzustimmenden Punkte mit den Kriterien der Kulturhauptstädte ab, fällt Folgendes auf:

In Punkt 1 soll der Kontakt mit polnischen Organisatoren aufgenommen werden, in Punkt 2 sollen sächsische Institutionen aus Kultur, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft eingeladen und an den Aktivitäten beteiligt werden sowie in Punkt 4 soll – zusammengefasst und doch recht plakativ – die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Republik Polen verbessert und gestärkt werden.

Ist das alles? Wo ist dem Antrag zu entnehmen, ob und wie Sachsen Wrocław bei der Darstellung seines kulturellen Reichtums unterstützen möchte? An welcher Stelle wird an die Vorstellungen und Pläne der Stadt angeknüpft? Wurde überhaupt in Erfahrung gebracht, ob und, wenn ja, was die polnischen Organisatorinnen und Organisatoren von Sachsen erwarten? In welcher Form wird die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Antrag bedacht? Kurz und knapp: Wo ist im Antrag die konkrete Absicht erkennbar, für Wrocław einen spürbaren kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gewinn für Stadt und Umland zu erzielen, wie es seinerzeit EU-Kulturkommissarin Androulla Vassiliou bei ihrer Gratulation für Wrocław formulierte?

Der Antrag wirkt nicht zuletzt durch die konkrete Forderung nach einer angemessenen Präsenz des Freistaates Sachsen weniger kooperativ als vielmehr aufdringlich. Dieser Eindruck wird letztendlich noch dadurch verstärkt, dass die Kulturhauptstadt 2016 in ungetrübter Ignoranz nicht mit ihrem polnischen, sondern ihrem deutschen Namen bezeichnet wird. Wenigstens etwas sprachliche Sensibilität wäre gerade im Sinne des angestrebten grenzüberschreitenden Dialogs mehr als angemessen.

(Beifall bei den LINKEN –
Rico Gebhardt, DIE LINKE: Das stimmt!)

Die Schwierigkeit, dem vorliegenden Antrag von CDU und SPD zuzustimmen, besteht vor allem darin, dass er nicht eindeutig das zentrale Anliegen der Initiative um die Kulturhauptstadt Europas erfüllt.

(Sebastian Fischer, CDU, meldet
sich zu einer Zwischenfrage.)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Frau Klotzbücher, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Anja Klotzbücher, DIE LINKE: – Nein.

Dieses ist nämlich klar auf die Darstellung des kulturellen Raumes und der Vielfalt europäischer Regionen ausgerichtet und soll mitnichten als Selbstdarstellungsplattform für andere Akteure dienen. Der Freistaat Sachsen verhält sich hier, mit Verlaub, wie ein kleines nerviges Geschwisterkind, das auch dann noch so viel Aufmerksamkeit wie möglich beansprucht, wenn gerade jemand anderes Geburtstag hat.

Was ist das Fazit? Eine – wie im Antrag geplant – Forcierung nahezu ausschließlich öffentlichkeitswirksamer Unterstützung lehnen wir als zu wenig nachhaltig ab. Ziel aller Projekte sollte eine gemeinsame Strukturpolitik der Grenzregion sein sowie die Stärkung regionaler Vernetzung in Wirtschaft, Verkehr, Kultur und Sozialpolitik. Wie wäre es beispielsweise, wenn, ausgehend von der historischen Verantwortung Sachsens, Hilfe bei der Klärung der Frage der Restitution geraubter Kunstschatze während der Nazizeit angeboten würde? Auch Wrocław ist von Nazi-Kunstraub und der Nicht-Rückgabe betroffen. Genannt sei dazu zum Beispiel der Fall von Ismael Littmann, einem jüdischen Juristen aus dem ehemaligen Breslau, dessen Kunstsammlungen von mehr als 6 000 Stück während der Nazizeit geraubt und zum größten Teil nach Deutschland, auch nach Sachsen, gebracht wurden. Es wäre doch ein hervorragender Beitrag zur Unterstützung der Kultur in Wrocław und ganz Polen, wenn Kunstwerke wieder an ihren ursprünglichen Platz bzw. zu den ursprünglichen Besitzerinnen und Besitzern verbracht werden würden.

Gute Nachbarschaften sind ein Segen, aber sie müssen gepflegt werden. So begrüßenswert und wichtig die Intensivierung polnisch-sächsischer Beziehungen ist, so wenig innovativ und enttäuschend allgemein gehalten ist dieser Antrag. Wir sprechen heute lediglich über einen Schaufensterantrag, der mit bereits bestehenden und längst gefassten Beschlüssen glänzen möchte. Da meine Fraktion zwar das Anliegen der Unterstützung von Wrocław als Kulturhauptstadt Europas befürwortet, die inhaltliche Ausgestaltung jedoch wegen des alleinigen Fokus auf die Selbstdarstellung Sachsens sowie der fehlenden sprachlichen Sensibilität eine Zustimmung nicht möglich macht, empfehle ich meiner Fraktion, sich der Stimme zu enthalten.

Danke.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Klotzbücher. Eine Kurzintervention? – Herr Fischer, bitte.

Sebastian Fischer, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Hier wurde gesagt, die Verwendung des deutschen Namens von Breslau sei ignorant. Das stimmt natürlich nicht.

(Rico Gebhardt, DIE LINKE: Klar!)

Ich möchte das richtigstellen. Niemand in der Linksfraktion würde von „Moskwa“ als der russischen Hauptstadt sprechen. Niemand von Ihnen sagt „København“ zu Kopenhagen. Keiner von Ihnen sagt „Nice“ zu Nizza oder „Pari“ zu Paris. Lassen wir uns doch die Möglichkeit, die Städte mit den Namen zu bezeichnen, die sie seit Jahrhunderten tragen.

Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, dass das Wort Breslau und das Wort Wrocław sowie auch das lateinische Wort Bratislava dieselben Quellen in der Sprache haben, auch sprachsemantisch. Bitte halten wir uns daran und gestehen uns gegenseitig zu, unsere deutsche Sprache auch für ausländische Städte zu benutzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Frau Klotzbücher, möchten Sie darauf erwidern? – Das ist nicht der Fall. Wir setzen die Aussprache fort. Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abg. Hütter; Sie haben das Wort

Carsten Hütter, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Die AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag begrüßt den Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Unterstützung der Kulturhauptstadt Breslau im Jahr 2016. Die Wahl dieser Stadt zur Kulturhauptstadt Europas ist eine willkommene Gelegenheit, die guten Beziehungen zur Republik Polen in wirtschaftlicher und nachbarschaftlicher Hinsicht zu festigen und auszubauen.

Die Unterstützung dieses Projektes sollte aber an eine stärkere Berücksichtigung der kulturellen Interessen von mehr als 300 000 in Polen lebenden Angehörigen der deutschen Volksgruppe geknüpft werden. Hier bemängeln wir die zögerliche Umsetzung diverser Kulturprojekte, vor allem des deutschen Sprachunterrichts in Kindergärten und Schulen, wie er im Partnerschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland verankert wurde.

Es ist auch unsere Aufgabe als sächsische Abgeordnete, diesen Vertrag mit Leben zu erfüllen. Außerdem regen wir an, die Veranstaltungen im Jahr 2016 dazu zu nutzen, die Tourismusregion der gesamten Oberlausitz stärker zu vernetzen, damit auch in den kommenden Jahren die Erfolge der Tourismusbranche stetig verfestigt werden können.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und
des Abg. Rico Anton, CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Abg. Schubert. Bitte, Sie haben das Wort.

Franziska Schubert, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag trifft auf unsere Zustimmung. Ich möchte einige pragmatische Impulse für die vorbereitende Ausgestaltung

der sächsischen Präsenz in Breslau/Wrocław im Jahr 2016 geben.

Gestatten Sie mir als Geografin einen Exkurs ins Regionale, auf das ich gern den Fokus setzen möchte. Die ostsächsische Grenzregion, welche Sachsen und Polen verbindet, ist der Landkreis Görlitz. Ihm kommt eine besondere Funktion für die unmittelbare Begegnung zwischen Sachsen und Polen zu.

Als ersten Impuls möchte ich auf die gegenseitige Sprachkenntnis und das Erlernen der Nachbarsprache hinweisen. Im Landkreis Görlitz ist eine noch sehr junge Landesstelle für frühe nachbarschaftliche Bildung angesiedelt. Diese können wir als Ressource und als Akteur für unsere geplante sächsische Präsenz in Breslau/Wrocław nutzen. Wichtig dafür ist, dass wir eine solide Finanzierung sicherstellen.

Der zweite Impuls, den ich geben möchte, bezieht sich auf die Einbeziehung von Institutionen und Organisationen, die im Antrag zur Sprache kommen. Ich möchte dringend anregen, dass wir Projektpartner aus der interkulturellen Basisarbeit einbinden, denn dort findet Begegnung wahrhaft statt und auch die Bewusstseinsbildung mehr für das Gemeinsame als für das Trennende.

Viele solcher Basisinitiativen werden derzeit über EU-Fördermittel finanziert. Die Finanzierung für die zukünftige Arbeit ist für viele dieser Akteure in der Basisarbeit aber zurzeit sehr ungewiss. Hier ist die Staatsregierung gefordert, für diese Akteure zügig mehr Klarheit über die zukünftige europäische Förderung, insbesondere im EFRE-Bereich, zu schaffen und klare Zeithorizonte zu benennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mein dritter Impuls greift die grenzübergreifende Mobilität auf. Hier möchte ich ein wenig Wasser in den Wein gießen. In der Begründung zum Antrag wird die Entfernung zwischen Görlitz und Breslau in Autostunden angegeben, aber leider nicht in Zugreisestunden. Zehn Jahre nach dem EU-Beitritt Polens fristet der Schienenverkehr zwischen Deutschland und Polen ein Schattendasein. Die Angebote im Fernverkehr zwischen Deutschland und Polen liegen heute unter dem Stand der frühen Fünfzigerjahre.

Auf der früheren Ost-West-Magistrale Dresden – Görlitz – Wrocław gibt es keinen klassischen Fernverkehrszug mehr, während im Jahr 1996 noch 14 Züge täglich den Görlitzer Bahnhof passieren konnten. Auf der polnischen Seite hat man seine Hausaufgaben gemacht und die Infrastruktur auf dem sehr wichtigen Ost-West-Korridor ausgebaut. Es kommt noch mehr Schwung auf polnischer Seite in die Verbesserung der Bahnverbindung Dresden – Breslau, denn die polnische Staatsbahn PKP treibt die Elektrifizierung der Strecke Węliniec – Görlitz massiv voran.

Die Elektrifizierung und der Ausbau der gesamten Strecke auf fernverkehrstaugliche 160 km/h muss daher – noch

bevor wir uns mit Neubauträumen schmücken – oberste Priorität haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heutige Ersatzangebot Dresden – Breslau wird derzeit mit Nahverkehrstriebwagen des ZVON sichergestellt. Dieser finanziert dieses Angebot anteilig mit Regionalisierungsmitteln. Dadurch entstehen Mehrkosten, die der ZVON errechnet hat. Dafür müssen wir eine Lösung finden.

Die Regierungskoalition von Bund und Land ist aufgefordert, diesbezüglich Verhandlungen mit der Bahn zu führen, um wieder einen eigenwirtschaftlichen Fernverkehr zu ermöglichen. Die gut gefüllten Wagen gen Wrocław/Breslau stellen jetzt schon sicher, dass es eine Nachfrage dafür gibt. Die Bahnlinie zwischen Dresden und Wrocław ist ein strategischer Schlüssel für die Verbindung zwischen Sachsen und Mitteleuropa.

Wir geben unsere Zustimmung zu dem Antrag, werden ihn aber kritisch und konstruktiv begleiten. Dies geschieht nicht als Zwangsbeglückung, sondern mit Kenntnis dieser Region, um die es hierbei geht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das war die erste Runde. Es gibt den Wunsch nach einer zweiten Runde. Zunächst spricht für die CDU-Fraktion Herr Abg. Dr. Meyer. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Stephan Meyer, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen alle, dass die Geschichte Sachsens und Polens viele positive, aber auch negative Seiten hat. Es ist wichtig, dass wir nicht zu oft zurückblicken, sondern nach vorn schauen. Natürlich ist es wichtig, dass sich die junge Generation auch mit der negativen Seite der Geschichte beschäftigt; viel wichtiger ist es aber, dass wir uns mit Zukunftsfragen beschäftigen und weniger über sprachliche Details sprechen. Ich bin sehr oft in Polen. Dort ist es mir noch nie untergekommen, dass sich jemand beschwert hätte, dass man statt Wrocław Breslau sagt. Von daher sind das eher Randnotizen.

Meine Vorrednerin Frau Schubert hat den Antrag genutzt, um sehr clever auf Dinge hinzuweisen, die nicht unmittelbar mit der Kulturhauptstadt und dem Thema Kultur in Verbindung stehen. Es ist aber richtig, dass es gesamtgesellschaftliche Aufgaben gibt,

(Zuruf der Abg. Eva Jähnigen, GRÜNE)

die man diskutieren muss. Der Antrag ist letztlich auch in dem Zusammenhang zu sehen, dass wir die „Kulturhauptstadt Europas – Breslau 2016“ nutzen, um unsere Verbindungen nach Polen – damit meine ich nicht nur die Infrastruktur, sondern auch die wirtschaftlichen Verbindungen, die kulturellen Verbindungen und die Sicherheitsfragen – auszubauen und unsere gute Zusammenarbeit mit diesem Kulturhauptstadtthema zu verbinden.

Wir haben – das sage ich als jemand, der aus der Euroregion Neiße kommt – mit dieser Präsentation die Gelegenheit, die bestehenden Synergien weiter auszubauen. Kultur ist oft ein Botschafter, der die regionale Wahrnehmung stärkt und die nachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen intensivieren kann.

Wir haben bereits viele gute Beispiele, bei denen es funktioniert. Ich kann hierfür das Jugendsinfonieorchester Europera nennen, in dem über 200 musikalisch hochbegabte Kinder und Jugendliche aus Deutschland, aus Polen und aus Tschechien miteinander musizieren und das letztlich auch den Freistaat repräsentiert. In diesem Jahr steht dieses Jugendorchester unter der Schirmherrschaft des bisherigen und amtierenden Ministers des Innern Markus Ulbig und es präsentiert das Programm „Weltoffenes Sachsen“.

Wir haben im polnischen Teil der Europastadt Görlitz/Zgorzelec mit dem Meetingpoint Music Messiaen ein sichtbares Jugendbegegnungszentrum, in dem ebenfalls die Kultur im Vordergrund steht. Frau Dr. Stange kennt es noch aus ihrer früheren Zeit als Staatsministerin. Es ist jetzt schon gegenständlich – Sie werden es sich demnächst anschauen können. Auch hieran können wir sehen, dass sich im Jugendbereich vieles tut.

Die Kulturhauptstadtbewerbung wird von der Stadt Görlitz gegenwärtig genutzt, um einen Kunstwettbewerb auszuschreiben, bei dem es um Raumkunst, um Plastiken bzw. Skulpturen geht, die Bezug zur sächsisch-polnischen Geschichte haben. Hier gibt es bereits bestehende Kooperationen.

Ich möchte aber bei meinen Ausführungen zu dieser Kulturhauptstadtbewerbung auch auf weitere Bereiche, wie den Wissenschaftsbereich, schauen. Ich bin in dieser Woche mit Prof. Kroll vom Bundesexzellenzcluster MERGE der Technischen Universität in Breslau gewesen. Wir bereiten dort Anträge vor, bei denen die technischen Universitäten aus Polen mit unseren technischen Universitäten das Programm „Horizon 2020“ nutzen, zu denen wir bereits wissenschaftliche Kooperationen haben, die man ausbauen kann, und wo Kultur und gegenseitiges Verständnis schon vorhanden sind.

Wir haben Synergien im Maschinenbau, im Automobilbereich, in der Elektrotechnik, also vieles, das eng mit der Wirtschaft verknüpft ist. Kultur ist ein Wegbereiter, den wir nutzen sollten. Der Antrag unterstützt das Anliegen. Er unterstützt auch die Umsetzung des Koalitionsvertrages, in dem wir der Staatsregierung gleich mit einem ersten Antrag helfen wollen, die Vielfalt unserer Region mithilfe unseres Verbindungsbüros in Breslau zu nutzen und starke Regionen zu entwickeln.

Deswegen bitte ich um Ihre Zustimmung. Ich habe der Debatte bereits entnommen, dass es eine überfraktionelle Zustimmung zu dem Antrag geben kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Herr Dr. Meyer. Meine Damen und Herren, gibt es aus den Reihen der Fraktionen weitere Wortmeldungen? Mir liegen keine vor. – Das kann ich nicht feststellen.

(Aline Fiedler, CDU, meldet sich.)

– Frau Fiedler, Sie melden sich für das Schlusswort? – Ich wollte nur nachfragen.

Ich frage die Staatsregierung: Frau Staatsministerin Dr. Stange? – Bitte, Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bleibe bei der Ansprache. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich ganz herzlich für die zahlreichen Glückwünsche am heutigen Tag zu bedanken, und ich hoffe und wünsche, dass die gute Zusammenarbeit in den Jahren, in denen ich hier im Hohen Hause sowohl in der Funktion als Staatsministerin a. D. als auch in der Funktion als Abgeordnete tätig sein durfte, in der neuen Aufgabe fortgesetzt werden kann. An mir soll es nicht liegen, eine sachliche, faire, konstruktive, aber auch kritische Zusammenarbeit zu gestalten.

Ich freue mich, dass ich die Gelegenheit habe, gleich in dem neuen Amt zu einem Antrag sprechen zu dürfen, der offenbar eine breite Zustimmung findet und der nicht bei null anfängt, wenn man die Worte von Herrn Dr. Meyer, Frau Fiedler oder Hanka Kliese gehört hat.

Ich nehme sehr wohl die Anregungen wahr, die insbesondere von den GRÜNEN und den LINKEN gekommen sind. Natürlich müssen wir Sprachkenntnisse in das Blickfeld rücken, und natürlich muss die Zivilgesellschaft einbezogen werden. Das ist Sinn und Zweck der Kulturhauptstadt.

Vor wenigen Tagen, am vergangenen Freitag, tagte hier der Bundesverband der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in Deutschland. Anlässlich dieser Tagung hier in diesem Raum – ich konnte leider nicht anwesend sein, sondern erst am letzten Tag – wurde der DIALOG-Preis 2014 an Lech Wałęsa, den ehemaligen Präsidenten Polens, und an den Interregionalen Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße vergeben. Ein wunderbares Symbol ist die Übergabe dieses Preises für die Anerkennung der Bedeutung Polens und insbesondere der Solidarność auch für die friedliche Revolution, über die heute hier schon gesprochen wurde, vor 25 Jahren in Deutschland, hier in Sachsen, und damit auch für die Brücken, die zwischen dem Osten und dem Westen über Oder und Neiße schon weit vor 1989/1990 geschlagen worden sind.

Wir knüpfen mit diesem Antrag an eine jahrzehntelange Tradition der guten Zusammenarbeit in der Mitte Europas, in der wir uns mit Sachsen und mit Wrocław/ Breslau bewegen, an, dass wir diese grenzüberschreitenden Beziehungen in der Mitte Europas weiter, vor allem kulturell, gestalten wollen.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zu dem Namen der Stadt machen. Wenn man heute mit der Jugend in Polen redet, dann sagen sie ganz selbstverständlich „Breslau“. Wenn wir auf die Internetseite für die europäische Kulturhauptstadt 2016 schauen, dann steht dort ganz selbstverständlich „Breslau“. Auch mir fällt es immer wieder schwer, eine Stadt, die von einer negativen Seite deutscher Geschichte geprägt ist, mit einem deutschen Namen anzusprechen. Insofern ist es für mich nicht vergleichbar mit einer französischen Stadt oder mit einer wie Kopenhagen. Ich kann gut verstehen, dass die heutige Generation und wir uns vielleicht auch langsam daran gewöhnen, dass wir Wrocław als Breslau bezeichnen und dass das keinen negativen Touch mehr hat.

(Beifall bei der SPD und der
Abg. Cornelia Falken, DIE LINKE)

Aber in meinem Inneren bin ich immer noch dabei, Wrocław zu sagen.

Grundsätzlich soll die Benennung einer Stadt als europäische Kulturhauptstadt dazu beitragen, den Reichtum, die Vielfalt und die Gemeinsamkeit des kulturellen Erbes in Europa herauszustellen und vor allem ein besseres Verständnis der Bürger Europas füreinander zu ermöglichen. Umso besser ist es, wenn es unmittelbar im grenznahen Raum, wo die Städte und Länder aneinandergrenzen, geschieht und diese Grenzen dann tatsächlich durchlässig sind – nicht nur rein rechtlich. Dazu hat das Europäische Parlament in den Jahren 1999 und 2006 die einschlägigen Beschlüsse gefasst. Ich will sie hier nicht wiederholen.

Mit dieser europäischen Kulturhauptstadt und dem Programm „Kreatives Europa“ leistet die EU finanzielle Unterstützung und vor allen Dingen eine bessere Sichtbarkeit Europas unmittelbar in einer Region. Wenn wir mit zweijährigem Vorlauf in Richtung Wrocław blicken, so sind wir froh, dass bereits heute – wir haben es schon gehört –, insbesondere im Rahmen der Regionalpartnerschaften, in polnisch-niederschlesischen Kooperationen in der Musikkultur, in den Bereichen Theater und Ballett, aber auch Museen sich schon vieles getan hat. Wir werden nicht auf die Organisatoren zugehen und sie damit konfrontieren, dass wir uns allein präsentieren wollen, sondern wir wollen eine gemeinsame Kulturhauptstadt darstellen. Es wird uns mithin keine großen Schwierigkeiten bereiten, perspektivisch die Brücke zur europäischen Kulturhauptstadt Breslau/Wrocław 2016 herzustellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn nach der angemessenen Präsenz des Freistaates Sachsen im Rahmen der Kulturhauptstadt Wrocław 2016 gefragt ist, so ist dies zum einen abhängig von den Absichten, welche die vielfältigen Kulturakteure verfolgen. Wir stehen, glaube ich, schon noch am Anfang, wenn es konkret um diese Kulturhauptstadtbewerbung geht, ebenso im Bereich der grenzüberschreitenden Kulturarbeit.

Lassen Sie mich abschließend noch zwei Dinge erwähnen; Herr Dr. Meyer führte es bereits aus. Meetingpoint

Music Messiaen in Görlitz/Zgorzelec war mir ein Herzensanliegen. Sie erinnern sich vielleicht: Vor wenigen Monaten hatte ich der damaligen Staatsministerin von Schorlemer gedankt, dass sie die Schirmherrschaft übernommen hatte. Zu diesem Zeitpunkt war es noch nötig. Heute steht es auf eigenen Füßen und kann arbeiten. Meetingpoint Music Messiaen ist eines der besten Zeichen der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen an einem sehr, sehr schwierigen Punkt in einem Lager, in dem Unmenschliches geschehen ist und das heute europaweit genutzt wird als Kulturort für die Jugendbegegnung, als Erinnerungs- und Begegnungsstätte. Ich denke, hier haben wir noch einiges zu tun. Auch wenn es jetzt manifest geworden ist, so sollten wir es noch stärker ins Bewusstsein rufen.

Damit bin ich beim letzten Punkt. Ja, wir sollten unbedingt die Gelegenheit nutzen, den Jugendaustausch zu stärken. Ich glaube, die Jugend wird, ohne die Vergangenheit zu vergessen, Europa anders gestalten, als es meine Generation oder die Generation unserer Eltern getan hat, weil sie nicht mit der großen Last an die Gestaltung Europas und an die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen herangeht. Vielleicht kann diese Kulturhauptstadtbewerbung, diese Kulturhauptstadtgestaltung mit unserer Unterstützung einen Beitrag dazu leisten, den Jugendaustausch zu befördern und damit der Jugend eine neue Perspektive in Europa, in Polen zu eröffnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der AfD und der Staatsregierung)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Wir kommen zum Schlusswort. Für die

Fraktionen CDU und SPD spricht Frau Abg. Fiedler. Sie möchten nicht nach vorn kommen?

(Aline Fiedler, CDU: Nein!)

Da können Sie über das Internet ja nicht gesehen werden.

(Christian Piwarz, CDU: Aber sie ist hörbar!)

– Hörbar; na, gut. Geben wir uns mal Mühe.

Aline Fiedler, CDU: Vielen Dank für die Debatte. Es ist ein schönes Zeichen, dass der erste Antrag in der neuen Legislaturperiode dem Thema Kultur gewidmet ist, über den hier debattiert wurde und der, wie ich wahrgenommen habe, auf breite Zustimmung treffen wird.

In den letzten Minuten haben wir gemerkt, mit welcher Vielfalt Kultur verbunden ist und welche Themen man mit diesem Bereich verbinden kann. Ich hoffe auf eine breite Zustimmung. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen gegenüber unseren polnischen Nachbarn in Breslau/Wrocław, aber auch für das Selbstverständnis dieses Landtags. – Danke.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Frau Fiedler.

Damit kommen wir zur Abstimmung über die Drucksache 6/226. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Vielen Dank. Bei zahlreichen Stimmenthaltungen und keinen Gegenstimmen ist dieser Antrag mit großer Mehrheit beschlossen und dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 7

Schutzschirm für von Wirtschaftssanktionen gegen Russland betroffene Unternehmen aufspannen

Drucksache 6/62, Antrag der Fraktion DIE LINKE

Wir beginnen mit der Aussprache. Zunächst die Fraktion DIE LINKE, dann CDU, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung, sofern das Wort gewünscht wird. Für die Fraktion DIE LINKE spricht Herr Abg. Brünler.

Nico Brünler, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion hat Ihnen heute einen Antrag vorgelegt, der sich mit den Auswirkungen der im Zuge der Ukraine-Krise gegen Russland verhängten EU-Sanktionen und den von russischer Seite verhängten Gegenmaßnahmen beschäftigt.

Es geht uns hier nicht um den in diesem Kontext aufgetretenen außen- und sicherheitspolitischen Flurschaden und

die sich kontinuierlich zuspitzende Situation zwischen dem Westen und Russland. Sie können mir glauben, auch wir sind von dieser Entwicklung beunruhigt.

Wir haben heute in diesem Haus bereits den historischen Fall der Berliner Mauer vor 25 Jahren gewürdigt. Dieses Ereignis war nicht nur eine nationale deutsche Begebenheit; es war gewissermaßen die Überwindung des Kalten Krieges hier in Europa. Aus diesem Anlass haben vor wenigen Tagen die sicher auch hier in dieser Runde von allen anerkannten politischen Persönlichkeiten Genscher, Gorbatschow und Kissinger davor gewarnt, dass die Sanktionen gegen Russland kontraproduktiv sind, dass sie das Land weiter in die Ecke drängen und das ein neuer Kalter Krieg zwischen Ost und West droht. Von der Idee

Wandel durch Annäherung ist zumindest im Verhältnis zu Russland derzeit nichts mehr übrig.

DIE LINKE fordert derzeit im Bundestag die Bundesregierung dazu auf, in der EU darauf hinzuwirken, dass die Wirtschaftssanktionen gegen Russland möglichst umgehend aufgehoben werden, da sie mehr neue Probleme schaffen als bestehende zu lösen. Diese Einschätzung teilt in der Zwischenzeit selbst die EU-Außenkommissarin Mogherini. Ich bin sehr dankbar, dass sich im Bundestag hier eine Stimme der Vernunft erhebt.

Aber ich denke auch, dass das Problem des Fortbestandes der Sanktionen kein primäres Thema des Sächsischen Landtags ist, sondern als außenpolitisches Thema genau dahin gehört, wo es aktuell debattiert wird, nämlich in die EU und in den Bundestag.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Trotz dieses Einstieges geht es uns hier nicht um eine außenpolitische Debatte. Die Einschätzungen hinsichtlich Rechtfertigung und Sinnhaftigkeit der Sanktionen mögen hier in diesem Hause weit auseinandergehen; dessen bin ich mir mehr als bewusst. In einem Punkt sollten unsere Auffassungen aber deckungsgleich sein, wenn wir den Eid, den wir geleistet haben, ernst nehmen. Der Punkt besteht darin, dass wir Schaden vom Freistaat und seinen Bewohnern abwenden; denn Fakt ist eines, sehr geehrte Damen und Herren: Ausbaden muss die Folgen dieser Sanktionen und der von Russland erlassenen Gegenmaßnahmen derzeit die Wirtschaft. Ausbaden müssen das vor allem mittelständische Unternehmen, denen zum Teil über Nacht durch einen von der Politik erzeugten exogenen Schock ein nicht unerheblicher Teil ihres Absatzmarktes weggebrochen ist – und das nicht nur vorübergehend, sondern durch zerstörtes Vertrauen oftmals dauerhaft. Ausbaden müssen das auch die Beschäftigten, deren Arbeitsplätze auch hier in Sachsen in Gefahr sind.

Hier ist Politik, wenn sie sich zu solchen außenpolitisch motivierten Schritten durchringt, gefordert. Sie ist gefordert, negative Folgen von dadurch betroffenen unbeteiligten Dritten abzuwenden. Es geht hier nicht um ein Rundum-sorglos-Paket zur Eliminierung normaler Marktrisiken oder Absatzschwankungen – was pauschale Geschenke an Unternehmer anbelangt, sind wir als LINKE auch hinreichend unverdächtig –; es geht hier darum, dass Politik Verantwortung für das eigene Handeln übernimmt.

Wir wollen mit unserem Antrag einen Schutzschirm für sächsische Unternehmen erwirken, die infolge der von mir eingangs beschriebenen außenpolitischen Entwicklung in eine schwierige Situation geraten sind. Das betrifft die sächsischen Obstbauern, die unter russischem Boykott leiden, genauso wie Industrieunternehmen, denen Ausfuhrverbote der EU zu schaffen machen.

Dass die bisherige Staatsregierung in dieser Frage taten- und konzeptlos, ja, im Grunde desinteressiert war, kann man der Antwort des ehemaligen Wirtschaftsministers Morlok auf eine Kleine Anfrage vom Oktober entnehmen, deren Beantwortung auf den Punkt gebracht lautete,

davon wisse er nichts und das hätte ihm bisher auch keiner gesagt.

Aber vielleicht bessert sich ja die Lage im Wirtschaftsministerium in Zukunft. Auch in Erwartung dessen wollen wir hier als LINKE gern noch einmal auf dieses Problem hingewiesen haben. Es soll nicht daran scheitern, dass es angeblich wieder keiner getan hat – wobei es auch nicht richtig ist, dass auf dieses Problem bisher noch niemand hingewiesen hätte. Die Stimmen aus Wirtschaft und Gewerkschaften sind da – man muss sich schon eher große Mühe geben, will man sie nicht hören.

Im Oktober hatte der Chemnitzer Industrieverein 1828 eine Petition an die Bundesregierung gerichtet, die von rund 60 Unternehmen unterzeichnet wurde und dazu aufrief, endlich in dieser Sache tätig zu werden.

Auch der Maschinenbaverband VDMA Ost hat einen Schutzschirm für die durch die Sanktionen und Gegenmaßnahmen existenzbedrohten Unternehmen gefordert. Beides sind keine Unbekannten, sondern Verbände, die für Unternehmen mit mehreren Zehntausend Beschäftigten hier im Freistaat sprechen.

Betriebe mit Aufträgen aus Russland erhalten derzeit zum Teil keine Ausfuhrgenehmigungen mehr oder die Ausfuhr wird verzögert. In der Folge bleiben bereits abgearbeitete oder halb fertige Aufträge liegen – was zu erheblichen finanziellen Verlusten führt. Schlimmer noch: Die Geschäftsbeziehungen zu russischen Partnern werden so erheblich geschädigt und nicht selten dauerhaft zerstört – auch das übrigens nochmals ein Grund im Hinblick auf den heute noch zu debattierenden Antrag der AfD, warum eine bloße Rücknahme der Sanktionen vielen Unternehmen nicht helfen wird. So sinnvoll das als außenpolitisches Signal sein mag – wirtschaftspolitisch ist das Kind bereits in den Brunnen gefallen.

Vor allem die sächsischen Maschinen- und Automobilbauer und deren Zulieferer sind hiervon betroffen. Im Automobilbau gingen im letzten Jahr 4,5 % der sächsischen Exporte nach Russland. Im Maschinenbau war es nahezu ein Zehntel. Ein Drittel der in Russland geschäftstätigen Betriebe erwarteten Anfang Oktober Einbrüche besonders im Maschinen- und Anlagenbau von bis zu 50 % des Jahresumsatzes. Für viele ist das inzwischen vier Wochen später nicht mehr nur Erwartung, sondern bittere Realität. Erste Betriebe haben ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt, und – langfristig fast noch gravierender – Modernisierungs- und Ausbauinvestitionen in die Produktion werden nicht nur auf unbestimmte Zeit verschoben, sondern am besten gleich abgeblasen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist ein Irrglaube – man kann auch sagen, westliche Überheblichkeit – anzunehmen, dass russische Kunden ausschließlich auf deutsche Produkte angewiesen sind und nur darauf warten, reumütig wieder in Sachsen kaufen zu dürfen. Nein, die Welt ist größer und einmal verlorene Marktanteile sind schnell dauerhaft weg.

Darum gehen auch die momentan bereitgestellten Liquiditätsinstrumente wie Kurzarbeitergeld und Hermes-Bürgschaften im Kern an der Problemlage vorbei, selbst wenn sie kurzfristige Linderung versprechen. Man kann es drehen und wenden, wie man will – nicht unerhebliche Teile auch und gerade des sächsischen Mittelstandes sind unverschuldet in die Mühlen der Weltpolitik geraten.

Unser Antrag verlangt von der Staatsregierung, endlich eine Bestandsaufnahme und Prognose zum konkreten Schadensausmaß für die sächsische Wirtschaft zu erstellen und ein darauf basierendes Maßnahmenkonzept zu erarbeiten.

Wir fordern die Staatsregierung darüber hinaus auf, sich offensiv für eine angemessene finanzielle Kompensationsleistung des Bundes gegenüber den Betroffenen einzusetzen und diesbezüglich hier im Landtag Bericht zu erstatten.

Wie bereits gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, über Sinn und Unsinn von Sanktionen lässt sich trefflich streiten – über unsere Verantwortung für Arbeitsplätze in Sachsen nicht.

(Beifall bei den LINKEN und
des Abg. Holger Mann, SPD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Herr Brünler. Für die CDU-Fraktion Herr Abg. Heidan. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

Frank Heidan, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Linksfraktion thematisiert heute mit diesem Antrag die Folgen der gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen für sächsische Unternehmen und fordert eine Analyse der Folgen, eine Darstellung gegenüber der Bundesregierung, durch den Ministerpräsidenten eingeleitete Schritte sowie die fortlaufende Unterrichtung des Landtags und der Öffentlichkeit über die Entwicklung der Sanktionen und deren Folgen.

Unser Ministerpräsident Tillich hat sich frühzeitig an Bundeswirtschaftsminister Gabriel gewandt, vor allem kleinen und mittleren Unternehmen unter die Arme zu greifen. Das geschah bereits am 06.08. – Sie können gern die Meldung unter „MRD Figaro“ nachlesen. Dort betonte unser Ministerpräsident Stanislaw Tillich, dass gerade ostdeutsche Firmen besonders betroffen sind, da sie stärker als westdeutsche Unternehmen Wirtschaftsbeziehungen nach Russland unterhielten.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Was folgt daraus?)

– Warten Sie doch einmal! – Herr Gebhardt ist leider nicht anwesend – wahrscheinlich ist die Diskussion um Ihren Antrag deshalb nicht so interessant –; aber Sie, Herr Gebhardt, haben am 17.09., also über einen Monat später, in der Leipziger Internetzeitung Folgendes gefordert – ich zitiere wörtlich: „Ich erwarte vom sächsischen Ministerpräsidenten, dass er sein vornehmes Schweigen beendet und in Berlin Druck für Sachsens mittelständische Wirt-

schaft macht.“ Weiter heißt es: „Herr Tillich sollte daher umgehend die Schädigung der sächsischen Wirtschaft durch die Russland-Sanktionen zur Chefsache machen.“

Es ist sicherlich uns allen wichtig, dass wir die Firmen unterstützen. Aber an dieser Stelle muss auch darauf hingewiesen werden, warum es die Sanktionen überhaupt gibt. Die Ukraine ist ein Land, das der EU beitreten möchte, von der EU unterstützt wird und den Schutzschirm der NATO ein Stück weit in Anspruch nimmt. Dann ist es wohl rechtens, dieses Land auch auf diese Weise politisch zu unterstützen.

Wollen Sie mit Ihrem Antrag das Vorgehen Russlands rechtfertigen und deshalb die Sanktionen infrage stellen? Dass man mit Sanktionen nie gute Beziehungen aufbaut, wissen wir. Deshalb ist es wichtig, sich auch darüber noch einmal zu verständigen.

Meine Damen und Herren von den LINKEN, das einzig Positive, was ich Ihrem heutigen Antrag entnehmen kann, ist, dass wir über das Thema hier im Haus noch einmal debattieren und die Unternehmen auffordern können, sich an die entsprechenden Einrichtungen, die der Freistaat bereithält – ich komme noch darauf zu sprechen –, zu wenden und Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Natürlich soll nicht verschwiegen werden, dass vor allen Dingen sächsische Unternehmen der Land- und Ernährungswirtschaft von den Sanktionen betroffen sind. Der Anteil Russlands am Export Sachsens liegt mit 4,3 % höher als der Anteil Russlands am Export Gesamtdeutschlands, der nur 3,3 % erreicht.

Russland ist auch für die sächsische Metall- und Elektroindustrie ein bedeutender Markt. Jedes zweite deutsche Metall- und Elektrounternehmen unterhält Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. In Sachsen sind die Beziehungen zu Russland traditionell noch stärker ausgeprägt.

Der Ukraine-Konflikt belastet die Entwicklung der sächsischen Metall- und Elektroindustrie zunehmend. Aber nicht nur die Sanktionen, sondern auch die Rubelabwertung ist als maßgebliche Ursache zu nennen; Letztere verteuerte die Ausfuhren um 17 %.

Die Ausfuhren sind im ersten Halbjahr 2014 deutschlandweit um 17 bis 18 % zurückgegangen, insbesondere im Elektro- und im Automobilbereich.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Sie wollen zustimmen? Habe ich das richtig verstanden?)

Der deutliche Abwärtstrend der Exporte nach Russland im Juni hat einen noch größeren Einbruch gebracht, nämlich um 43 % gegenüber dem Vorjahr. Es ist wahrscheinlich mit weiteren Auswirkungen zu rechnen.

In der derzeitigen Situation sind aber auch Angebote vorhanden. Das müssen wir deutlich nach außen, an die sächsischen Unternehmen kommunizieren. Bewährte Instrumente, zum Beispiel das Bürgschaftsprogramm und das Beratungszentrum zur Konsolidierung, stehen bei der SAB zur Verfügung.

Für die Unternehmen, die von den Sanktionen betroffen sind, stehen die Fördermöglichkeiten des Bundes – Exportkreditgarantien, Hermes-Bürgschaften, Investitionsgarantien, zinssubventionierte Liquiditätshilfeprogramme, Darlehen der KfW – ebenso zur Verfügung wie das konjunkturelle Kurzarbeitergeld, das übrigens schon in Anspruch genommen wird.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE: Den Unternehmen brechen die Umsätze weg, Herr Kollege!)

Auch die bekannten und bewährten Förderprogramme des Freistaates Sachsen – Beratungshilfe, Bürgschaftsprogramme für Liquiditätshilfen und Betriebsmitteldarlehen, Rettungs- und Umstrukturierungsdarlehen für Unternehmen in Schwierigkeiten – können die Firmen in Anspruch nehmen. Das sollten auch Sie in Ihrer Verantwortung als LINKEN-Politiker den Unternehmen so kundtun.

Institutionen wie die Sächsische Aufbaubank und die Bürgschaftsbank – ich habe gestern extra noch einen Anruf getätigt – sind mit ihren Unterstützungsmöglichkeiten ebenfalls vor Ort. Sprechen Sie sie an! Nehmen Sie die Möglichkeiten wahr, die der Freistaat zur Verfügung stellt!

Natürlich kann keine Bank die finanziellen Verluste ausgleichen; das leuchtet wahrscheinlich jedem ein. Aber die Beihilfeprogramme können durchaus in Anspruch genommen werden. Wir sind gerüstet.

Was Sie als LINKEN-Fraktion sicherlich noch tun können: Reden Sie mit Herrn Putin, damit er mehr Demokratieverständnis aufbringt – dann wären die Sanktionen nicht mehr notwendig – und unsere sächsischen Unternehmen wieder liefern können. Das ist Ihre Verpflichtung aus längst vergangenen Tagen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Sebastian Scheel, DIE LINKE: Das rote
Telefon nach Moskau? – Heiterkeit)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Für die SPD-Fraktion Herr Abg. Vieweg. Sie haben das Wort, Herr Vieweg.

Jörg Vieweg, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Der Konflikt in der Ostukraine erfüllt mich – ich denke, das geht allen hier im Hohen Haus so – mit großer Sorge. Vor dem Hintergrund des Jubiläums „25 Jahre Mauerfall“ sage ich auch: Wir sollten versuchen, Russland besser zu verstehen, ohne dabei die völkerrechtswidrigen Aktivitäten in irgendeiner Weise zu tolerieren. Für uns zählt das Minsker Abkommen. Aus diesem Grund hat sich die Bundesregierung, hat sich Deutschland von Anfang an für eine europäische Lösung – gemeinsam mit allen Mitgliedsstaaten – eingesetzt.

Die Sanktionen – Kollege Heidan hat es angesprochen – betreffen im Wesentlichen vier Bereiche: Rüstungsgüter, mehrfach verwendbare Güter – ganz wichtig –, Hochtechnologie für die Erdölförderung, Finanztransaktionen

von Banken und Rüstungsfirmen. Russland hat mit Agrarsanktionen geantwortet.

Ja, sächsische Unternehmerinnen und Unternehmer haben Sorge um die Zukunft der wirtschaftlichen Beziehungen zu ihren Wirtschaftspartnern in Russland. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aus meiner Sicht spielen aber – auch das hat Kollege Heidan angesprochen – noch andere Kriterien eine Rolle, Kriterien, die mindestens genauso zu berücksichtigen sind: einerseits die schon angesprochene Rubelabwertung, andererseits die angeheizte Inflation und die damit in Verbindung stehende, schon länger andauernde wirtschaftliche Krise in Russland.

Für uns als Sachsen ist Russland der sechstwichtigste Handelspartner. Wir müssen und wir werden – wir tun das bereits – jedem einzelnen Unternehmen, das betroffen ist, helfen. Kollege Heidan hat die Exportgarantien und die Hermes-Bürgschaften bereits genannt. Wir nutzen aber auch das Instrument der Kurzarbeit. Das gilt für unsere Betriebe im Kammerbezirk Chemnitz genauso. Wir unterbreiten auch Angebote in der Außenwirtschaftsförderung.

Die Bundesregierung hat bereits im März reagiert und eine Beratungsstelle eingerichtet. Mit dieser Beratungsstelle wird versucht, jeder Firma, jedem Unternehmen zu helfen. In Sachsen tun wir genau das Gleiche: Die Sächsische Aufbaubank und die Sächsische Bürgschaftsbank sind sensibilisiert. Wir versuchen, jedem einzelnen Unternehmen zu helfen.

Ich komme aus Chemnitz und habe in unserem Kammerbezirk nachgefragt, wie es vor Ort wirklich aussieht. Nico Brünler, du hast vorhin schon versucht, es anzusprechen. Die Zahlen sehen aber aus meiner Sicht etwas anders aus. Wir haben im Kammerbezirk Chemnitz über 90 000 Unternehmen. Die IHK Chemnitz hat jüngst eine Konjunkturumfrage gestartet und genau danach gefragt: Wie wirken sich die Sanktionen auf die Unternehmen im Kammerbezirk Chemnitz aus? – Von den 90 000 Unternehmen sind 2,9 % – 2,9 %! – betroffen. Das betrifft hauptsächlich die Industrie, den Maschinen- und Fahrzeugbau.

(Sebastian Scheel, DIE LINKE:
Das sind doch sehr wichtige Bereiche!)

Hier aber ein Horrorszenario an die Wand zu malen und den Niedergang der sächsischen Wirtschaft heraufzubeschwören, ist aus meiner Sicht, lieber Kollege Brünler, zumindest grenzwertig.

Ich möchte an dieser Stelle aus dem Bericht der IHK über eine Veranstaltung im Oktober zitieren: „Die sächsische Wirtschaft sollte nicht als Hebel gegenüber Russland gebraucht werden. Die wirtschaftlichen Interessen vieler EU-Mitgliedsstaaten sind weniger auf den russischen Markt gerichtet.“ Das Fazit dieses Berichts: „Die jeweilige Heimatwirtschaft wird wenig oder kaum von den Embargomaßnahmen betroffen.“

Ich sage es noch einmal: Die Zahlen stimmen uns, stimmen mich mit Sorge. Russland ist für Sachsen der sechst-wichtigste Handelspartner. Wir brauchen den Zugang zum russischen Markt. Wir brauchen Rohstoffe und Energien und – zu den Dresdnern gesprochen – wir brauchen auch die russischen Touristen in der Stadt. Keine Frage. Eine Akzentverschiebung der russischen Wirtschaft hinein nach China oder in den pazifischen Raum kann nicht in unserem sächsischen Interesse sein. Wir setzen uns für einen Dialog der sächsischen Unternehmen mit der russischen Wirtschaft ein.

Lassen Sie mich zum Schluss zu Ihren drei Punkten aus dem Antrag kommen. Zum Punkt 1, Kollege Brünler. Er ist mit Ihrer Anfrage 6/94 eigentlich aus meiner Sicht erledigt. Die Antwort war ganz eindeutig. Kein einziges sächsisches Unternehmen hat Hilfen beantragt. Null. Kein einziges.

Punkt 2. Ich hatte ausgeführt, dass das Land Sachsen und die Bundesregierung handeln. Es wird sich um jedes einzelne Unternehmen gekümmert. Um auf unsere sächsischen Verhältnisse und die Verhältnisse im Landtag zurückzukommen – wir haben heute Morgen einen neuen Wirtschafts-, Arbeits- und Verkehrsminister vereidigt. Kollege Brünler, ich kann Ihnen versichern, für Martin Dulig ist Transparenz ein ganz, ganz hohes Gut. Für mich ist dies ein klassisches Thema für den Fachausschuss. Ich kann Ihnen versichern, der neue Wirtschafts-, Arbeits- und Verkehrsminister wird Sie über alle Dinge unterrichten, die wichtig sind, wird Ihnen transparent alles im Fachausschuss zeigen, und wenn Sie eigene politische Initiativen verfolgen, wird er sicherlich versuchen, das auch mit Ihnen gemeinsam umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen: Ja, die sächsische Wirtschaft und einzelne Unternehmerinnen und Unternehmer sind in Sachsen von der Krise betroffen, keine Frage. Hier ein Horrorszenario an die Wand zu malen ist aus unserer Sicht grenzwertig. Wir handeln bereits, wir reden nicht darüber, und genau aus diesem Grund, weil wir bereits handeln und nicht nur darüber reden, wird meine Fraktion diesen Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Und nun die AfD-Fraktion. Herr Abg. Wurlitzer, Sie haben das Wort.

Uwe Wurlitzer, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Die AfD begrüßt die Möglichkeit, im parlamentarischen Rahmen über die Auswirkung der Ukraine-Krise zu debattieren. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass die von den EU-Sanktionen gegenüber Russland betroffenen Unternehmen unterstützt werden müssen. Wir alle haben in den vergangenen Tagen und Wochen verfolgen können und müssen, wie stark die Wirtschaft in Sachsen davon betroffen ist. In einigen Bereichen sind Umsatzeinbußen von bis zu 50 %

zu verzeichnen. Dies ist für einen erheblichen Teil der Unternehmen existenzbedrohend.

Wir glauben allerdings, dass der Weg, den Sie einschlagen wollen, sehr geehrte Damen und Herren der Linksfraktion, nicht der richtige ist. Neue Förderprogramme und die damit verbundenen Vergaberichtlinien führen stets zu großem Verwaltungsaufwand bei Firmen und Behörden. Dieser ist besonders für kleine und mittelständische Unternehmen nur schwer zu bewältigen. Zudem kann es noch Monate dauern, bis diese Hilfen tatsächlich ausgezahlt werden. Wir halten es für nicht richtig, wenn deutsche Steuerzahler für die von der EU verhängten Sanktionen zusätzlich zur Kasse gebeten werden. Damit betreibt man lediglich eine Symptombekämpfung.

Wir befürchten, dass die Zahlung von Geldern oder Gewährung von Krediten im Rahmen von Rettungsschirmen wettbewerbsverzerrend sein und benachteiligte Unternehmen aus anderen Bundesländern und anderen Ländern der EU Schadenersatz fordern könnten. Aus diesen Gründen lehnt die AfD-Fraktion diesen Antrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Abg. Dr. Lippold. Sie haben das Wort.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Fraktion DIE LINKE! Um das europa- und außenpolitische Thema Sanktionen gegen Russland hier zu diskutieren, holen Sie sich die sächsische Wirtschaft mit aufs Podium. Dass Sie zum Thema Auswirkungen der EU-Sanktionen gegen Russland auf die sächsische Wirtschaft Analyse und Information von der Staatsregierung fordern, ist trotz der Antworten, die Sie vor einigen Tagen auf eine Kleine Anfrage zu genau diesem Gegenstand erhalten haben, noch verständlich. Dass es Ihnen aber offensichtlich zu viel Arbeit war, selbst Fakten zum Thema des Antrags zu recherchieren, bevor Sie das Plenum damit beschäftigen, ist sehr viel weniger verständlich. Wir haben das getan; denn wir reden nicht nur über die Wirtschaft, sondern ab und zu mal mit der Wirtschaft.

Wir haben viele Fakten, aber nur fünf Minuten Redezeit, deshalb nur ein konkretes Beispiel. In der Antragsbegründung bemühen Sie den Maschinenbauverband VDMA Ost. Er habe gefordert, einen Schutzschirm für Firmen aufzuspannen, die durch Sanktionen Einbußen erleiden. Das wollten wir ganz genau wissen und haben den VDMA-Ost-Geschäftsführer Herrn Reinhard Petz selbst gefragt. Ich zitiere aus seiner Antwort: „Ich habe mich weder schriftlich noch mündlich zu irgendwelchen Forderungen im Zusammenhang mit dem Russland-Embargo geäußert. Das stammt aus der ‚Freien Presse‘, aber nicht von mir. Ich hatte zwar ein allgemeines Gespräch, aber dieses Zitat nicht gebracht.“ Wie sich so etwas verbreitet, ist interessant, aber auch ein wenig befremdlich, weil es

sich auf einen Pressevermerk bezieht und nicht auf eine Originalquelle. Es wäre wirklich vorteilhaft, wenn Sie für Plenumsanträge in Zukunft etwas mehr Sorgfalt verwenden würden.

Die Einschätzung der Sächsischen Aufbaubank ist Ihnen aus der Antwort der Staatsregierung bereits bekannt. Es ist zwar richtig, dass es bei der SAB keine Sonderprogramme für Russland-Sanktionen gibt; richtig ist aber auch, dass es bereits bestehende Programme gibt, die angepasst und von betroffenen Unternehmen genutzt werden könnten. Das ist für diese Fälle sehr kurzfristig und unbürokratisch möglich. Woran es bislang allerdings völlig fehlt, ist jegliche Nachfrage nach solcher Unterstützung. Es wird Unternehmen geben, die unter Sanktionen leiden. Kommen diese in Schieflage, so ist diese teilweise politisch verursacht, denn die Sanktionen waren und sind politische Entscheidungen. Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, wenn nötig schnell und unbürokratisch zu helfen, damit die Auswirkungen der Sanktionen nicht zur Existenzbedrohung für sächsische Unternehmen werden.

Insgesamt ist die Situation, die sich auf die Sanktionen zurückführen lässt, jedoch weit weniger dramatisch, als Sie es glauben machen wollen. Eines ist in der Wirtschaft ganz ähnlich wie in der Politik: Die allgemeine Stimmungslage und die Psychologie spielen eine große Rolle. Ein als unsicher empfundenenes Klima ist sicher nicht förderlich, um Investitionen anzuschieben. Insofern hat die Landespolitik, auch hier im Haus, eine Verantwortung, bei aller außenpolitischen Diskussionsfreude nicht selbst-erfüllende Prophezeiungen zu produzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN! Einen Fensterantrag nennt man gemeinhin einen Antrag, der dazu da ist, ein Thema zu setzen, anstatt den Beschluss wirklicher Inhalte zu beantragen. So etwas ist sehr legitim im politischen Geschäft, aber sorgen Sie doch bitte gerade bei Fensteranträgen auch für den nötigen klaren Durchblick. Wenn dieser nicht gegeben ist, dann nehmen Sie nicht ausgerechnet die sächsische Wirtschaft als Fahnenhalter an diesem Fenster, an dem Sie dann Ihre Flagge hissen können. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU
und des Staatsministers Martin Dulig)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das war die erste Runde. Es gibt Wortmeldungen für eine zweite Runde, zunächst für die Fraktion DIE LINKE. Herr Tischendorf, Sie haben das Wort.

Klaus Tischendorf, DIE LINKE: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir noch ein kleines Vorwort. Ich gehe noch einmal auf die Debatte des Erinnerens von heute früh ein. Das passt hier ganz gut hin. Ich wende mich vorrangig an die Kollegen der CDU-Fraktion; die FDP-Kollegen sind uns ja leider aus bekannten Gründen abhanden gekommen. Wenn wir uns erinnern, was vor 25 Jahren in der Wendezeit gerade bei der

Generalabrechnung mit der SED eine der wichtigsten Aussagen war – das habe ich bis Mitte der Neunzigerjahre immer ganz kräftig gehört –, habe ich das heute richtig vermisst. Kennen Sie den Satz: „Nie wieder darf es sein, dass sich Politik in Wirtschaft einmisch“?

Dazu habe ich heute nichts von Ihnen gehört. Das hätte ganz gut hierher gepasst. Es hätte auch ganz gut zu unserem Antrag gepasst. Es wäre ein schöner Beitrag zur Unterstützung für unseren Antrag gewesen, um die Auswirkungen der Russlandsanktionen zu diskutieren. Ich gebe zu, nach 25 Jahren wird es auch für den eingefleischtesten Verfechter von freier Marktwirtschaft etwas lang sein, sich daran zu erinnern, aber ich wollte nur noch einmal daran erinnern, dass das durchaus in der Debatte eine Rolle gespielt hat.

Meine Damen und Herren, wir sind da anderer Meinung als mein Vorredner. Wir denken, dass dieser Antrag ein deutliches Zeichen an die sächsischen Unternehmen und an die Beschäftigten sein kann, sich über Parteigrenzen hinweg mit dem Thema EU-Sanktionen zu beschäftigen. Es wurde schon angesprochen. Die einen hören es mehr, die anderen hören es weniger. Es gibt laute Forderungen, dass man sich mit diesem Thema beschäftigen möge. Dankenswerterweise hat sich auch die Kleine Anfrage von Kollegen Neubert – ich will den Autor nennen – damit beschäftigt.

An Sie, Herr Dulig, habe ich andere Erwartungen bezüglich dessen, was Ihr Vorgänger, Herr Morlok, so geleistet hat. Seine Antwort war wohl eine seiner letzten Amtshandlungen, die er hier im Parlament vollführen durfte.

Kollege Neubert fragte nach den Folgen für die sächsische Wirtschaft. Das Erste, was der Minister darauf antwortete – ich denke, recht lustlos, weil bald Schluss war –, dass es ihm überhaupt nicht möglich sei einzuschätzen, weil er keine verlässlichen Daten habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Martin Dulig, das ist eine peinliche Antwort. Die möchte ich in Zukunft eigentlich von einem Wirtschaftsminister der SPD nicht mehr hören. Meine Fraktion erwartet von einem Mitglied der Staatsregierung, dass es eben nicht erst nach der Veröffentlichung des statistischen Jahrbuchs vom Vorjahr reagiert und der Meinung ist, er müsse politisch agieren.

Richtig wurde hier angesprochen, dass es seit dem Sommer genügend Signale und Forderungen gebe. Herr Heidan hat schon die Ausführungen von Gesamtmetall angesprochen. Das betrifft die Metall- und Elektroindustrie. Fast jedes zweite sächsische Unternehmen unterhält Kontakte. Sie haben die Abwertung des Rubels um immerhin 17 % angesprochen. Das ist eine Verteuerung, die auch vielen Unternehmen, die gar nicht von den Sanktionen betroffen sind, zu schaffen macht.

Da Sie häufig sagen, es gebe nichts Konkretes, erlaube ich mir mit Unterstützung des Präsidenten etwas zu zitieren. Das können Sie gern von mir aus auch als Kopiervorlage haben.

2. Vizepräsident Horst Wehner: Aber Sie zitieren allein?

(Unruhe)

Klaus Tischendorf, DIE LINKE: Ja, ich habe nur Ihre Erlaubnis eingeholt, Herr Präsident.

Ich zitiere jetzt aus der Presseerklärung des Präsidenten der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft, Bodo Finger. Sie ist vom 29. Oktober. Ich lese sie ganz vor:

„Die sächsischen Ausfuhren nach Russland sind im August mit minus 48 % noch stärker eingebrochen als im Juni. Besonders betroffen war im Mai der größte sächsische Wirtschaftszweig, die Metall- und Elektroindustrie. Hier ist ein Rückgang um 53 % zu verzeichnen. Damit werden die Auswirkungen des Ukraine-Konflikts für die Unternehmen immer mehr zur dauerhaften Belastung. Wenn Auftragsbücher leer bleiben oder Aufträge nicht ausgeführt werden können, gefährdet das auf Dauer Arbeitsplätze. Wer glaubt, die Firmen könnten kurzfristig neue Abnehmer für ihre Produkte und Dienstleistungen suchen, der verkennt, wie Wirtschaft funktioniert. Wirtschaft basiert auf Vertrauen, Vertrauen, das auch und im Besonderen in den guten und langjährigen Geschäftsbeziehungen mit Russland sich widerspiegelt. Diese dürfen wir nicht zerstören, sondern es muss jede Chance genutzt werden, den Konflikt zu lösen. Frieden kann es nur geben, wenn ein für beide Seiten tragbarer Kompromiss gefunden wird.“

Immerhin, Bodo Finger ist nun wirklich nicht verdächtig, der LINKEN sehr nahestehen, aber in diesem Punkt können wir die Presseerklärung, die ich gerade vorgelesen habe, richtig unterstützen.

Auch der Ministerpräsident – das wurde angesprochen – hat das schon eher erkannt und auch in der Öffentlichkeit bekannt gegeben. MDR-Figaro hat das vom Internetportal der Mittelstandsnachrichten, Herr Heidan. Dort hat nämlich am 6. August der Ministerpräsident das Interview gegeben, auf das Sie sich beziehen. Er hat auch noch einmal gesagt, dass bereits jetzt deutliche Folgen zu erkennen sind. Ich will ihn auch hier wörtlich zitieren. Er hat folgenden Satz gesagt: „Aber Verständnis allein hilft Ihnen in dieser Situation nicht.“ Richtig, Herr Ministerpräsident. Er ist schon wieder am Arbeiten.

Genau deshalb wollen wir wissen, welche Erkenntnisse der Staatsregierung nun wirklich vorliegen, welche Schritte sie ganz konkret gegenüber der Bundesregierung unternehmen will, um Hilfe für die sächsische Wirtschaft, so wie von Herrn Finger gefordert, zu erhalten.

Ich denke, das hat nichts mit der Kleinen Anfrage zu tun. Es ist auch nicht für einen Volksvertreter zu viel verlangt. Damit muss sich das Parlament und auch der Wirtschaftsausschuss relativ schnell beschäftigen. Darin stimme ich meinem Vorredner zu.

Die heutige Abstimmung wird zeigen – egal, wie Sie die Ablehnung begründen –, ob sich eine Mehrheit der Abgeordneten wirklich der Sorgen der sächsischen

Unternehmen und deren Beschäftigten und auch ihrer Familien annimmt. Darüber können Sie heute mit einem Handzeichen ganz einfach abstimmen. Unabhängig davon, wie Sie zu den Sanktionen stehen, kann ich Sie im Interesse aller Betroffenen nur auffordern, diesem Antrag zuzustimmen. Er tut niemandem weh. Er zeigt nur, dass wir als Parlament die Probleme ernst nehmen und sie nicht auf Kleine Anfragen abschieben oder abwarten, was der neue Minister dazu sagt. Hier ist das Parlament gefragt, wie es zu sächsischen Unternehmen steht.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Heidan. Herr Heidan, Sie haben das Wort.

Frank Heidan, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute schon einmal gesagt, dass man gar nicht so viel Kreide futtern kann. Um die Kreidefelsen auf Rügen mache ich mir wirklich Sorgen. Dass Sie diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Anlass nehmen, hierzu eine Debatte zu führen, obwohl Sie ganz genau wissen, dass wir heute von diesem Ort aus keine Lösung finden können, halte ich für sehr sportlich. Das halte ich für einen Missbrauch dieses Parlaments. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

(Zurufe von den LINKEN)

Wir können uns sicherlich im Wirtschaftsausschuss, wenn er wieder arbeitet, darüber verständigen. Wir können auch die entsprechenden Fachleute hinzuziehen. Ich glaube, da haben Banken, da hat die Sächsische Aufbaubank ein Wörtchen mitzureden. Dort können Sie Ihre fachlichen Dinge, die Sie hier glauben vortragen zu müssen, in die Ausschussarbeit einfließen lassen. Aber was Sie hier loslassen, ist Populismus pur. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen, weil er nicht zielführend ist. Nehmen Sie das in die Fachausschüsse, dann können wir versuchen, Lösungen herbeizuführen, aber nicht hier im Plenum.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war Herr Heidan für die CDU-Fraktion. Gibt es weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Fraktionen? – Die sehe ich nicht. Ich frage die Staatsregierung: Wird das Wort gewünscht? – Herr Staatsminister Dulig, bitte sehr. Sie haben das Wort.

Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir in unmittelbarer Nachbarschaft Krieg haben, dass es Krisen gibt, das muss uns alle belasten. Dass hier Existenzen bedroht sind, ist das Erste, was man sagen muss, bevor man über die wirtschaftliche Dimension spricht. Dass diese aktuelle Krise in der Ukraine wirtschaftliche Auswirkungen auch auf unser Land hat, ist dabei nicht von der Hand zu weisen.

Sächsische Unternehmen sind genauso von den Konflikten in der Ukraine und Russland und von den Russland-Sanktionen betroffen. Es wurde schon mehrmals gesagt, dass Russland ein sehr wichtiger Handelspartner für uns ist. Der sächsische Anteil ist höher als der im Bundesdurchschnitt. Der sächsische Anteil am Export mit Russland betrug im Jahr 2013 4,3 %, während er im Bundesdurchschnitt bei „nur“ 3,3 % lag.

Klar ist auch, dass aufgrund dieser Sanktionen die Exporte zurückgegangen sind. In den ersten acht Monaten 2014 sind sie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 16 % zurückgegangen, wenngleich sich im gleichen Zeitraum die Exporte insgesamt mit einer Steigerung um 10 % positiv entwickelt haben. Die Frage ist nur, welche Ursachen tatsächlich dafür verantwortlich sind, ob es die Sanktionen waren, ob es bereits vorher die unsichere wirtschaftliche Entwicklung Russlands war oder ob es auch schon der sich anbahnende Ukraine-Konflikt war. Jetzt herauszukristallisieren, welche Exportrückgänge direkt auf die Sanktionen zurückzuführen sind, ist schwierig und lässt sich eben nicht quantifizieren.

Tatsache ist aber, dass einzelne Unternehmen und Branchen, die einen hohen Exportanteil mit Russland haben, natürlich überdurchschnittlich vom Exportrückgang betroffen sind. Für diese Unternehmen stehen die bekannten und bewährten Fördermöglichkeiten zur Verfügung, um die erforderliche Absicherung für das laufende Russlandgeschäft zu erhalten und Liquiditätsengpässe zu überprüfen.

Unsere entsprechenden Institutionen, die Sächsische Aufbaubank oder die Bürgschaftsbank, sind sensibilisiert, schnell und unbürokratisch zu reagieren. Sollte also ein Unternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, unterstützt das Beratungszentrum die Konsolidierung der SAB bei der Erstellung von Unternehmenskonzepten und übernimmt die Moderation im Konsolidierungsprozess. Aber bislang ist dort noch kein einziges Unternehmen vorstellig geworden. Selbstverständlich werden wir die weiteren Entwicklungen genauestens beobachten und bei Bedarf auch weitere Schritte im Rahmen unserer Möglichkeiten einleiten. Die Staatsregierung empfiehlt aber die Ablehnung des Antrags.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Meine Damen und Herren, wir kommen

zum Schlusswort. Das hält die Fraktion DIE LINKE. Herr Abg. Brünler, Sie haben das Wort.

Nico Brünler, DIE LINKE: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den heute gefallenen Sachargumenten wundert es mich eigentlich schon, wie sehr Sie sich verrenken müssen, indem Sie sagen, Sie lehnen unseren Antrag ab, denn Sie bringen danach fast nur Argumente, die eigentlich dafür sprechen, dem Ganzen zuzustimmen.

(Beifall bei den LINKEN)

Noch eine kurze Bemerkung. Herr Heidan, bei Ihrer Rede hatte ich etwas den Eindruck, dass Sie nicht so richtig begriffen hatten, worum es im Grunde geht. Entweder sind Sie schon wieder so tief in ideologischen Schützengräben eingemauert, dass Sie es nicht verstehen wollen, oder Sie haben es einfach nicht gelesen. Ich weiß es nicht. Alles andere, was Sie danach aufgeführt haben, war eigentlich eins zu eins eine Begründung für unseren Antrag. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken.

Zur Geschichte mit Herrn Putin. Ich glaube, den letzten Orden an Herrn Putin hier in Dresden haben nicht wir vergeben. Da haben Sie bestimmt noch engere Kontakte.

(Beifall bei den LINKEN)

Auch die Kleine Anfrage, auf die heute schon mehrfach Bezug genommen wurde, ist gerade nicht das, was wir wollten, sondern sie ist eigentlich in unseren Augen ein Offenbarungseid des ehemaligen Wirtschaftsministers, dass bisher nichts weiter gelaufen ist; denn wo es keine Hilfsangebote gibt, kann es auch keine Nachfrage nach dem Ganzen geben.

Die Argumente in der Debatte sind gefallen. Den Unternehmen helfend unter die Arme zu greifen, ist offenkundig. Ich bitte Sie ganz herzlich, dass Sie unserem Antrag zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über die Drucksache 6/62. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt bei keinen Enthaltungen und Stimmen dafür. Dieser Tagesordnungspunkt ist damit beendet.

(Tagesordnungspunkt 8 entfällt – siehe Seite 29)

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 9**Stärkung der sächsischen Unternehmen durch Beendigung der Wirtschaftssanktionen (EU-Embargo) gegen Russland****Drucksache 6/232, Antrag der Fraktion AfD**

Wir beginnen mit der Aussprache. Zunächst die AfD, danach die CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Staatsregierung. Für die Fraktion AfD Herr Dr. Dreher.

Dr. Stefan Dreher, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die beste Lösung, ohne neue Steuergelder zu verschwenden und die Verwaltungsbürokratie aufzublähen, heißt einfach, dass die Russlandsanktionen möglichst bald aufgehoben werden müssen. Die Zuständigkeit des Landtags wurde hier angesprochen. Ich empfehle ein Studium des Artikels 64 Abs. 1 der Sächsischen Verfassung, aus dem Sie lernen können.

Die Sanktionen helfen unserer Wirtschaft nicht, sie schaden bei der Konfliktlösung. Durch die Sanktionen – das wurde mehrfach angesprochen, es ist bekannt – ist der Warenexport nach Russland beschränkt. Produkte auf den EU-Verbotslisten dürfen nicht mehr nach Russland exportiert werden und russische Banken verlieren ihre günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten auf dem westeuropäischen Kapitalmarkt. Das führt zu einem Anstieg der Zinsen in Russland und drosselt zusätzlich die russische Nachfrage nach Gütern auch in Deutschland und in Sachsen.

Deutschland ist mit einem Exportvolumen von 76,5 Milliarden Euro im Jahr 2013 Russlands Haupthandelspartner in Europa insbesondere in den Bereichen Kfz und Kfz-Teile mit 19,8 % des Exports, chemische Erzeugnisse mit 15,8 %, Maschinenbau mit 23,7 %. In Deutschland hängen allein 350 000 Arbeitsplätze vom Handel mit Russland ab.

Sachsen – Sie haben die Zahlen schon gehört, aber sie werden gern noch einmal wiederholt, dass es hängen bleibt – hatte 2013 mit 4,3 % einen höheren Exportanteil mit Russland als Deutschland insgesamt, durchschnittlich 3,3 %. Die Exportbeschränkungen treffen also in allererster Linie unsere sächsische Wirtschaft, unsere Unternehmer und Arbeitgeber. Diese Exporte sind – wir haben es schon gehört – durch die Sanktionen bereits dramatisch eingebrochen und werden durch die neuen Sanktionen noch weiter einbrechen. Im 1. Halbjahr 2014 gingen sie bereits um 15 % zurück, und ein weiterer dramatischer Rückgang ist zu erwarten.

Der deutsche Industrie- und Handelskammertag schreibt in seinem Herbstkonjunkturbericht 2014, dass in Ostdeutschland bei der Investitionsgüterindustrie und im Fahrzeugbau die Konjunkturerwartungen einbrachen. Die sächsischen Ausfuhren nach Russland gingen im Juni 2014 um 43 % zurück und im August 2014 um 48 %. Das sind dramatische Zahlen. Besonders betroffen war erneut

der größte sächsische Wirtschaftszweig, die Metall- und Elektroindustrie, mit 53 %. Auch der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, eine Interessenvereinigung deutscher Unternehmen mit Engagement in Osteuropa, warnte bereits Ende Mai vor einem Rückgang des Russlandhandels um 6,6 Milliarden Euro. 26 400 Arbeitsplätze sind akut gefährdet, die neuen Sanktionen werden das verstärken.

Die Sanktionen führen in Sachsen zu dauerhafter Arbeitslosigkeit. Das ist das Problem, warum irgendwelche Staatsprogramme hier nicht helfen; denn die bisherigen erfolgreichen Handelsbeziehungen Sachsens zu Russland werden durch andere Handelsbeziehungen mit konkurrierenden Unternehmen auf dem Weltmarkt, beispielsweise in China, ersetzt. Ich wiederhole auch gern Herrn Finger vom VSW, denn es wird nicht falsch, nur weil die LINKEN die Zahlen schon einmal gesagt haben. Wer glaubt, die Firmen könnten sich kurzfristig neue Abnehmer für ihre Produkte und Dienstleistungen suchen, der verkennt, wie Wirtschaft funktioniert. Wirtschaft fußt auf Vertrauen, das sich in langjährigen Geschäftsbeziehungen widerspiegelt, auch in Russland.

Schauen wir einmal die andere Seite an. Gewinner der Sanktionspolitik sind die Vereinigten Staaten von Amerika, denn diese haben kaum einen Güteraustausch mit Russland. Einer der führenden deutschen Mittelständler, Wolfgang Grupp von der Firma TRIGEMA, sagt, dass die Sanktionen gegen Russland nur den Vereinigten Staaten nützen und den Frieden auf unserem Kontinent gefährden. Außerdem sieht er Europa als wichtigsten Wirtschaftskonkurrenten der USA, und mit diesen Sanktionen wird Europa geschwächt.

Hinzu kommt noch etwas anderes, und das ist hier zu kurz gekommen: Sanktionen helfen nicht bei der Lösung dieses Konflikts. Im Gegenteil, Sanktionen schlagen Türen zu, durch die Geschäftspartner gehen können. Geschäftspartner hören einander zu, Konfliktparteien kaum oder gar nicht. Konfliktparteien sprechen übereinander, Geschäftspartner reden miteinander. Die aktuelle Blockadepolitik – das ist der dritte Punkt – schadet auch dem Vertrauen der Wirtschaft in die Verlässlichkeit der Bundesregierung.

Zunächst hatte die deutsche Politik die Unternehmer aufgefordert, in Russland zu investieren, und jetzt kommt die Rolle rückwärts. Man zwingt sie mit Sanktionen, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu russischen Unternehmen auf Eis zu legen. Das ist schädlich für die deutsche und insbesondere die sächsische Wirtschaft.

Meine Damen und Herren! Gerade haben wir 25 Jahre Mauerfall gefeiert, und doch sind wir gerade dabei, eine

neue Mauer, eine Wirtschaftsmauer, die Europa spaltet, zu unser aller Schaden auf beiden Seiten der Mauer, aufzubauen.

Ich möchte schließen mit den Worten eines großen deutschen Politikers, Helmut Schmidt: „Sanktionen sind dummes Zeug.“

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Nun die CDU-Fraktion. Herr Abg. Heidan, Sie haben das Wort.

Frank Heidan, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Petry, nehmen Sie es mir bitte nicht übel, aber vor der Wahl ist es immer einfacher zu sagen, wir wollen effektiv sein, wir wollen den Landtag verkleinern. Es wäre angebracht gewesen, dieses Thema, das wir eben mit dem Antrag der LINKEN besprochen haben, in die Diskussion als einen Tagesordnungspunkt hineinzunehmen.

(Dr. Frauke Petry, AfD: Das hätten wir gern gemacht! – Zurufe von der AfD)

Das sehe ich als effektive Arbeit. Dass es Ihnen jetzt nicht gelungen ist, können Sie als Beleg dafür nehmen, dass der Antrag der LINKEN eher ein Schaufensterantrag war. Ich weiß nicht, wie die Gespräche geführt worden sind, wenn Sie sich nicht einig konnten.

(Kerstin Köditz, DIE LINKE: Was soll denn das?!)

Es ist Usus, zu einem Thema nur einen Tagesordnungspunkt zu haben. Dort können viele Anträge hineinfließen.

Ich glaube, wir haben eben von Dr. Dreher noch einmal dieselben Argumente gehört, die wir bereits ausgetauscht haben. Unsere Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen;

(Dr. Frauke Petry, AfD: Das wäre auch sehr überraschend gewesen!)

denn die Argumentation dieses Antrags war der des Antrags der LINKEN auffallend ähnlich.

(Dr. Stefan Dreher, AfD: Ich habe das ganz bestimmt allein geschrieben!)

Deshalb können wir diesem nicht zustimmen.

Dass Sie besondere Beißempfindungen haben, wenn Sie von EU-Embargo sprechen, ist klar. Wir wissen, dass bei Ihnen, wenn EU draufsteht, immer Teufelszeug vermutet wird. Wir hatten uns in dem letzten Tagesordnungspunkt darüber verständigt, warum es die Sanktionen gibt. Die machen uns alle nicht glücklich. Das sage ich an der Stelle deutlich. Bodo Finger hat das gesagt. Es ist schön, wenn sich die LINKEN die Worte von Bodo Finger aneignen. Vielleicht fruchtet es; vielleicht fruchtet es in der Zukunft.

Wir haben die Aufgabe, der sächsischen Wirtschaft beizustehen. Nehmen Sie Ihren Antrag zum Anlass, dass

wir das in den Wirtschaftsausschuss hineinragen und der Minister dementsprechend informieren kann. Lassen Sie uns darüber nicht nur debattieren, sondern auch handeln.

Vielen herzlichen Dank. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Nun die Fraktion DIE LINKE. Herr Abg. Brünler, bitte.

Nico Brünler, DIE LINKE: Wir als LINKE werden diesem Antrag nicht zustimmen. Ich habe es vorhin schon gesagt. In unseren Augen greift er zu kurz, weil er das langfristige Problem, das die Wirtschaft mit den bereits bestehenden Sanktionen hat, nicht aufgreift, selbst wenn die Sanktionen abgeschafft werden. Das Kind ist in den Brunnen gefallen.

Eine kurze Randbemerkung noch einmal an Sie, Herr Heidan: Ein kleines bisschen bin ich inzwischen schon belustigt, dass Sie nicht in der Lage sind, den Unterschied zwischen unserem Antrag und dem AfD-Antrag zu erkennen.

(Beifall bei der AfD)

Das bestätigt mich etwas in meiner Vermutung von vorhin, dass Sie den Antrag in seiner Bedeutung bzw. inhaltlich nicht wirklich erfasst haben.

(Beifall bei den LINKEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Das war jetzt, wie ich das festgestellt habe, ein Debattenbeitrag, der in aller Regel hier vorn vom Rednerpult zu halten ist. Ich war der Meinung, Sie wollten eine Kurzintervention halten. Es war aber keine Kurzintervention.

Meine Damen und Herren! Wir fahren fort mit der SPD-Fraktion. Herr Abg. Baumann-Hasske, Sie haben das Wort.

Harald Baumann-Hasske, SPD: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was ich jetzt sagen möchte, hätte man eben auch schon sagen können. Die Themen vermischen sich jetzt. Was mich ein bisschen wundert, ist, dass wir hier eine Debatte führen, die sehr stark außen- und sicherheitspolitisch geprägt ist. Verzeihen Sie, ich bin neu hier. Ich hatte nicht erwartet, dass wir außen- und sicherheitspolitische Diskussionen führen. Aber sei es drum.

Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe jetzt überall gehört, wie furchtbar diese Sanktionen sind. Ich glaube, wir haben Einigkeit darin, dass die Sanktionen für den Freistaat Sachsen und für die sächsische Wirtschaft nicht positiv sind. Ich glaube, dass unsere Unternehmen in Sachsen darunter leiden. Aber ich glaube, wir müssen auch darüber nachdenken, warum diese Sanktionen verhängt worden sind. Man kann sich lange darüber streiten, ob das Instrumente sind, die man anwenden

sollte. Nur muss man sich dann auch darüber klar werden, wo die Alternativen liegen.

Meine Damen und Herren! Aktuell rollen über die Grenze von Russland in die Ukraine Panzer und Lieferungen von Waffen. So sagt es die OSZE, die, glaube ich, nicht unbedingt besonders tendenziös berichtet. Die Alternative würde doch lauten, nichts zu tun oder mit ähnlichen Waffen dort einzugreifen. Ich halte es eher für einen Fortschritt – und einen Fortschritt der letzten 25 Jahre –, dass die Europäische Union heute über ein Instrumentarium verfügt, dass in dem Fall, wenn Aggression auftritt, mit anderen Mitteln reagiert werden kann als mit einer kriegerischen Auseinandersetzung. Ich glaube, das, was dort getan wird, provoziert normalerweise und hätte vor wenigen Jahrzehnten eine kriegerische Auseinandersetzung provoziert.

Dann sind Sanktionen meines Erachtens doch eher verhältnismäßig und sehr viel weniger problematisch, als wenn man tatsächlich heraufbeschwören würde, die nächste kriegerische Auseinandersetzung in Europa anzufangen.

Meine Damen und Herren! Ich habe bei dem vorangegangenen Debattenpunkt von Herrn Wurlitzer von der AfD gehört, einer der Gründe sei auch, der deutsche Steuerzahler müsse für die Sanktionen der EU zahlen, was er nicht soll. Ich hoffe, ich habe das richtig verstanden. Es war akustisch nicht gut. Ich glaube, wir müssen uns darüber klar werden, dass das, was die EU an Sanktionen verhängt hat, unsere Sanktionen sind. Wir sind die EU. Das außen- und sicherheitspolitische Instrumentarium, das da zum Einsatz kommt, ist so deutsches Instrumentarium wie das der ganzen EU. Jeder EU-Steuerzahler muss dafür einstehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hatte bei Vorbereitung meines Beitrags erwartet, dass heute Herr Gorbatschow zitiert wird, der in diesen Tagen Europa und den Westen daran erinnert hat, dass man Russland nicht in die Ecke drängen dürfe und dass Europa und der Westen vor 25 Jahren auf dem Weg zur Deutschen Einheit Versprechen gegeben haben, die man einfordere. Ich glaube, da ist etwas dran. Ich glaube, dass es in der Zeit danach eine ganze Reihe von Angeboten gab.

Wir wissen, dass Herr Putin im Deutschen Bundestag eine europäische Freihandelszone unter Einbeziehung Russlands angeboten hatte. Ich glaube, es wäre besser gewesen, darauf wie auch immer einzugehen, statt es offensichtlich einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen. Ich glaube aber auch, das erklärt nur etwas. Das macht es vielleicht nachvollziehbar. Ich glaube nicht, dass es etwas rechtfertigt, was dort gerade geschieht.

Deshalb meine ich, wir müssen auf diese Dinge reagieren. Wir können nicht einfach sagen, wir gehen zur Tagesordnung über, sollen die doch dort in der Ukraine machen, was sie wollen. Es muss etwas passieren. Solange die jetzt anstehenden Verhandlungen nicht zu einem Ergebnis

führen, das deeskaliert, so lange, meine ich, werden wir von den Sanktionen nicht herunterkommen, so unangenehm sie für uns selbst und für unsere Wirtschaft sind.

Deshalb, meine ich, sollten wir nicht dieses Instrument Sanktionen angreifen, weil es im Moment populär ist. Wir sollten das Gefühl, das viele Bürgerinnen und Bürger haben, dass man Russland nicht unter Druck setzen sollte, weil man Russland dankbar sein müsste, nicht zweckentfremden. Dieses Gefühl gilt einem Russland Gorbatschows. Es gilt, glaube ich, nicht dem Russland Putins heute; denn Putin ist im Moment derjenige, der aggressiv ist. Die Sanktionen sind die geringstmöglichen Mittel, die man einsetzen kann, um das aufzufangen.

Deswegen noch einmal zurück zu den Kompetenzen. Eigentlich ist Außen- und Sicherheitspolitik nicht etwas, was wir hier diskutieren sollten. Ich verstehe, dass sich der Sächsische Landtag auch damit befassen will, aber eigentlich ist Außen- und Sicherheitspolitik nach den Artikeln 73 und 74 des Grundgesetzes Aufgabe der Bundesregierung.

(Zuruf von der SPD: Dazu gibt es den Bundesrat!)

Wir sollten versuchen, in diesem Hohen Hause Probleme Sachsens zu lösen, und zwar ganz konkrete Probleme Sachsens. Wirtschaftssanktionen sind Aufgabe des Bundes, nicht unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und
vereinzelt bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Nun spricht Herr Abg. Dr. Lippold für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben das Wort, Herr Lippold.

Dr. Gerd Lippold, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Schon der Antrag der Linksfraktion sorgt ja für Nachdenken darüber, auf Basis welcher Faktenlage sie zu der Auffassung kommt, in Sachsen brauchten gerade die durch Sanktionen gegen Russland betroffenen Unternehmen einen speziellen Schutzschirm, wobei das ja auch durch die Themen Rubelabwertung, russische Wirtschaftskrise, Ölpreisentwicklung etc. überlagert wird.

Der Antrag der AfD zeigt aus unserer Sicht jedoch, dass es immer noch schlimmer geht.

(Lachen bei der AfD)

Die Forderung, die Staatsregierung möge sich im Bund dafür einsetzen, dass dieser sich in der EU dafür starkmacht, die Sanktionen gegen Russland sofort zu beenden, wollen wir gern als einen Versuch inhaltlicher parlamentarischer Arbeit verstehen. Die Begründung hingegen ist abenteuerlich. Da wird von massiven Arbeitsplatzverlusten gesprochen, völlig egal, was die Zahlen sagen. Ich will Ihnen gern sagen, wann massive Arbeitsplatzverluste drohen: Wenn die Wählerinnen und Wähler Sie jemals in die Lage versetzen sollten, Ihre europafeindliche Politik

umsetzen zu können, dann drohen massive Arbeitsplatzverluste.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Stefan Dreher, AfD: Wir haben Wirtschaftssachverstand!)

Das wird nicht geschehen.

Während es DIE LINKE bundesweit sehr gut schafft, auch ohne harte Fakten ihre Meinung zu organisieren, müssen Sie bei der AfD das mit den Meinungen noch üben.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Dreher, AfD)

Da geht regelrecht ein Riss durch Ihre Partei. Während sich Herr Gauland russlandfreundlich äußert – ähnlich wie Sie –, haben sich Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel ganz klar für Sanktionen gegen Russland ausgesprochen.

(Dr. Frauke Petry, AfD:

Da haben Sie nicht genau gelesen!)

So wird das nichts mit dem Agenda-Setting im Sächsischen Landtag.

Zum Thema Russland möchte ich Ihnen ein persönliches, prägendes Erlebnis zur gewaltsamen Durchsetzung von Machtansprüchen nicht vorenthalten. Ende August 1968 stand ich, mitten im Frieden, als Siebenjähriger an einem Straßenrand in Plauen. Meine Großmutter zog mich zurück, als eine lange Kolonne von Panzern vorbeizog und den Asphalt zerwalzte. Ich erinnere mich an kindliche Neugier, aber auch an Alpträume ob der erschreckenden Gewalt, die von diesen Bildern ausging. Die Panzer waren auf dem Weg zur tschechischen Grenze, gesandt von jenen, die in der Tschechoslowakei welche gefunden hatten, die sie zu Hilfe riefen, weil sie Anspruch auf eine Macht zu haben glaubten, die durch den demokratischen Aufbruch im Prager Frühling bedroht war. Die Weltgeschichte wäre vielleicht anders gelaufen, meine Damen und Herren, wenn damals eine europäische Staatengemeinschaft in der Lage gewesen wäre, mit einer starken einheitlichen Stimme und durch Maßnahmen Gehör zu finden – Maßnahmen, die sich deutlich unterhalb militärischer Drohungen bewegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Das war die erste Runde. Gibt es aus den Reihen der Fraktionen Redebedarf für eine zweite Runde? – Das kann ich nicht feststellen. Die Staatsregierung möchte zu diesem Thema nicht noch einmal sprechen. Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zum Schlusswort. Für die Fraktion der AfD spricht Herr Dr. Dreher.

Dr. Stefan Dreher, AfD: Meine Damen und Herren! Dass dies ein eigener Tagesordnungspunkt geworden ist – zur Frage der Effizienz –, lag nicht an der Alternative für Deutschland. – So weit zum Ersten.

(Unruhe)

Zum Zweiten. Die lebhaftige Debatte hat ja gezeigt, dass das Problem hier bekannt ist und bekannter werden muss. Das ist der Sinn dieser Debatte, und es ist schön, dass so engagiert diskutiert wurde. Maßgeblich für diese Debatte ist Sachsen. Die Auswirkungen treffen unsere Industrie, unsere Arbeitgeber, unsere Arbeitnehmer. Dass die Ursache in Europa liegt, ist nicht das Entscheidende.

Zu Artikel 64 Abs. 1 der Landesverfassung – darauf hatte ich verwiesen. In Kurzfassung: „Die Staatsregierung beschließt ... über Fragen von ... weittragender Bedeutung.“ Die Umsatzeinbußen, die wir hatten, haben weittragende Bedeutung. Das sollte nicht ernsthaft im Streit stehen.

Ich bitte das Parlament, bitte alle Kolleginnen und Kollegen um Zustimmung. Denken Sie bitte noch einmal darüber nach. Geben Sie unserer Staatsregierung ein starkes Zeichen in die Hand, damit sie in Bonn – wir haben in beiden Fällen eine schwarz-rote Regierung –

(Heiterkeit – Dr. Frauke Petry, AfD: Berlin!)

besonders stark auftreten kann.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CDU, den LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

2. Vizepräsident Horst Wehner: Meine Damen und Herren! Wer dem Antrag Drucksache 6/232 zustimmen möchte – –

(Unruhe)

Ich fange noch einmal an. Jetzt hat jeder verstanden, dass nicht Bonn, sondern Berlin gemeint war.

(Dr. Stefan Dreher, AfD: Danke schön!)

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse über die Drucksache 6/232 abstimmen. Wer dafür ist, hebt bitte die Hand. – Vielen Dank. Wer ist dagegen? – Danke sehr. Gibt es Stimmenthaltungen? – Vielen Dank. Bei Stimmen dafür und zahlreichen Stimmenthaltungen hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren! Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 10**Freie BAföG-Mittel in Schulen und Hochschulen investieren:
Landesprogramm Schulsozialarbeit etablieren,
Hochschulen und Studentenwerke stärken****Drucksache 6/217, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Meine Damen und Herren! Mit der Aussprache beginnt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, danach folgen CDU, DIE LINKE, SPD, AfD und die Staatsregierung, wenn sie das Wort wünscht. Ich erteile Frau Dr. Maicher von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten! Am 26. Mai 2014 präsentierten Vertreterinnen und Vertreter der Koalition im Bundestag die Einigung mit den Ländern bei der Bildungsfinanzierung. Teil der Einigung ist die vollständige und dauerhafte Übernahme der Kosten des Bundesausbildungsförderungsgesetzes durch den Bund ab Januar 2015. Für den Freistaat Sachsen ergibt sich daraus eine jährliche Ersparnis in Höhe von 85,9 Millionen Euro. So weit der Rahmen. Warum nun dieser Antrag?

Bund und Länder haben vereinbart, die frei werdenden BAföG-Mittel zur Finanzierung der Bildungsausgaben im Hochschulbereich und im Schulbereich zu verwenden. Dies beinhaltet jedoch keine Zweckbindung. Auf Anfrage der Bundestagsfraktion der GRÜNEN ließ die Bundesregierung wissen, man vertraue darauf, dass die Länder die Mittel tatsächlich für Schulen und Hochschulen einsetzen.

Zur Verwendung der BAföG-Mittel gab es bisher lediglich mündliche Zusagen, die Gelder den Schulen und Hochschulen zugute kommen zu lassen. Einen bindenden Beschluss gibt es dazu bisher nicht. Um es deutlich zu sagen: Sachsen gilt in puncto Haushaltsführung zwar als Musterschüler, aber beim sachgerechten Einsatz oder der Weitergabe von Bundesmitteln nimmt es die Staatsregierung nicht immer ganz genau. Insofern sind Vertrauen und Zusagen schön und gut, mir und meiner Fraktion genügen sie jedoch nicht.

Wir wollen hier im Parlament, dem gesetzgebenden Organ, einen Beschluss herbeiführen, der regelt, wie die BAföG-Gelder verwendet werden sollen. Natürlich erwarte ich darüber hinaus auch klare Aussagen zu den Vorstellungen und Plänen der neuen Staatsregierung.

Wir haben unsere Vorstellungen formuliert. Wir wollen ein Landesprogramm Schulsozialarbeit auflegen und die Hochschulen und Studentenwerke stärken. Wir finden den Vorschlag sinnvoll, sich bei der Verteilung zwischen Kultus- und Hochschulbereich an der Verteilung von Schüler-BAföG und Studierenden-BAföG zu orientieren.

Das Thema Schulsozialarbeit hat den Landtag bereits in der letzten Legislaturperiode mehrfach beschäftigt. Doch noch immer ist diese wichtige Leistung an der Schnittstelle von Schule und Jugendhilfe von Projektmitteln und

Projektfristen abhängig. Auch der Koalitionsvertrag bleibt dahin gehend vage. Dort heißt es lediglich, man wolle die Träger der Kinder- und Jugendhilfe stärken oder stärker unterstützen. Die Entlastung der Länder bei der BAföG-Finanzierung bringt dem Freistaat im Kultusbereich knapp 30 Millionen Euro jährlich. Damit gibt es endlich eine Chance, ein Landesprogramm für Schulsozialarbeit aufzulegen und es solide und vor allem dauerhaft zu finanzieren. Finanziell sichert ein eigenes Landesprogramm und damit ein eigenes Budget für Schulsozialarbeit die weiteren Angebote der Kinder- und Jugendhilfe direkt ab.

Eine Bemerkung noch zum zweiten Anstrich, zur Schulsozialarbeit im Koalitionsvertrag, in dem es heißt, man wolle sich auf Bundesebene für eine Regelung im SGB VIII einsetzen. Das, meine Damen und Herren, ist schon fast etwas dreist; denn im Bundestag forderte DIE LINKE kürzlich in einem Antrag, eine ebensolche Regelung in das Sozialgesetzbuch aufzunehmen. Aber dort waren gerade CDU- und SPD-Fraktion alles andere als offen für diesen Vorschlag – ich zitiere –: „Es ist falsch, mithilfe des SGB VIII quasi durch die Hintertür eine Zuständigkeit Richtung Berlin zu erkämpfen“, so Heinz Wiese, CDU.

Insgesamt liest sich diese Debatte vom 16. Oktober wie eine Steilvorlage für unseren Vorschlag und eine gute Empfehlung an Sie, meine Damen und Herren von der Koalition. So sagt Christina Schwarzer, CDU – ich zitiere –: „Schulsozialarbeit müssen die Länder und die Kommunen selbst machen. Jetzt liegt der Ball dort, diese großen Einsparungen sinnvoll zu nutzen. Mein Rat an Länder und Kommunen lautet: Setzen Sie etwas von dem Geld für die Schulsozialarbeit ein.“ Ulrike Bahr, SPD, ergänzt: „Im Zuge dessen“ – gemeint ist die Bundesländer-Vereinbarung – „sehe ich auf Länderseite durchaus Spielraum für nachhaltige Investitionen in die Schulsozialarbeit. Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg.“ – Meine Damen und Herren, Sie müssen sich schon entscheiden, wie der schwarz-rote politische Wille denn aussieht.

(Vereinzelt Beifall bei den GRÜNEN)

Dasselbe gilt auch im Hochschulbereich. In einem Beitrag für die „FAZ“ wurde die Bildungsministerin Wanka deutlich und stellte fest, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen durch die Länder dringend erhöht werden müsse; und zumindest in diesem Punkt gebe ich ihr recht. Die sächsischen Hochschulen liegen nach Auskunft des Bundesamtes für Statistik bei ihrer Grundfinanzierung am unteren Ende des deutschlandweiten Vergleiches, und erst

im Mai waren sich in der Debatte zu einem Antrag meiner Fraktion zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses fast alle Fraktionen einig, dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Ja, und es stimmt: 2012 hatte noch jeder fünfte Mittelbau-Mitarbeiter ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, an den Universitäten nur noch jeder zehnte. Befristungen sind im Wissenschaftsbereich kein Novum und auch nicht von vornherein abzulehnen, zum Beispiel bei Qualifizierungsstellen. Aber wenn 24 %, also fast ein Viertel aller befristeten Stellen, eine Vertragslaufzeit von weniger als sechs Monaten aufweisen, dann wird dieses System ad absurdum geführt.

In der vergangenen Woche machten die Lehrbeauftragten bundesweit auf ihre prekäre Situation aufmerksam, auch hier im Freistaat. Die Wahrheit ist, dass an den Musikhochschulen bis zu 47 % der Lehraufgaben von Lehrbeauftragten übernommen werden. An den Universitäten haben wir einen Lehrbeauftragtenanteil von bis zu 17 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das alles hängt – nicht nur, aber eben auch – mit der Grundfinanzierung unserer Hochschulen zusammen. Die nun frei werdenden BAföG-Gelder bieten uns die Chance, zumindest einen ersten Schritt hin zu einer auskömmlichen Hochschulfinanzierung zu machen. Wir schlagen deshalb vor, dass 53,6 Millionen Euro den Hochschulen direkt über die Zuschüsse zum laufenden Betrieb zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, statt sie in einem weiteren Fonds unter der Kontrolle des Wissenschaftsministeriums versickern zu lassen.

Und auch, wenn ihre Belange in den lautstarken Protesten des letzten halben Jahres etwas mehr in den Hintergrund gedrängt wurden: Wir vergessen die Studentenwerke nicht. Sie leisten nicht nur eine enorm wichtige Arbeit bei der Bereitstellung von bezahlbarem studentischem Wohnraum, sie übernehmen auch eine breite Palette an notwendigen Beratungsangeboten und natürlich der Mensaversorgung. Gleichzeitig reichen die Landeszuschüsse von derzeit 5,9 Millionen Euro pro Jahr kaum aus, um die Mensaversorgung zu gewährleisten. Die Folge ist: Die Zeche zahlen die Studierenden über ihren Semesterbeitrag.

Ich habe die aktuellen Zahlen vorliegen. Seit dem Wintersemester 2010/2011 ist der Semesterbeitrag um bis zu 20 Euro gestiegen. Drei von vier Studentenwerken planen nach Auskunft der Staatsregierung bereits die nächste Erhöhung um bis zu 10 Euro, und trotz steigender Semesterbeiträge haben sich die Mensaeissen seit 2010 kontinuierlich verteuert.

Wir sehen hier einen dringenden Handlungsbedarf und schlagen deshalb vor, 3 Millionen Euro aus der BAföG-Ersparnis den Studentenwerken zukommen zu lassen. Auch dies kann nur ein erster Schritt sein, nicht mehr und nicht weniger, aber es würde zumindest den finanziellen Mehrbedarf decken, den auch die Studentenwerke für den Bauunterhalt und die Betriebskosten der Mensen errechnet haben. Der Freistaat muss sich darüber hinaus seiner

Verantwortung stellen, im nächsten Doppelhaushalt die Studentenwerke auf eine insgesamt verlässliche finanzielle Grundlage zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, es ist deutlich geworden, dass die frei werdenden BAföG-Mittel für Sachsen eine wirkliche Chance darstellen, im Bildungs- und Hochschulbereich wichtige und vor allem nachhaltige Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Ich appelliere deshalb an Sie: Lassen Sie uns diese Chance nutzen und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und der
Abg. Annetrin Klepsch, DIE LINKE)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Für die einbringende Fraktion GRÜNE war das Frau Dr. Maicher. Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Mackenroth.

Geert Mackenroth, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute, an unserem ersten sozusagen richtigen Arbeitstag, gleich eine Debatte über unsere Hochschulen führen. Ich vermute mal, es wird in dieser Legislaturperiode nicht die letzte sein, und das ist auch gut so.

Das Kapitel Hochschule ist wichtig. Es hat eine herausragende Bedeutung in unseren Koalitionsverhandlungen gehabt, und die neue Koalition bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag ausdrücklich und völlig unmissverständlich zur Bedeutung unserer Hochschulen für den Standort Sachsen und deren zukünftige gesellschaftliche Entwicklung.

Unsere Hochschulen sind Orte geistiger Begegnung, kritischer Impulsgeber für unser Land und Anziehungsmagnet für motivierte junge Menschen, und unsere Koalition untersetzt dieses Bekenntnis auch finanziell. Dafür haben wir Lob von allen Seiten bekommen, sogar von den Fachbruderschaften – was bei mir schon ein wenig den Verdacht geweckt hat, dass wir irgendetwas falsch gemacht haben müssen.

Wir haben unter anderem folgende – teilweise wirklich spektakulären – Ergebnisse erzielt und vereinbart: „Wir wollen, dass viele junge Menschen bei uns studieren, dass sie dauerhaft eine berufliche Perspektive in Sachsen finden. Unsere Hochschulen sollen und werden ihr Angebot qualitativ und quantitativ überprüfen und effizient strukturieren. Wir wollen den Hochschulentwicklungsplan im Dialog mit unseren Hochschulen bis 2025 fortschreiben mit dem Ziel, Studienangebote und Forschungsfelder landesweit aufeinander abzustimmen und für jeden Hochschulstandort Schwerpunkte zu setzen, und wir werden dabei den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarf an bestimmten Studiengängen berücksichtigen“ – so heißt es im Koalitionsvertrag – „und die Exzellenz der Hochschulen sichern.“

Wir haben eine Strukturveränderung vereinbart und wollen bis 2025 zu einer Zielgröße von 95 000 Studie-

renden bei dann gleichbleibendem Personal gelangen. Das ist nicht nur eine Qualitätssteigerung, sondern, Frau Dr. Maicher, die von Ihnen angesprochene Erhöhung der Grundfinanzierung. Dafür sind wir zum Abschluss einer langfristigen Zuschussvereinbarung mit einer solch langen Laufzeit bereit und werden auf den geplanten Stellenabbau – unser Ministerpräsident sagte es heute Morgen – von 754 Stellen ab 2017 verzichten.

Zu den Studentenwerken heißt es: „Studentenwerke sind das Rückgrat der sozialen Infrastruktur an unseren Hochschulstandorten und geben wichtige Impulse für das studentische Leben. Wir bekennen uns zu den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur und werden den Landeszuschuss deutlich erhöhen sowie durch mehrjährige Vereinbarungen Planungssicherheit schaffen.“ – Auch dies ist eine Formulierung, die überall gut angekommen ist.

Bevor ich nun auf den Antrag der GRÜNEN im Einzelnen eingehe, lassen Sie mich noch einmal sagen, dass ich es einfach großartig finde, dass der Bund die BAföG-Mittel ab 2017 vollständig übernimmt. Hierdurch spart unser Freistaat im Bereich der Hochschulen 43,6 Millionen Euro ein. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch einmal dafür danken – ein hervorragendes Resultat –, insbesondere auch unserem Generalsekretär Michael Kretschmer, der an diesem Ergebnis einen großen Anteil hat.

Die GRÜNEN möchten, so der Titel ihres Antrages, die freien BAföG-Mittel in Schulen und Hochschulen investieren und die Hochschulen und Studentenwerke stärken. Genau das tun wir, genau das findet sich im auszugsweise von mir wiedergegebenen Koalitionsvertrag.

Mit dem ersten Punkt Ihres Antrages kann ich inhaltlich problemlos mitgehen, dennoch brauchen wir dazu eine pauschale, lediglich deklaratorisch wirkende Aufforderung an die Staatsregierung nicht. Ich zitiere den Antrag: „Ein bindender parlamentarisch gestützter Beschluss ist zu der Zeit weder sinnvoll noch zielführend, weil er der Staatsregierung ihre Verantwortung für die Vorlage eines Haushaltsentwurfes nicht abnehmen kann.“

Im zweiten Teil des Antrags legen die GRÜNEN ihre Vorstellung über die Verwendung der frei werdenden BAföG-Mittel im Einzelnen dar. Diese Vorstellungen decken sich nicht mit unseren, jedenfalls nicht vollständig. Sie wissen, dass die Staatsregierung für die Verwendung der Mittel bereits im Doppelhaushalt 2015/2016 Vorschläge gemacht hat.

(Zuruf der Abg. Annetrin Klepsch, DIE LINKE)

Hierzu war sie verpflichtet, weil die neuen Mittel seit Mai ins Haus standen.

Unsere Sorge war, dass diese frei werdenden 54 Millionen Euro im Haushalt versickern. Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart, dass diese Mittel künftig gesondert veranschlagt werden. Wir wollen, dass diese Mittel den Hochschulen gesondert zur Verfügung stehen, sozusagen als Sahnehäubchen obendrauf kommen.

Auch ansonsten wollen wir das inhaltlich übliche Verfahren einhalten. Zuerst wird die Staatsregierung einen Vorschlag machen, und dann werden wir im Rahmen der Haushaltsdebatte darüber befinden und unseren Aufgaben nachkommen. Die Antragsteller wollen in diesem Punkt nichts anderes als vorweggenommene Haushaltsverhandlungen. Das machen wir verständlicherweise nicht mit. Ich werde daher meiner Fraktion empfehlen, Ihren Antrag abzulehnen.

Bei der Gelegenheit möchte ich sagen, dass ich mich auf die Zusammenarbeit mit unserer neuen Wissenschaftsministerin freue. Ich gratuliere ihr namens meiner Fraktion und namens unserer Hochschulpolitiker ausdrücklich zur Ernennung und freue mich auf fünf gute Jahre für unsere Hochschulen und Universitäten.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD – Beifall bei der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Auf Kollegen Mackenroth, der für die CDU-Fraktion sprach, folgt jetzt Frau Kollegin Klepsch für die Fraktion DIE LINKE.

Annetrin Klepsch, DIE LINKE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dankbar, dass sie das Thema „Freie BAföG-Mittel“ auch in Anbetracht der neuen schwarz-roten Landesregierung heute noch einmal aufgegriffen hat, denn – darin sind wir uns sicherlich einig – mit Bildung, Forschung und Transfer spielen die sächsischen Hochschulen eine entscheidende Rolle für die Zukunft dieses Landes.

Tatsache ist aber – daran möchte ich erinnern –, dass die sächsischen Hochschulen bisher unterfinanziert sind. Die sächsischen Universitäten im Vergleich der Bundesländer belegen es: Unsere Universitäten erreichen bei der Betreuungsrelation nur Platz zehn. Bei den laufenden Ausgaben, also den Grundmitteln im Jahr 2010 mit 6 540 Euro je Studierendem für Forschung und Lehre, landete Sachsen auf Platz 14 von 16. Im Vergleich der laufenden Ausgaben je Professor bzw. je Professorin rangierte Sachsen im Jahr 2010 sogar auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Das muss sich ändern, auch mit den BAföG-Mitteln.

Umso erstaunlicher ist es, dass unsere Universitäten bei der Einwerbung von Drittmitteln bundesweit an der Spitze standen und stehen. Das spricht zwar für die engagierte Arbeit der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, aber es spricht nicht für die sächsische Hochschulpolitik, denn – das will ich der neuen Ministerin und vor allem dem Finanzminister ins Stammbuch schreiben – Wissenschaft, die überdurchschnittlich stark auf die Finanzierung durch Drittmittel angewiesen ist, ist nicht mehr frei in Forschung und Lehre, sondern sie macht sich von ihren Geldgebern abhängig. Das darf nicht sein.

(Vereinzelt Beifall bei den LINKEN)

Allein die sächsischen Universitäten haben einen jährlichen Mehrbedarf von 60 Millionen Euro. Da wären diese 85 Millionen Euro, die aus den frei werdenden BAföG-Mitteln kommen, sehr gut angelegt – auch nur im Hochschulbereich. Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD auf Bundesebene wurde vor einem Jahr bereits angekündigt, dass der Bund die Länder im Bildungsbereich finanziell entlasten möchte. Im Mai dieses Jahres, also vor einem halben Jahr, gelang es Bundesbildungsministerin Wanka und Bundesfinanzminister Schäuble, sich endlich zu einigen, wie denn die Entlastung aussehen solle. Es wurde eine Vereinbarung über die Verwendung der frei werdenden BAföG-Millionen geschlossen.

Im Juni erfuhren wir im Sächsischen Landtag, auch dank der Aktuellen Debatte der SPD-Fraktion, dass die damalige Landesregierung für die frei werdenden Mittel einen Zukunftsfonds für die Hochschulen anlegen möchte. – So weit, so gut. Doch der Landtag als Haushaltsgesetzgeber erfuhr bis heute nicht – Herr Mackenroth, wir als Opposition kennen den Haushaltsentwurf nicht –, wofür genau diese 57 Millionen Euro im Interesse der Hochschulen eingesetzt werden sollen. Die Landesregierung hat gewechselt. Der Finanzminister und der Sparkommissar Prof. Unland ist derselbe. Nur das Wissenschaftsministerium hat das Parteibuch von schwarz in rot getauscht.

Es ist deshalb zu befürchten, dass die neue Wissenschaftsministerin weiterhin mit dem Finanzminister darum wird ringen müssen, genügend Geld für die Hochschulen zu bekommen. Ich kann Ihnen, liebe Frau Dr. Stange, dabei nur ganz viel Kraft und Durchhaltevermögen wünschen.

Im Koalitionsvertrag der schwarz-roten sächsischen Regierung heißt es nämlich salomonisch – ich zitiere –: „Die frei werdenden BAföG-Mittel werden wir auch künftig im Verhältnis Studierenden- und Schüler-BAföG im Haushalt veranschlagen.“

Aber, Herr Mackenroth, was heißt das denn genau? Soll es für Investitionen oder für Personal, für Forschung und Lehre oder für Technik ausgegeben werden? Das möchten wir gern wissen.

Es ist auch die Rede von einer Abkehr vom geplanten Stellenabbau, jedoch nur, wenn die Hochschulen bereit sind, entsprechende Zielvereinbarungen einzugehen bzw. fortzuschreiben. Zielvereinbarungen an sich sind nichts Schlechtes. Es ist aber aus meiner Sicht keine Verhandlungssituation zwischen Landesregierung und Hochschulen auf Augenhöhe, sondern es ist schlicht Erpressung. Herr Zschocke hatte es heute bereits gesagt. Ich bin nicht die Erste, die diesen Vorwurf hier erhebt.

Auch die Hochschulrektorenkonferenz mahnte mit Blick auf die Verwendung der BAföG-Mittel nicht umsonst zu Beginn dieser Woche an – ich zitiere –, „dass einige Länder nur den falschen Anschein einer Stärkung der Hochschulmittel erweckten“.

Die neue Staatsregierung wird uns beweisen müssen, dass sie es mit der Verwendung der BAföG-Mittel für eine

bessere Lehre und Personalausstattung der Hochschulen ernst meint.

Holger Mann kritisierte im Juni als hochschulpolitischer Sprecher der SPD – ich zitiere –: „Statt sich um eine verlässliche Finanzierung und eine vernünftige Stellenausstattung zu kümmern, wird mit diesem Fonds, dem Zukunftsfonds, das nächste Drittmittelprogramm aus der Tasche geholt. Damit wird die Chance verpasst, die finanziellen Spielräume für den längst überfälligen Stopp des Stellenabbaus an den Hochschulen zu nutzen.“

Wir haben jetzt gehört, dass eine andere Richtung eingeschlagen werden soll. Ich bin, wie gesagt, gespannt auf den Haushaltsentwurf.

Noch ein Punkt, der mich heute Vormittag bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten verstimmt hat. Der Ministerpräsident sagte heute Vormittag: Man setze auf „Qualität statt Quantität“ an den sächsischen Hochschulen. Ich halte das – mit Verlaub – für eine vergiftete Botschaft. Denn Qualität statt Quantität, Herr Tillich, unterstellt nicht nur, dass man vernünftigerweise Parallelstrukturen auf Synergieeffekte überprüft – das ist legitim, das muss Hochschulpolitik leisten –, sondern Qualität statt Quantität unterstellt auch, dass es offenbar in der Vielfalt der sächsischen Studienangebote überflüssige Studiengänge gebe.

Ich kann heute nur noch einmal an Frau Dr. Stange appellieren, dass Fächer wie Pharmazie, Archäologie und Theaterwissenschaft an der Leipziger Universität auch zukünftig zum sächsischen Studienangebot gehören und nicht verzichtbar sind, weil: Es gibt sie nur einmal in diesem Freistaat.

(Beifall bei den LINKEN)

Die zusätzlichen finanziellen Mittel aus dem BAföG machen einen Erhalt der gefährdeten Studienfächer möglich. Darauf wies bereits im Juni die Landesrektorenkonferenz hin. Denn mit dem BAföG-Anteil, der bisher den Studierenden zugutekam – 57 Millionen Euro sind es –, könnten 1 000 Vollzeitstellen finanziert und damit der Stellenabbau verhindert und auch diese Fächer gerettet werden.

Zum Antrag selbst: Die Fraktion DIE LINKE wird dem Antrag der GRÜNEN in seinem grundsätzlichen Anliegen zustimmen. Auch wir sind der Auffassung, dass die Hochschulen und die Studentenwerke mehr finanzielle Unterstützung brauchen. Allerdings bitten wir um punktweise Abstimmung, da wir die Priorität bei der Verwendung der BAföG-Mittel bei den Hochschulen und zur Unterrichtsabsicherung in den Schulen sehen.

Zur Schulsozialarbeit sagen wir Ja. Ein Landesprogramm ist zweifelsohne unverzichtbar. Auch wir haben es in den vergangenen Jahren bereits eingefordert. Es sollte jedoch aus unserer Sicht als Vorhaben der Kinder- und Jugendhilfe im Sozialministerium etabliert und aus zusätzlichen Landesmitteln finanziert werden. Das Land Sachsen hat hier die Hausaufgabe, die Schulsozialarbeit auf sichere

finanzielle Füße zu stellen. Das sei in Richtung Sozialministerium gesagt.

Die Fraktion DIE LINKE setzt die Priorität auf die BAföG-Millionen für die Schulen und Hochschulen. In Richtung Koalition möchte ich sagen: Werte Mitglieder der Koalition, setzen Sie sich dafür ein, dass die BAföG-Millionen an den Hochschulen in der Lehre ankommen und damit die gefährdeten Studiengänge erhalten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den LINKEN, vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war Frau Kollegin Klepsch. Sie sprach für die Fraktion DIE LINKE. Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Mann.

Holger Mann, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Insbesondere werte Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! Sie haben unseren Koalitionsvertrag aufmerksam gelesen. Ja, ich bin der Meinung, es lohnt sich, diesen Koalitionsvertrag zu lesen.

Gerade deshalb möchte ich, wie es Kollege Mackenroth für die CDU schon getan hat, für die SPD feststellen: Wir, die Große Koalition in Sachsen, werden die Entlastung bei den BAföG-Mitteln vollumfänglich für Schule und Hochschule einsetzen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange)

Dies ist ein Erfolg der Koalitionsverhandlungen, eine klare Vereinbarung und eine deutliche Selbstverpflichtung. Wir werden diese Mittel im Haushalt im Verhältnis Schüler- zu Studierenden-BAföG, also im Verhältnis 1 : 2, veranschlagen. Damit hier nicht in Reden die ersten Millionen verloren gehen, sei gesagt: Nach meiner Rechnung macht das für den Hochschulteil 57 Millionen Euro aus. Ich denke, darüber brauchen wir nicht zu streiten.

Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, es besteht also keine Gefahr, dass diese versickern, und ich bin mir sicher, dass wir daran ein gemeinsames Interesse haben.

Wir werden Ihren Antrag dennoch – so deutet es sich an –, auch im Punkt 1, aus formalen Gründen ablehnen müssen; denn Sie nehmen hier Bezug auf die prioritären Maßnahmen und die Verteilung der finanziellen Mittel zwischen Bund und Ländern vom 26. Mai 2014. Wenn Sie das wirklich aufmerksam durchgelesen haben, werden Sie feststellen, dass hier weit mehr geregelt ist, als Ihr Antrag auf den ersten Blick vorgibt. Ich will es mal auf den Punkt bringen: Während in anderen Bundesländern der Republik diese zusätzlichen Mittel auch für den Kita-Bereich eingesetzt werden, werden wir sie in Sachsen vollumfänglich im Bereich Schule und Hochschule einsetzen.

Da der Antrag im Punkt 2 noch stärker den Charakter eines vorgezogenen Haushaltsantrages annimmt, können

wir auch diesem Punkt nicht zustimmen. Ohne Zweifel ist die Haushaltsaufstellung das höchste Recht des Parlaments. Aber aus Ihrer Erfahrung werden Sie wissen, dass dies auch die größte Pflicht der regierungstragenden Mehrheit ist. In Ausübung dieser Pflicht würde ich es wirklich bedauern, wenn durch Beschluss Ihres Antrages einzelnen Bereichen weniger finanzielle Mittel zur Verfügung stehen würden, als es die SPD für sinnvoll hält.

Es sollte Sie dennoch freuen, dass wir uns inhaltlich einig im Ziel sind, die sächsischen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen zu stärken, wie dies im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD auch verankert ist. Herr Mackenroth hat bereits einzelne Punkte vorgetragen. Wir wollen gemeinsam die Qualität in Lehre und Forschung heben. Wir wollen den Stellenabbau nach zwei Dekaden stoppen und im Rahmen einer Hochschulentwicklungsplanung 2025 langfristige Zuschussvereinbarungen zwischen Freistaat und Hochschulen schließen. Wir wollen eine gute Lehre mit guter Arbeit verbinden und ein Konzept für den wissenschaftlichen Nachwuchs erstellen. Wir wollen – das war hier schon in Rede und ist auch Teil Ihres Antrages – die Zuschüsse für die Studierendenwerke deutlich erhöhen. Das alles sind Punkte, bei denen ich mir sicher bin, dass wir hier im Hohen Haus durchaus einer Meinung sind.

Zu guter Letzt lassen Sie mich Folgendes sagen – wenn Sie heute bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten bei den prioritären Maßnahmen zugehört haben, dann haben Sie es herausgehört –: Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU trägt nicht nur die Überschrift „Sachsens Zukunft gestalten“, sondern auch die notwendigen Vereinbarungen, dies zu tun. Meine Damen und Herren, Sie können sich sicher sein, dass die Prioritätensetzung im Bereich der Bildung, Wissenschaft und Forschung dazugehört.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU – Beifall der Staatsministerin Dr. Eva-Maria Stange)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war Kollege Mann für die SPD-Fraktion. Jetzt hat das Wort für die AfD-Fraktion Frau Kollegin Dr. Muster.

Dr. Kirsten Muster, AfD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Bund übernimmt ab 01.01.2015 ganz allein die BAföG-Finanzierung. Das ist eine gute Nachricht. Der Freistaat Sachsen spart dadurch 85 Millionen Euro.

Die Koalition in Sachsen hat vereinbart, von diesen frei werdenden BAföG-Mitteln künftig rund ein Drittel für die Schulen und zwei Drittel für die Hochschulen zu verwenden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich schon jetzt Gedanken darüber gemacht, wofür man das Geld konkret verwenden könnte. Der richtige Zeitpunkt für diesen Antrag ist sicherlich nicht ein Tag nach der Wahl des Ministerpräsidenten und der Tag der Ernennung

des Kabinetts. Diese Debatte gehört in den Haushaltsausschuss.

Doch schon jetzt darf ich Ihnen mitteilen, dass die AfD-Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen wird. Im Bereich Schule will die Antragstellerin die Schulsozialarbeit finanzieren. Wir halten es für richtiger, wenn das Geld für die Einstellung von mehr Lehrern und für die Sanierung von Schulgebäuden ausgegeben wird. Hier gibt es noch viele Defizite.

Die Koalition will zwar in dieser Legislaturperiode 6 100 Lehrerinnen und Lehrer unbefristet einstellen. Diese Zahl wird jedoch nur die aus Altersgründen ausscheidenden Lehrer ersetzen.

(Frank Kupfer, CDU: Das ist nicht richtig!)

– Oh, doch!

(Christian Piwarz, CDU: Das ist nicht richtig! –
Zuruf des Abg. Frank Kupfer, CDU)

Nach unserer Auffassung reicht die Einstellung von 6 100 Lehrern keinesfalls aus, um die vorhandenen Fehlstunden wegen Krankheit, Fortbildung und Beurlaubung von Lehrern auszugleichen,

(Christian Piwarz, CDU: So ein Unsinn!)

die wöchentliche Vor- und Nachbereitungszeit der Lehrer ausreichend zu finanzieren, den Anstieg der Schülerzahlen zu bewältigen oder die Herabsetzung der Mindestschülerzahlen in kleinen Schulen zu verwirklichen.

Die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit dürfte bereits durch diese Maßnahmen von allein sinken. Sozialarbeit behandelt nur die Symptome, ohne die Ursachen zu beseitigen. Eine zusätzliche Stunde der Klassenlehrer zur Aufarbeitung von Problemen würde kostengünstiger und schneller zu besseren Ergebnissen führen. Der Reparaturstau an sächsischen Schulgebäuden ist immer noch erheblich. Das kann jeder unschwer in seiner Region erkennen.

Ich weise nochmals darauf hin: Wir halten es für sinnvoller, das frei werdende Geld an Schulen für die unbefristete Einstellung von mehr als 6 100 Lehrern bis 2019 und die Behebung des Sanierungsstaus an Schulgebäuden zu verwenden.

Die Antragstellerin möchte ferner, dass zwei Drittel der frei werdenden Mittel als Zuschüsse für die sächsischen Hochschulen und für die Studentenwerke verwandt werden. Wir würden diese globale Aussage gern etwas konkretisieren: Die frei werdenden Mittel für Hochschulen sollten ausgegeben werden für die Sanierung von Hochschulgebäuden, für die Aufstockung von Sachmitteln, für die Aufstockung der Personalkosten, um wissenschaftliche Stellen zu entfristen und Mindesthonorare zu zahlen, und auch für ein Programm zur Vereinbarkeit von Studium und Kind.

Aus den genannten Gründen werden wir den Antrag ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Frau Dr. Muster hatte soeben das Wort für die AfD-Fraktion. Wir sind am Ende der ersten Rednerrunde angelangt. Das Wort hätte jetzt die Staatsregierung. Ich frage vorsichtshalber noch einmal, ob noch Redebedarf besteht. – Es gibt noch Redebedarf aus den Fraktionen. Wir eröffnen eine neue Runde. Möchte die einbringende Fraktion noch einmal das Wort ergreifen?

(Valentin Lippmann, GRÜNE: Nein!)

Keine Redezeit mehr, nur noch 30 Sekunden; sie ist praktisch aufgebraucht. Als Nächste könnte die CDU das Wort ergreifen. – Bitte, Herr Kollege Schreiber.

Patrick Schreiber, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Da zumindest zu einem geringen Teil das Thema Schule angesprochen worden ist und mein Kollege Mackenroth für die CDU-Fraktion vorrangig die Ausführungen für den Hochschulbereich vorgenommen hat, möchte ich noch einmal auf einige Aspekte eingehen, die von verschiedenen Rednern angesprochen worden sind.

Frau Dr. Muster, Sie sind neu hier im Haus und deshalb sehen wir Ihnen das nach. Vielleicht können wir in einer Fachdebatte im Ausschuss etwas tief gehender darüber sprechen. Aber gerade für Vor- und Nachbereitungszeiten von Lehrern ist das System so gestrickt, dass Lehrer nicht 40 Wochenstunden vor einer Klasse stehen, sondern entsprechend weniger, nämlich zum Beispiel 28 in der Grundschule und 26 am Gymnasium – mal 45 Minuten –, sodass sie in Gänze dann auf eine entsprechende Arbeitszeit kommen.

(Zuruf der Abg. Dr. Kirsten Muster, AfD)

Frau Dr. Maicher, Sie haben die Regelung zur Schulsozialarbeit angesprochen und dazu den Koalitionsvertrag zitiert. Ich will dazu Folgendes ausführen: Es gibt im gesamten Sozialgesetzbuch VIII, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, nicht ein einziges Mal das Wort „Schulsozialarbeit“. Der Begriff Schulsozialarbeit als solcher existiert überhaupt nicht. Es gibt im SGB VIII den § 11 Jugendarbeit und den § 13 Jugendsozialarbeit. Auch in diesen beiden Paragraphen existiert das Wort Schulsozialarbeit an keiner Stelle.

Genau das ist das Problem. Es gibt keine Normierung dafür, was Schulsozialarbeit eigentlich ist und was Schulsozialarbeit in den Schulen – egal, ob in der Grundschule oder in der Berufsschule – überhaupt leisten soll. Genau das ist der Grund für dieses Vorhaben, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dies normiert wird, damit man Kriterien ansetzen kann, wofür überhaupt ein Landesprogramm aufgestellt werden soll. Wir sind uns darüber einig, und ich denke, auch die Schulen. Es gibt ja mittlerweile zahlreiche Schulen in Sachsen – vom Grundschulbereich bis zum Gymnasium –, in denen Schulsozi-

alarbeit angeboten und durchgeführt wird. Sie wird aber in absolut unterschiedlichen Varianten angeboten und durchgeführt.

Wenn die Bundesebene sagt – ich zitiere Sie jetzt einmal –, Schulsozialarbeit müssen Länder und Kommunen selbst machen, dann ist das natürlich grundsätzlich richtig. Aber wenn das Land oder die Kommune etwas machen sollen oder das Land etwas für die Kommunen bezahlen soll, dann muss vorher klar sein, was vor Ort mit dem Geld passieren soll.

Das ist genau das Problem: dass wir an den zahlreichen Orten, wo Schulsozialarbeit angeboten und durchgeführt wird, unterschiedliche Ansätze haben. Wir hatten erst vor zwei Wochen im Unterausschuss des Landesjugendhilfeausschusses eine Darlegung, wie unterschiedlich die Form dessen ist, was in den Kommunen unter Schulsozialarbeit zu verstehen ist.

Solange im SGB VIII Schulsozialarbeit nicht definiert ist, dort das Wort „Schulsozialarbeit“ an keiner Stelle vorkommt und bis dato Schulsozialarbeit nur als eine Form der Jugendarbeit im SGB VIII steht, so lange ist es zuvorderst Aufgabe der Kommunen. Deswegen ist es selbstverständlich richtig, dass die Kommunen beispielsweise die Jugendpauschale nutzen, um Schulsozialarbeit zu finanzieren, oder Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket verwenden, die für Schulsozialarbeit durchgereicht worden sind; das ist alles richtig. Aber Landesmittel setzen aus unserer Sicht – deswegen ist es im Koalitionsvertrag so aufgenommen – eine Normierung voraus.

Ich selbst bin immer etwas vorsichtig, wenn es darum geht, Landesaufgaben durch Mittel zu finanzieren, die uns aus welchen Gründen auch immer von einer höheren Ebene großzügigerweise zugestanden werden. Deswegen habe ich ein riesiges Problem damit, wenn Sie sich hier hinstellen und fordern, dass mit diesen BAföG-Mitteln auf einmal die Unterrichtsversorgung finanziert werden soll. Die Unterrichtsversorgung – dazu stehen wir – ist ureigenste Aufgabe des Freistaates Sachsen, und dafür muss Geld, das der Freistaat Sachsen selbst besitzt, aufgewendet werden.

Kein Mensch kann heute sagen, wie lange dieser Kompromiss, dieser Konsens, dass der Bund das BAföG vollumfänglich selbst bezahlt, hält. Ich möchte nicht erleben, dass wir bei Steuermindereinnahmen im Bund oder Ähnlichem irgendwann in die Situation kommen, dass es wieder rückgängig gemacht werden muss, und dann stehen wir mit den ureigensten Aufgaben des Landes da und haben im schlimmsten Fall Millionenlöcher.

Deswegen kann es nur so sein, dass wir über die Verwendung der Mittel im Rahmen der Haushaltsverhandlungen beraten. Außerdem sollten wir darüber diskutieren, wie diese Mittel verwendet werden: ob sie im konsumtiven Bereich eingesetzt werden, ob sie für Aufgaben eingesetzt werden, für die bisher vorrangig die Kommunen verantwortlich sind, oder ob sie beispielsweise im investiven Bereich für Schulhausbaumaßnahmen eingesetzt werden können.

Es bleibt am Ende festzustellen, dass wir froh sind über jeden Cent, den wir als Freistaat Sachsen von wem auch immer bekommen und den wir im Zweifel vielleicht auch nicht zurückzahlen müssen. Aber es muss genau überlegt sein, wie und an welcher Stelle wir dieses Geld einsetzen. Deswegen kann dieser Antrag am heutigen Tag hier auch nicht positiv beschieden werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie vereinzelt bei den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Das war Herr Kollege Schreiber. Gibt es weiteren Redebedarf aus den Fraktionen? – Den kann ich nicht erkennen. Damit erteile ich der Staatsregierung das Wort; das Wort ergreift Frau Staatsministerin Dr. Stange.

Dr. Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ganz herzlichen Dank für die Debatte. Ich glaube, sie wurde im Vorfeld der Haushaltsberatungen, der Haushaltsbeschlussfassung im Landtag, sicherlich heute ganz vernünftig platziert.

Ich möchte vorwegschicken, bevor ich in diese Debatte einsteige: Ich habe vorhin gerade über den Ticker gelesen, dass der Bundestag heute der Grundgesetzreform zugestimmt hat, dass zukünftig die Finanzarchitektur zwischen Bund und Ländern im Hochschulbereich neu gestaltet wird. Ich denke, der Freistaat wird dem im Bundesrat sicherlich auch die Zustimmung erteilen. Damit sind wir einen weiteren Schritt gegangen, das schwierige Thema der Finanzierung Hochschule und Wissenschaftseinrichtungen zwischen Bund und Ländern in Zukunft doch etwas ausbalancierter zu finanzieren.

Nun aber zum Antrag. Die die Bundesregierung tragenden Parteien SPD und CDU/CSU hatten sich im Mai 2014 nach langjähriger Diskussion darauf verständigt, zur Umsetzung des Koalitionsvertrages auf Bundesebene einen Teil der vereinbarten insgesamt 9 Milliarden Euro für Bildung, Wissenschaft und Forschung zur Finanzierung des BAföG für Studenten und Schüler zu 100 % ab 2015 zu übernehmen. Das ist kein Geld, das wir vom Bund bekommen, sondern der Bund übernimmt Lasten, die wir ansonsten immer mit 63 % selbst zu tragen hatten.

Dadurch werden die Länder dauerhaft um 1,17 Milliarden Euro pro Jahr entlastet und zu Recht erwartet der Bund von den Ländern, dass diese frei werdenden Mittel in den Landeshaushalten zusätzlich zur Finanzierung von Bildungsausgaben für Hochschulen und Schulen eingesetzt werden. Der Bund hat sich dafür entschieden, den Ländern jeweils selbst die Prioritätensetzung beim Einsatz dieser Mittel zu überlassen – ein großzügiges Verhalten, sicher auch mit gewissen Gefahren verbunden. Der Antrag zeigt, wir sollten aufpassen, was mit dem Geld passiert.

Die Sächsische Staatsregierung hat sich selbstverständlich an die entsprechenden Zusagen der Länder an den Bund

gehalten. Es ist ja hier mehrfach von einigen Abgeordneten zitiert worden, dass wir im Koalitionsvertrag sehr deutliche Worte zu diesem Geld gefunden haben. Bisher verteilten sich die Aufwendungen in Sachsen für die Ausbildungsförderung etwa in einem Verhältnis von zwei Dritteln für das Studierenden-BAföG zu einem Drittel für das Schüler-BAföG – insgesamt immerhin 85 Millionen Euro, die dem Haushalt jetzt zusätzlich zur Verfügung stehen.

Die die Sächsische Staatsregierung tragenden Parteien SPD und CDU haben sich im Koalitionsvertrag – das ist sowohl von Kollegen Mackenroth als auch von meinem Kollegen Mann gesagt worden – klar darauf verständigt, dass diese frei werdenden BAföG-Mittel auch künftig vollumfänglich im bisherigen Verhältnis zwischen Studierenden- und Schüler-BAföG im Haushalt veranschlagt werden.

Für den Hochschulbereich bedeutet dies – lassen Sie mich das hier einflechten – natürlich eine Veranschlagung neben den durch die Vereinbarung zwischen der Sächsischen Staatsregierung und den staatlichen Hochschulen im Freistaat Sachsen über die Höhe der staatlichen Zuschüsse von 2014 bis 2016 vereinbarten Zuschüsse. Das heißt, es ist wirklich zusätzliches Geld.

Aus der Sicht der Staatsregierung bedarf es daher der Beschlussziffer 1 des Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht, da wir das im Koalitionsvertrag verankert haben, und ich denke, es ist logisch, dass wir jetzt Wert darauf legen, dass es in den Haushaltsberatungen umgesetzt wird.

Für den Haushaltsplan 2015/2016, der jetzt zügig auf den Weg gebracht werden muss, wird die Staatsregierung – ich kann das zumindest für mein Haus mit Sicherheit sagen, und ich denke, auch für Frau Kurth – in wenigen Wochen den Entwurf, den Sie von uns erwarten – nämlich auszuweisen, was mit dem zusätzlichen Geld, das frei geworden ist, passiert –, vorlegen. Eine Vorfestlegung zum heutigen Zeitpunkt – das sage ich jetzt für meine Person – würde uns auch ein Stück weit überfordern. Wir sollten uns schon die Freiheit lassen, den Haushalt im Ganzen anzusehen.

Ich kann nur wiederholen, was von den Vertretern von SPD und CDU, aber auch von anderen gesagt wurde: Alle drei Punkte sind im Koalitionsvertrag verankert. Wir haben uns zur Schulsozialarbeit und zur zusätzlichen Finanzierung der Hochschulen – siehe die Rücknahme der ursprünglich vorgesehenen Streichung von 754 Stellen – geäußert.

Von daher betone ich: Lassen Sie uns den Haushaltsplan abwarten! Messen Sie uns daran, ob sich darin die BAföG-Millionen – 85 Millionen Euro – wiederfinden! Für mein Haus kann ich das garantieren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Dr. Stange. Damit hat die Staatsregierung Position bezogen.

Wir kommen zum Schlusswort, das die Fraktion GRÜNE als einbringende Fraktion hat. Bitte, Frau Dr. Maicher.

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Man kann es nicht oft genug sagen: Das sächsische Bildungs- und Hochschulsystem steht vor gewaltigen finanziellen Herausforderungen. Diese können sicherlich nicht über Nacht gelöst werden. Entsprechend können unser Antrag und die heutige Debatte hier nicht das Ende, sondern nur ein Anfang sein. Wir werden darüber weiter diskutieren müssen. Wir finden es aber angebracht, schon vor den Haushaltsverhandlungen genau hier, im Parlament, darüber zu sprechen.

Primäres Ziel unseres Antrags ist es, dass wir die frei werdenden BAföG-Mittel des Bundes verbindlich und verlässlich für Schulen und Hochschulen verwenden. Wir sind der Meinung, dass wir das im Parlament, dem gesetzgebenden Organ, beschließen sollten. Mit Verlaub, wenn man den Koalitionsvertrag liest, stellt man fest: Vieles bleibt vage. – Das Plenum ist der Ort, an dem die verbindlichen Entscheidungen getroffen werden, auch darüber, wofür das Geld verwendet wird. Deswegen haben wir unseren Vorschlag so unterbreitet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Antrag verfolgt das Ziel, neben der Umsetzung eines Landesprogramms für Schulsozialarbeit die Grundfinanzierung unserer Hochschulen zu stärken, das heißt, die Mittel zu steigern. Wenn Sie, Herr Mackenroth, sagen, auch Sie hätten dieses Ziel, dann sprechen wir über unterschiedliche Wege dorthin. Sie wollen das über die im Koalitionsvertrag beschlossene Senkung der Studierendenzahlen erreichen. Ich hatte in der Debatte über die Regierungserklärung heute Morgen nicht den Eindruck, dass das auf sehr viel Begeisterung bei Ihrem Koalitionspartner SPD stößt.

Wir unterbreiten einen anderen Vorschlag. Wir wollen, dass die Hochschulen in der Verwendung ihrer Mittel autonom entscheiden können. Deswegen sollen die zusätzlichen Mittel in die Grundfinanzierung fließen. Wir haben auch unsere Vorstellungen dargelegt, wie das Geld konkret verwendet werden kann: zum Abbau von Befristungen im Hochschulbereich und zur Besserstellung von Lehrbeauftragten. Das sind unsere Vorschläge, weil wir sehen, dass das im Moment die drängendsten Probleme sind. Die Landesrektorenkonferenz sieht es übrigens ähnlich.

Wir werden die Debatte weiter führen. Ich freue mich über Ihre Unterstützung.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und den LINKEN)

Präsident Dr. Matthias Röbler: Vielen Dank, Frau Dr. Maicher. Das war das Schlusswort.

Meine Damen und Herren! Ich stelle nun den Antrag in der Drucksache 6/217 zur Abstimmung. Es wird punktweise Abstimmung begehrt; wir verfahren so.

Wer dem Punkt 1 des vorliegenden Antrags seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Danke. Damit ist Punkt 1 abgelehnt.

(Christian Piwarz, CDU: Die Enthaltungen?)

Ich stelle Punkt 2 zur Abstimmung. Wer diesem Punkt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Bei vielen Stimmenthaltungen ist Punkt 2 des vorliegenden Antrags in der Drucksache 6/217 ebenfalls abgelehnt worden.

Ich höre gerade: Bei Punkt 1 habe ich die Enthaltungen nicht abgefragt. Aber das war so eindeutig, dass es sich erübrigt hat.

Meine Damen und Herren! Dadurch, dass in der Einzelabstimmung alle beiden Punkte des Antrags abgelehnt worden sind, erübrigt sich eine GesamtAbstimmung. Der Antrag in der Drucksache 6/217 ist damit abgelehnt.

Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung der 3. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags ist abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin für die 4. Sitzung auf Mittwoch, den 17. Dezember 2014, 10 Uhr, festgelegt. Einladung und Tagesordnung gehen Ihnen zu.

Die 3. Sitzung des 6. Sächsischen Landtags ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung: 17:31 Uhr)

